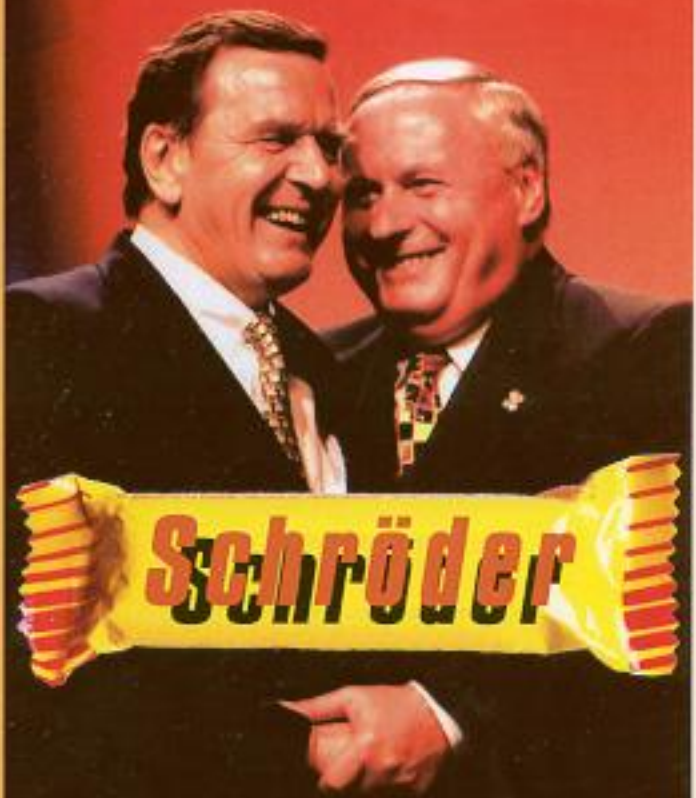
Heft 11 November 1998 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Wie normal ist die PDS?
- Kosovo: Bomben auf Belgrad?
- Otto Köhler: Fälscher für Dönhoff
- Stalin und die Juden
- Auschwitz im Feuilleton: Der Fall Wilkomirski
- Clinton, der Junge mit dem Mund von Monica



Neu. Kohl heißt jetzt Schröder

in konkret November 1998

hier Konkret von Elfriede Jelinek
Hatte der Präsident der USA, Bill Clinton, oder hatte er nicht? Nach Wochen und Monaten der aufwendigsten und albernsten Recherchen wissen nun alle: Er hatte. Und sie hatte auch. Offen scheint lediglich, inwieweit beide hatten. KONKRET sprach mit der Schriftstellerin Elfriede Jelinek über einen Fall von Heavy petting

von Konkret

an Konkret

Schlamm drüber! von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Jetztzeit von Peter Hacks

Käsekopf von Joachim Rohloff
Der Chefvordenker und Wahlkampfleiter der PDS, André Brie, forcht sich weder vor grauenhaften Epigrammen noch vor nationalistischen Parolen

»Quer zum Zeitgeist« von Wolfgang Gehrcke, Hermann L. Gremliza, Jürgen Elsässer
KONKRET-InterviewDie PDS wurde von vielen Wählern nicht wegen, sondern trotz ihrer antirassistischen Positionen in den Bundestag gewählt. Sagt Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der PDS und der PDS-Fraktion im Bundestag, im KONKRET-Interview mit Hermann L. Gremliza und Jürgen Elsässer

Pohrt antwortet von Wolfgang Pohrt
Spaß haben und Profit machen

Die Machbarkeit des Möglichen von Günter Bannas
In ihrem Leitartikel vom 29. September hat die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« den Konservativen, die sich Sorgen über die Folgen einer rot-grünen Wende machen mochten, Entwarnung gegeben. KONKRET dokumentiert den nahezu rundum überzeugenden Beitrag mit freundlicher Genehmigung des Autors

Erledigung des »Restproblems« von Rolf Surmann
Nirgendwo ist die Sensibilität für die Themen Zwangsarbeit, Gold- oder Kunstraub im Dritten Reich so wenig ausgeprägt wie im Land der Täter. Weiterhin gilt: Almosen vor Entschädigung

Nürnberg zum zweiten? von Oliver Tolmein
Mit 120 gegen 21 Stimmen beschloß in Rom eine Uno-Konferenz die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs betreffend Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit

Günstige Gelegenheit von Hermann L. Gremliza
Warum ausgerechnet die Deutschen einen Weltgerichtshof befürworten

Geschichte und Verkündigung von Georg Fülberth
Die DDR mußte einfach zum Teufel gehen - zu diesem Ergebnis kommt die nüchterne Historiographie. Die DDR war des Teufels - das verbreitet die rasende Mythographie. Eine Synopse jüngst erschienener Bücher zum Thema

Fälscher für Dönhoff von Otto Köhler

Es gibt Grenzen. Otto Köhler arbeitete - mit Unterbrechungen - seit 1962 auch für die »Zeit«. Jetzt geht es nicht mehr. Er sagt warum

Stillstand vor Belgrad von Thomas Becker
Während die USA versuchen, eine Eskalation des Kosovo-Konflikts zu verhindern, setzen die Deutschen, auch unter Rot-Grün, auf Krieg

Low intensity warfare von gruppe demontage
Am 1.1.1994 trat die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA in Kraft. Am selben Tag erklärte in Chiapas die Guerilla EZLN Mexikos Regierung den Krieg

Stalin und die Juden von Oliver Tolmein
Die sowjetische Politik war antisemitisch - von Fall zu Fall, nicht von Grund auf: Zu diesem Resultat gelangt eine Studie von Arno Lustiger

In diesem Sinne - Tycoon Modrow von Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Brave neue Welt von Michael Schilling

In diesem Sinne - Polizisten sind auch nur Angeklagte von Oliver Tolmein

Hymnen fürs Volk von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe von Carsten Otte

Multiple voiceAuschwitz der Psychotherapeuten von Jürgen Roth
Teilte sich die Holocaust-Literatur bisher in die Literatur der Überlebenden und die von Nicht-Opfern, droht diese Unterscheidung neuerdings problematisch zu werden. Jürgen Roth und Günther Jacob über den »Fall Wilkomirski«

Multiple voiceAuschwitz im Feuilleton von Günther Jacob
Teilte sich die Holocaust-Literatur bisher in die Literatur der Überlebenden und die von Nicht-Opfern, droht diese Unterscheidung neuerdings problematisch zu werden. Jürgen Roth und Günther Jacob über den »Fall Wilkomirski«

Oral History von Georg Seeßlen
or How I Learned to Stop Worrying and Love Monica Lewinsky

Der chronische Zug von Carin Zwo
Vorwärts und schnell vergessen - ein halbes Jahrhundert »Stern« wurde sausend gefeiert, aber die einzige seiner Geschichten, die es verdient hat, im Gedächtnis zu bleiben, scheint niemals stattgefunden zu haben. Doch es war einmal...

Buch & Deckel von Rayk Wieland
Heiner Müller: Die Gedichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1998, 360 Seiten, 42 Mark

Die Täter. Die Toten von Ulrich Krempel
Einige Reflexionen zu Christoph Krämers Gemäldezyklus »Standort Auschwitz«

Mit Orpheus auf nach Bitterfeld von Armin Stolper
Erneute Erkundung eines bereits abgeschriebenen Weges: Zur Uraufführung von Peter Hacks' Operette »Orpheus in der Unterwelt« im Bitterfelder Kulturpalast

Melodie & Rhythmus von Gerhard Scheit
Paul Robeson: Freedom Train and the Welsh Transatlantic Concert; Folk Era Records The Peace Arch Concerts; Folk Era Records Paul Robeson live at Carnegie Hall; Vanguard Records

Hör zu von Kay Sokolowsky
... oder manchmal doch besser weg. Neue »Hörbücher« sehr frei nach Arno Schmidt und sehr schön von Ror Wolf

Film & Theater von Marit Hofmann
kurz und schmerzlos

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt
Love is the Devil

Film & Theater von Jan Pehrke
Die Truman Show

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 11/98, S. 3

Elfriede Jelinek

hier Konkret

Hatte der Präsident der USA, Bill Clinton, oder hatte er nicht? Nach Wochen und Monaten der aufwendigsten und albernsten Recherchen wissen nun alle: Er hatte. Und sie hatte auch. Offen scheint lediglich, inwieweit beide hatten. KONKRET sprach mit der Schriftstellerin Elfriede Jelinek über einen Fall von Heavy petting

konkret: Nachdem nun herausgekommen ist, was wir schon ahnten, 3 nämlich, welchen Dienst Praktikantinnen im Weißen Haus zu versehen haben, und nachdem die Aufregung über den Puritanismus der Amerikaner oder das Herumeiern ihres Präsidenten oder die Penetranz der Medien sich gelegt hat, fragt man sich, was nach dem Skandal bleibt. Der Präsident der USA, heißt es, habe seinem Amt Schaden zugefügt. Das wäre doch eher die gute Botschaft, oder?

Jelinek: Der Dienst, den Praktikantinnen zu versehen haben, war kein Versehen, sondern Absicht. Es geht mir auf die Nerven, daß diese Lewinsky immer als Opfer eines geilen Präsidenten vorgeführt wird. Sie hat ihm ihren Arsch und ihre Strapse gezeigt. Sex for love oder Sex for job, nichts Neues. Recreative sex, das, was er für einflußreiche Männer immer schon war, weil den Ernst heben wir uns für was Wichtigeres auf Und eine Ware, über die die junge aufstrebende Frau verfügt und die sie demjenigen anbietet, der ihr am meisten dafür bieten kann. Ich sehe nicht, daß der Präsident dem Amt Schaden zugefügt hat. Das Amt hat ihm Schaden und Ärger zugefügt. Hillary wird getobt haben. Na, irgendwas oder irgendwer wird ihn schon dafür entschädigen.

konkret: In Ihren Werken rekonstruieren Sie die Pornographisierung des Alltags. Erscheinen die Ereignisse im Oval Office nicht sehr manierlich, verglichen mit jenen, die in jedem mittelständischen Betrieb in Buxtehude oder Klagenfurt vor sich gehen?

Jelinek: Da alles sexuell aufgeladen ist, sogar der Sex selber (nicht nur Autos, Motorräder und Kartoffelchips sind's!), ist er gleichzeitig aus dem Straßenbild beinahe vollkommen verschwunden. Jetzt taucht er also wieder auf (ich würde übrigens das, was die gemacht haben, da stimme ich dem Präsidenten zu, und es wird letztlich auch juristisch so sein, nicht Sex nennen, es war meiner Meinung nach Heavy petting), an einer Stelle, wo er immer schon war, weil ihn dort keiner je gesehen hat. Beim US-Präsidenten hat er sich herumgetrieben. Wenn ich ihn also einmal suche, weiß ich endlich, wo er ist. Ich denke, in Buxtehude oder Klagenfurt haben sie ihn sich schon früher abgeholt und trauen sich daher auch mehr. Sie haben ja nicht soviel Öffentlichkeit zu befürchten, sondern nur die Frau Gattin.

konkret: In Deutschland haben Politiker aller Parteien ihren Abscheu gegenüber den Verfolgern Clintons in kräftige Worte gefaßt: »Zum Kotzen«, »widerwärtig«, »Schweinerei« etc. Warum? Aus Solidarität mit dem großen Kollegen? Zur Prophylaxe? Aus Angst vor ähnlichen Sonderermittlungen?

Jelinek: Glaube, vorletztes und letztes ist wahr. Wenn das einmal von einer gestörten Persönlichkeit wie Starr dermaßen abstoßend vorgeführt wird, wird sich nie wieder einer trauen, Juliane Weber (heißt sie so?) als Domina zu outen.

konkret: Bis zum Redaktionsschluß ist Clinton noch im Amt. Er wäre es nicht, wenn sich herausgestellt hätte, daß die Zigarre, mit der die Praktikantin spielte, eine Havanna war. Noch verbotener als das Einführen einer Zigarre ist in den USA das Einführen einer kubanischen Zigarre. Ein Trost für Kapitalismuskritiker?

Jelinek: Ja, das Einführen ist der Punkt, weil alles, was eingeführt wird, eben Sex ist. Aus Kuba darf schon einmal gar nichts eingeführt werden. Monica hat sich die Zigarre ja auch selber einführen müssen, das ist autogenes Training, nicht Sex. Sex dürfen im Präsidentenamt grundsätzlich nur sehr reiche Männer haben, die ihn daher immer schon hatten und sich damit auskennen. Die dürfen selbstverständlich jederzeit auch kubanische Präsidenten ermorden, sie dürfen es zumindest versuchen. Aber auf Kuba konnte trotzdem keiner landen, zumindest nicht erfolgreich, bei Lewinsky aber schon. Einem Kennedy konnte aber keiner ans Leder, weil dort immer schon eine andre war.

Konkret 11/98, S. 4

von Konkret

Da und dort kursiert derzeit ein Schriftstück, dessen Verfasser anhand einiger Beiträge von Kay Sokolowsky, Wolfgang Pohrt und Justus Wertmüller beweisen will, daß KONKRET eine rassistische Zeitschrift ist. Der Autor, der sich mit der e-mail-Adresse »Yamyam« vorstellt und vorgibt, im Namen eines halben Dutzends »MigrantInnen-Gruppen« zu sprechen, bietet sein Werk mit dem Hinweis an, KONKRET habe den Abdruck abgelehnt. Das ist fast gar nicht gelogen, aber wahr ist es auch nicht, denn die Antwort, die er erhielt, lautete so:

Sehr geehrte Damen und Herren, mit -freilich von Seite zu Seite erlahmendem - Interesse haben wir Ihre Post gelesen. Wie Sie sich gewiß selber schon gedacht haben, ist Ihre Bitte nicht zu erfüllen: Die ca. 7 KONKRET-Seiten, die der Abdruck ausmachen würde, stehen nicht zur Verfügung. Um Ihr Anliegen dennoch wohlwollend prüfen zu können, schlagen wir Ihnen vor, es etwa auf jenem Raum vorzutragen, auf den der Herausgeber unserer Zeitschrift zur monatlichen Weltkennzeichnung sich zu beschränken hat. (Das sind ca. 7.000 Zeichen.)

Mit freundlichen Grüßen

KONKRET-Redaktion

Die Antwort von »yamyam«: Er (der sich immer »wir« nennt) habe nicht um Abdruck gebeten, sondern KONKRET dazu »aufgefordert«, lehne eine Kürzung seines Artikels auf eine KONKRET-Seite »selbstverständlich ab«. Das überrascht kaum: Wer nicht in der Lage ist, seinen Gedanken auf einer vollen Druckseite vorzutragen, hat keinen.

Den 60. Geburtstag begeht, um 1. November, der KONKRET nicht erst seit Anbeginn der Zeiten, also seit 1974, mit hirnverbrannten und feinziselierten Texten begleitende, sondern schon vor Geburt des neuen Magazins mit altem Namen zugegen gewesen seiende und seit April 1986 die Leser seiner Rubrik mit ehrlichen Tagebuchauskünften zuverlässig beliefernde Dialektiker und Hausdichter Horst Tomayer. E W Bernstein war so freundlich, den abgebildeten Glückwunsch für KONKRET bzw. natürlich für Tomayer zur Verfügung zu stellen. Verlag und Redaktion aber rufen dem verehrten Endreimhelden zu: Xundheit Dir und Wohlseyn allerwege!

(Der Dichter ist vom 2. bis 8. November auf der Leitung des Literatur-Telefons Hamburg - 011510, außerhalb: 040/11510 - mit einer ergreifenden Ballade zu hören.)

1995 wurde in diesem Blatt etwas ausführlicher der marxistische Gesellschaftswissenschaftler Reinhard Opitz (1934-1986) vorgestellt - anläßlich der 1994 erschienenen zweiten Auflage seines Buchs *Europastrategien des deutschen Kapitals* (KONKRET 3/95, S. 38 f.). Seine Geschichte des Sozialliberalismus in der Weimarer Republik und sein Hauptwerk *Faschismus und Antifaschismus* sind immer mehr als nur Geheimtips gewesen. Im Nachlaß fanden sich 6.000 Seiten. Eine Gruppe von Selbstausbeuter(inne)n in Marburg hat sie gesichtet, abgetippt, kommentiert und die Hälfte des Materials in drei Bänden zusammengefaßt. Der erste enthält Studien zu Liberalismus und Integration, der zweite Arbeiten zum Faschismus und der dritte ein ganzes bislang unveröffentlichtes Buch: über die Röhm-Affäre.

Die drei Bände können allerdings nur erscheinen, wenn 150 Exemplare vorab bestellt werden. Bislang fanden sich erst fünfzig Interessenten, und dies liegt wohl am unvermeidlich hohen Preis: 298 Mark. Die Subskriptionsfrist - ursprünglich: 31.1.1998 - ist nunmehr verlängert worden: bis zum 3 1. Januar 1999. Wer zugreifen will, kann sich zunächst ein Faltblatt mit Informationen bestellen beim BDWI-Verlag, Postfach 543, 35037 Marburg Mail: bdwi@bdwi.org, Tel. 06421/21395, Fa. 06421/24654.

Berichtigung: Die PDS, hatte Hermann Kant (vgl. KONKRET 10/98, S. 3) geantwortet, gehöre in den Bundestag, und zwar als eine Fraktion, »der man ihre Rechte *nicht* beschneiden kann«. So hatte Kant gesprochen, und so sollte es auch gedruckt werden. Die Redaktion bedauert den sinnverkehrenden, aber bestimmt nicht beabsichtigten Verlust der Verneinung.

Terminänderung! Die Buchvorstellung und Diskussion mit Jürgen Elsässer zum *Braunbuch DVU* im KOZ/Campus der Uni Frankfurt, Mertonstr. 26/28, Frankfurt a. M., findet statt am 4. November, 20 Uhr. Weitere Termine: 1.11.: Berlin, Kulturfabrik Lehrter Straße, 19 Uhr, 12.11.: Saarbrücken, Galerie im Filinhaus, Mainzer Straße 8, 20 Uhr, 16.11.: Göttingen, »Apex«, Burgstraße 41, 20 Uhr.

Vom 13. bis 15. November dauert die 3. Linke Literaturmesse in Nürnberg. Am 14. November stellt dort Wolfgang Wippermann die Streitschrift *Roter Holocaust? Gegen das »Schwarzbuch des Kommunismus«* zur Diskussion. KONKRET-Bücher und -Hefte sind am Stand von Pahl-Rugenstein erhältlich.

Am 18. November, 20 Uhr, liest das gemischte Doppel Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer im Kulturcafé der Rote Ruhr-Uni Bochum.

Konkret 11/98, S. 6

an Konkret

Gewünschte Tendenz

KONKRET 10/98: »«Alptraum Euskadi?« von der »gruppe demontage«

Man nehme einige Bücher zur Thematik mit in den Urlaub, speichere beim Querlesen diesen oder jenen Satzfetzen im Notebook und füge den dann in die vorgefertigte Gedankenkonstruktion ein - passend gemacht, wenn nötig. Zu erwarten war angesichts des gestörten Verhältnisses von KONKRET zu nationalen Befreiungsbewegungen - wie in Kurdistan, so in Nordirland und also auch im Baskenland -, daß Zitate der gewünschten Tendenz zu dienen haben. Und wenn grad nichts Geeignetes zur Hand ist, äußert sich eben »ein junger Baske, der 1970 vom Land nach Bilbao kam«...

Daß die »gruppe demontage« zudem die »Analyse« der baskischen Linken auf falschen Zahlen aufbaut, demontiert erst recht ihre Konstruktion. Also: Herri Batasuna erreichte 1994 bei den Regionalwahlen 16,3 Prozent (und nicht »12,2«). Die »verschiedenen baskischen Nationalismen« gemeinsam erhielten nicht nur bis 1991 - wie unterstellt - jeweils absolute Stimmenmehrheiten, sondern auch danach und bis heute, wie bei erwähnten Regionalwahlen 1994 zum Beispiel allein die drei großen baskischen Parteien PNV (29,8), EA (10,3) und HB (16,3). Wenn der Wunsch Vater des Gedankens ist, unterlaufen schnell Fehler. KONKRET könnte diese zum Anlaß nehmen, zukünftig bei Beurteilungen antikolonialer, national agierender und internationalistisch orientierter Freiheitsbewegungen genauer und vorurteilsfrei hinzuschauen. Oder gibt es irgendwelche Gründe dafür, Linke in aller Welt nun unbedingt über den Leisten des deutschen Antinationalismus ziehen zu müssen?

Gerd Schumann

Hamburg

Nicht neu

KONKRET 9/98: »hier konkret«

Angela Marquardts Empörung darüber, daß das »Neue Deutschland« mit Roland Wehl einen Nationalrevolutionär protegiert, kann man nur teilen. Doch in einem Punkt irrt sie sich: Die Methode der Vorfeld-Organisationen der Nazis ist nicht neu. Schon in den Jahren 1983/84 haben sie über die Ökologie- und Friedensfrage versucht, ihr völkisches Konzept eines sogenannten Ethno-Pluralismus und auch Befreiungs-Nationalismus durchzusetzen. Objekt der Begierde war damals die Alternative Liste Berlin. Einigen Menschen, die schon damals über die »Neue Rechte« arbeiteten, fiel es dann leicht, die Querverbindungen von Wehl zum Studienzentrum Weikersheim (der Filbinger-Stiftung) und auch der Zeitschrift »Wir selbst« herzustellen.

Nach langen nervenden Diskussionen, bei denen auch dem letzten AL-Mitglied klar wurde, wie das menschenfeindliche Programm der »neuen Rechten« aussieht und wie gefährlich die Verknüpfung mit der nationalen Frage ist, war es dann soweit: Meines Wissens war Wehl in den 80er Jahren der einzige Mensch, der aus der AL ausgeschlossen wurde. Es gab dann auch einen Unvereinbarkeits-Beschluß: Mit Zeitschriften der »neuen Rechten«, mit Mitarbeitern des Thule-Seminars gibt es keine Zusammenarbeit! Beschämend ist es dann schon, wenn der Chef-Kommentator des »ND« den Dialog mit der »neuen Rechten« verteidigt. Soll da wirklich ein neues strategisches Konzept der PDS insgesamt aufgedrückt werden'.'

Heinz Kappei

Berlin

Wie man liest

KONKRET 9/98: »Dichtung und Wahrheit« von Peter Hacks und Bernd Rauschenbach

Im Rahmen des Deutschunterrichts haben wir uns in der Schule mit dem Gedicht »Pilgerreise nach Bargfeld« von Peter Hacks sowie dem Briefwechsel zwischen ihm und Bernd Rauschenbach befaßt. Dabei hat mich das Gedicht auf Anhieb angesprochen, aber mehr noch hat mich der Briefwechsel überrascht und, ehrlich gesagt, auch etwas irritiert. Denn wie kann ein gebildeter Mann wie Herr Rauschenbach jede Zeile des Gedichts wortwörtlich nehmen und dabei nicht einmal die entfernteste Interpretation anstellen, ohne nicht fast den gesamten Brief ironisch gemeint zu haben? Außerdem stellt sich bei mir die Frage, warum er die letzten beiden Zeilen des Gedichts nicht auch mit der gleichen »Übersetzung« in seinen

Brief aufgenommen hat. Vielleicht, weil sie auch dann noch, und das fast ohne Interpretation, die Wahrheit widerspiegeln, nämlich daß Arno Schmidt in schlechten Verhältnissen leben mußte und erst nach seinem Tod die Ehre bekam und daß die ihm gewidmete Stiftung, geführt von Bernd Rauschenbach, dadurch ein »Wohlleben« erhielt und erhält. Andererseits, warum sollte Herr Rauschenbach es riskieren, sich vor denjenigen Lesern, die den Brief von ihm nicht so kritisch gelesen haben, lächerlich zu machen? Wie dem auch sei -jedenfalls finde ich die Idee, den Briefwechsel mit abzudrucken, gut, weshalb ich Herrn Hacks' Wunsch, ausschließlich das Gedicht zu veröffentlichen, nicht verstehen kann. Denn der Brief von Bernd Rauschenbach gibt Ihren Lesern gleich noch ein Beispiel an die Hand, wie man ein Gedicht nicht lesen und wie man sich nicht seine Gedanken darüber machen sollte, egal, ob der Brief nun ernst gemeint war oder im ironischen Sinne verfaßt wurde. Allerdings bin ich der Meinung, daß die Teile in Peter Hacks' Antwortschreiben, in denen er zum Beispiel mit Bernd Rauschenbach einen trinken gehen will, nicht in Ordnung und überflüssig sind. Ich denke, daß dieser Artikel sehr deutlich gezeigt hat, daß es mit dem bloßen Lesen eines Gedichts nicht getan ist, sondern nur durch eine gute Interpretation die wahre Aussage zu erhalten ist, und die entspricht auch bei diesem Gedicht der Wahrheit. Ich hoffe, noch viele schöne Gedichte aus der Rubrik »Jetztzeit« lesen zu können.

Philip Kotschote

Hamburg

Pro bono

KONKRET 8-10/98: »Jetztzeit« von Peter Hacks und »Pohrt antwortet«

Wem es um Gereimtes zu Stalin, Onanie und Deutschland zu tun ist, der sucht solches, hoffe ich, nicht in KONKRET. Und wer dieses liest, wünscht jenes nicht. Tun Sie also Peter Hacks und mir den Gefallen und bitten Sie ihn, da Sie nun einmal von ihm nicht lassen können, um Druckgenehmigung gefälligerer Schriften, die seinem Ruhm und Ihren Lesern zum Guten gereichen. Des weiteren mögen Sie umgehend damit aufhören, Pohrt zu fragen. Dann antwortet er auch nicht. Die ein bis drei Seiten, auf welchen er regelmäßig frei Schnauze daherschreiben darf, könnten (und sollten) Sie sinnvoller Ihren eigenen Gedanken zur Verfügung stellen. Ansonsten gäbe es, den vakant gewordenen Raum zu füllen, immer noch die Möglichkeit, die Marxsche Wertformanalyse als Fortsetzungsroman zu bringen oder Qualifiziertes über den internationalen Ligafußball zu berichten. Was immer Sie wollen. Nur, bitte, keine Anthologie, keine Antworten.

Christoph Hesse

Bochum

Contra malum

KONKRET 7/98: »Schwarzbuch ist die Haselnuß« von Hermann L. Gremliza

Auch freie Geister können irren. Aber wechselt der einstmalige Leiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung ins Lager der Reaktion, wenn er die terroristische Ordnung nach der französischen Revolution als historisches Urbild des »Totalitarismus« begreift? Daß, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, auch vom Faschismus schweigen solle, stand für Max Horkheimer jedenfalls nicht im Widerspruch dazu, sondern lediglich auf einem anderen Blatt (desselben Textes). Und hört ein Kommunist auf, Kommunist zu sein, wenn er in seinem Aufsatz »Brauner und roter Faschismus« Thesen entwickelt, deren Kopie er, lebte er noch, bei Nolte wiederlesen könnte? Ärgerlich das, aber vermutlich hätte sich der Autor durch Beifall von der falschen Seite intellektuell nicht korrumpieren lassen und wäre seinen Ansichten treu geblieben: Otto Rühle war Rätekommunist, und nationalbolschewistische Neigungen gingen ihm ab.

Was gegen die Totalitarismustheorie spricht, ist wahrscheinlich gewichtiger, als was für sie spricht. Aber auch solches gibt es und will erkannt sein. Hierfür freilich bedürfte es einer intellektuellen Großzügigkeit, durch die sich die politisch aktive Linke noch kaum je ausgezeichnet hat; die sie aber gewinnen könnte, wenn sie den Antifaschismus als ein zwar notwendiges, jedoch keineswegs hinreichendes Moment ihres zukünftigen Selbstverständnisses auffassen würde. Als hinreichend für eine nicht zuletzt moralisch vertretbare Alternative zum siegreichen Kapitalismus wie zum gescheiterten Sozialismus erschiene mir allererst die Entwicklung konsistenter politischer und ökonomischer Modelle, deren Durchsetzung eine soziale Demokratie zu gewährleisten verstünde, die des Terrors nicht mehr bedürfte. Das wäre die praktische Widerlegung der Totalitarismustheorie.

Siegfried Gerlich

Hamburg

Konkret 11/98, S. 9

Hermann L. Gremliza

Schlamm drüber!

Lesen Sie seine Bücher! Sie helfen, (wieder) Stolz zu empfinden. Stolz darauf ein Deutscher zu sein.

Die »Bild-Zeitung« über Martin Walser

Die Wahl? Es hätte schlimmer kommen können. Und es ist schlimmer gekommen. Der künftige Kanzler, ein Ehemaliger vom linkesten Flügel des Jungsozialismus, rezitiert, als *homme de lettre* verkleidet, vorm Präsidenten der französischen Republik den Genossen Rilke in die Mikrophone: »Herr: es ist Zeit. Der Sommer war sehr groß ... Wer jetzt kein Haus hat, baut sich keines mehr.« Der künftige Vizekanzler, der auf Frankfurts Straßen gelernt hat, Brandbomben zu werfen, bringt seine Erfahrungen in das nationale Projekt ein, die Menschenrechte auf dem Koso- oder anderswo mit der deutschen Luftwaffe zu verteidigen.

Am Sonntag saßen Sieger und Verlierer in der ersten Reihe der Frankfurter Paulskirche, wo der Börsenverein des deutschen Buchhandels seinen »Friedenspreis« verleiht, der seit je nichts für die Literatur bedeutet und alles für den Geist der Zeit. Was die Gäste diesmal von ihrem Preisträger erwarten durften, resümierte tags darauf die nationale Rechte in der »Frankfurter Allgemeinen« auf Seite eins: »Warnung vor einer Instrumentalisierung von Auschwitz«. Und die nationale Linke freute sich in der »Frankfurter Rundschau«, ebenfalls auf Seite eins, über »Walsers Bitte an den Bundespräsidenten«.

Weil nämlich, wenn der Streetfighter a.D. seine drei realpolitischen Essentials (Vorzimmer, Dienstwagen und Flugbereitschaft für alle) selbst verwirklichen darf, es ungerecht sei, daß Rainer Rupp, ein anderer »idealistischer Altachtundsechzigern, der für die DDR spioniert hat, noch immer in Haft ist, was ihm ohne die Wiedervereinigung nicht hätte passieren können, weshalb der deutsche Dichter findet: »Dieser Gefangene büßt also die deutsche Einigung.« Heftig nickt bei diesen Worten der Festgast Wolfgang Schäuble seinen Nachbarn Volker Rühe und Roman Herzog zu. Am Vorabend hat Schäuble, der Spionen der DDR schon im Einigungsvertrag Straffreiheit hatte gewähren wollen, ehemalige Mitglieder der SED zum Eintritt in die CDU eingeladen. »Es muß«, sagte er, »ein Recht auf Korrektur geben. Wir müssen anerkennen, daß es im geteilten Land andere Lebenswege gab.«

Schlamm drüber! Wer sich dazu durchringt, von SED-Mitgliedern und DDR-Spionen nicht mehr reden zu wollen, wird »das Recht des deutschen Volkes«, das Franz Josef Strauß noch vergebens eingeklagt hatte, erwerben, um es zu besitzen: von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen. So lautet die Verheißung, und Martin Walser ist ihr Prophet.

Auschwitz, sagt der Dichter, »eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung«. Wen hat Auschwitz je eingeschüchtert? Die Deutschen? Was hätten sie, von Auschwitz uneingeschüchtert, tun wollen oder getan in den letzten fünfzig Jahren? Wen hat die »Moralkeule«, bis gestern eine Waffe aus Schönhubers Schrank, all die Zeit getroffen? Deutsche Glatzköpfe? Deutsche Dichter, die diese Glatzen »unsere Kinder« nennen, wie es der Walser tut?

Gegen das Mahnmal für den Holocaust hatte ich, als alle dafür waren, vorgebracht, daß es ein Ort werden solle, »wohin man künftig die Gäste des Staates in der neuen, alten Hauptstadt führen kann, damit sie der deutschen Wiedergutwerdung ihre Ehrerbietung erweisen«. Ein Essay unter dem Titel »Wir kneten ein KZ - Die Bewältigung der deutschen Vergangenheit durch Kunstgewerbe« war angekündigt und vom Buchhandel reichlich geordert, als sich herauszustellen begann, daß ich die Landsleute schon wieder unterschätzt hatte. Je länger sie sich hinzog, desto mehr erfüllte bereits die Diskussion jene Aufgabe, die ursprünglich dem Mahnmal zugedacht war - mit jedem Tag, den sie währte, schwand der Deutschen Bedürfnis, anderen auch in Stein noch zu beweisen, daß und wie gut sie geworden sind. Die Rede vom »Fußballfeld« und von der Fehlplazierung im Herzen der deutschen Hauptstadt, anfangs nur von ausgesprochenen Antisemiten geführt, wurde von Woche zu Woche lauter und allgemeiner.

Mein richtiger Einwand geriet in Gefahr, das Gefallen der Volksgenossen zu finden, und wenn der Beifall auch die falschen Gründe gehabt hätte, mußte er doch vermieden und also der Essay abgesagt werden. Erschienen ist, ersatzweise, eine Rede zur Verleihung des Friedenspreises, die sich gegen »die Betonierung des Zentrums der Hauptstadt mit einem fußballfeldgroßen Alptraum«, »die Monumentalisierung der Schande«, »die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken«, »die Dauerpräsentation unserer Schande«, »die unaufhörliche Präsentation unserer Schande« ausspricht.

Zur Sprache des deutschen Denkers kein Wort, bis auf die Erinnerung an einen jüdischen Dichter vielleicht, der an dieser Stelle bemerkt hätte, daß deutsch Denken und deutsch Schreiben noch schwieriger zusammengehen als die Betonierung eines Alptraums. Der Autor von *Literatur und Lüge* hätte auch sagen können, wie es kommt, daß der Träger eines

Buchhändlerpreises, der irgendwas doch mit dem Schreiben zu tun haben müßte, dem Vorwurf, den einer seiner Kollegen erhoben hatte, »Würstchenbuden vor brennenden Asylantenheimen« und die Reaktionen der Politiker darauf machten »das ganze Ausmaß der moralisch politischen Verwahrlosung sichtbar«, mit den Worten begegnet:

Denn das ist schon klar: In keiner anderen Sprache könnte im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts so von einem Volk, von einer Bevölkerung, einer Gesellschaft gesprochen werden. Das kann man nur von Deutschen sagen. Allenfalls noch, so weit ich sehe, von Österreichern ... Der Historiker Heinrich-August Winkler nennt das »negativen Nationalismus«. Daß der auch wenn er sich tausendmal besser vorkommt, kein bißchen besser ist als sein Gegenteil, wage ich zu vermuten. Wahrscheinlich gibt es auch eine Banalität des Guten.

Wie da der Vorwurf, es könnten nur Deutsche sein, die das sagten, mit der Klage, man könne das nur von Deutschen sagen, zusammengeschleimt ist, wobei die deutschen Täter, die das sagen, vaterlandslose Verräter, die Deutschen, denen es geschieht, Opfer sind, nicht zufällig wohnhaft im Altreich und in der deutschen Ostmark, zeigt den Redner als einen, der nicht nur »unsere Schande« abstreifen will, sondern auch alle Scham. Um ein weiteres Mal die Ermordung der europäischen Juden durch die Deutschen zu instrumentalisieren: Wo liegt das Auschwitz, das der kein bißchen bessere »negative Nationalismus« hinterlassen hat? Welche Gaskammer wurde von der Banalität des Guten beschickt? Hat also doch der Ossietzky den Weltkrieg angefangen und der Tucholsky die Juden umgebracht?

1977 schon, sagt Walser 1998 wieder, habe er »vor Kühnheit zitternd« (in den morschen Knochen?) gesagt: »Wir dürften die BRD so wenig anerkennen wie die DDR. Wir müssen die Wunde namens Deutschland offenhalten.« Denn wie die sowjetisierte DDR war ihm auch die amerikanisierte BRD kein eigentlich deutsches Deutschland. Der Versuch, die BRD als »Bonner Republik« jener Nachkriegsgeschichte zuzuschlagen, die mit der Einheit beendet sei, hat schon 1990 begonnen. Die »Berliner Republik«, ausgerufen im rechtsnationalen Feuilleton von Leuten wie Johannes Gross, sollte die deutsche Politik von den Fesseln befreien, die ihr von den Alliierten angelegt worden waren, damit, was geschehen war, »nie wieder« möglich würde: zwei Weltkriege, Nazismus, Völkermord.

Vor Walser in der ersten Reihe saß Ignatz Bubis. Bei jedem Satz des Redners, dem die Vertreter der »Berliner Republik«, von Schäuble bis hinab zu Schröders Kulturminister Naumann, nickend und feixend applaudierten, sackte er ein weiteres Stück in sich zusammen. Alle Illusionen, die er sich bis zu dieser Stunde gemacht hatte (und demnächst mühsam wieder wird machen müssen, wenn er nicht die Koffer packen will), waren hinweggefegt. Am Ende hob er die Hände, zur Kapitulation, die er, höflich, mit dreimaligem Klatschen begleitete.

PS. Bubis hat, am Tag darauf, Walsers Rede »geistige Brandstiftung« genannt, dem Ralph Giordano hat sie »lähmendes Erstaunen verursacht«. Sie blieben ziemlich allein. Der Kunstgewerbler Walter Jens knetete die Denkfigur, daß »dem millionenfachen Schrei allenfalls durch das Flüstern und das Schweigen beizukommen« sei, und riß sogleich das Maul auf gegen die »Monumentalität« des geplanten Mahnmals. »Ohne Kanzler Kohl kein Mahnmal«, hatte Bubis vorhergesagt. Kohl und seine »Bonner Republik« sind gestürzt. An dem deutschen Herbsttag, da Martin Walser seine Rede hielt, hat die »Berliner Republik« die Immobilie im Zentrum ihrer Hauptstadt vor dem Zugriff des jüdischen Immobilienhändlers gerettet.

Konkret 11/98, S. 10

Herrschaftszeiten

Essentials

Wie die gewöhnlichen Bonner Kreise nicht unterrichten, haben die Grünen bei den Koalitionsverhandlungen ihre drei unverzichtbaren Forderungen (Vorzimmer, Dienstwagen und Flugbereitschaft) vollständig durchsetzen können.

Sedanstag

Was geschah am 19. Oktober 1813? Am 19. Oktober 1813 siegte die Romantik (der deutsche »Befreiungskrieg« mit 255.000 Mann) über die Aufklärung (Napoleon mit 160.000 Mann).

Was geschah am 19. Oktober 1998? Am 19. Oktober 1998 feierte die Heldenstadt Leipzig die 185. Wiederkehr des Heldentags. Die Organisation übernahmen: der »Zweckverband Südliches Schlachtfeld Völkerschlacht 1813«, der Tourismusverband »Leipziger Land e.V.«, das Kulturamt der Stadt Leipzig und die »THOUET Werbeagentur«. Das Programm bestritten:

das Streichquartett des Westsächsischen Sinfonieorchesters des Kulturraumorchesters Leipziger Land; Frau Petra Köpping, Bürgermeisterin Großpösna; Herr Klaus Reißmann, Vorsitzender des Zweckverbandes Südliches Schlachtfeld Völkerschlacht 1813, Bürgermeister Liebertwolkwitz, Herr Otto Künnemann, Historiker, Regierungspräsident und Schirmherr der Veranstaltung Herr Walter Christian Steinbach; Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Herr Wolfgang Tiefensee; *Landrat Herr Werner Dick.*

Deutsche Agenturen ' Kulturämter, Zweckverbände, Kulturraumorchester, Bürgermeister, Oberbürgermeister, Historiker, Landräte, aufgepaßt!: Am 1. September 1999 jährt sich die Schlacht bei Sedan zum 129. Mal.

Familienpudding

Was 1968 alles so geschah: In Bielefeld wurde eine »Richard Kaselowsky-Kunsthalle« eingeweiht. Stifter war Kaselowskys Stiefsohn Rudolf August Oetker, der Puddingkönig. Kaselowsky war 1933 in die NSDAP eingetreten, später Mitglied im »Freundeskreis des Reichsführers SS Heinrich Himmler, geworden und 1944 bei einem Bombenangriff getötet worden, weshalb Sohn Rudolf ihn auf einer Tafel an der Kunsthalle ein »Opfer des Zweiten Weltkrieges« nannte. Die Kunsthalle mit dieser Tafel feiert jetzt ihr dreißigjähriges Bestehen und sucht neue Mäzene. Die Grünen wollen das Gebäude nach Käthe Kollwitz benennen, die SPD weiß noch nicht, weil ihre Fraktion 1968 dem Namen Kaselowsky zugestimmt hatte, die CDU ist für den Freund Himmlers. Mäzen Oetker ließ ausrichten, er werde sich bei einer Streichung des Namens Kaselowsky, den er »glühend verehrt«, aus der Stiftung zurückziehen, er schlage aber vor, die Kunsthalle nach seiner Mutter, Ida Kaselowsky, zu taufen. Sie war, anders als ihr Mann, nicht in Himmlers Freundeskreis. Und auch erst ab 1937 in der NSDAP.

Führer-Schein

Das Berliner Zentralorgan hat im Auswärtigen Amt Leumundszeugnisse für den Kandidaten der Partei gesammelt. Erstklassige:

Beamter des höheren Dienstes, 62 Jahre: »Fischer als Außenminister? Die Kollegen sehen das sehr gefaßt. Im übrigen hat Fischer in allen außenpolitischen Ausschüssen gute Noten bekommen.«

Referatsleiter, 53 Jahre: »Er macht einen guten Eindruck. Ich sehe keinen Grund. warum er im Haus nicht ernst genommen werden sollte.«

Legationsrat, 39 Jahre: »Angst vor Fischer hat hier keiner.«

Diplomat, seit über 30 Jahren im Einsatz: »Politische Bedenken habe ich weniger, und in meinem beruflichen Umfeld verspüre ich eher Erleichterung, daß die eingesessenen FDP-Leute mal wegkommen.«

Beamter im mittleren Dienst: »Ist mir völlig egal, wie der Minister heißt, die sind doch alle gleich. Pöstchenmacherei und nichts anderes.«

Programmänderung

Die »FAZ« kündigt an:

MDR, 22.50: Reise ohne Wiederkehr. Philipp Tolziner, Jahrgang 1906, ein Bauhausarchitekt im KZ.

Die »FAZ« berichtet über die Sendung, zwei Tage danach:

Der Architekt in Stalins Lager ... Tolziner 1906 geboren, gehörte zu sieben Architekten des Bauhauses, die 1931 mit ihrem Lehrer Hannes Meyer nach Moskaufuhren, begeistert vom Gedanken, in der sowjetischen Hauptstadt ein Betätigungsfeld für ihre Idee des modernen Bauens zu finden ... Tolziner der auch auf Grund seiner jüdischen Herkunft seinerzeit in Sowjetrußland blieb, (wurde) 1938 verhaftet und zehn Jahre in einem Arbeitslager im Ural gefangengehalten. »Es war eine sehr interessante Zeit im Lager«, resümiert er und erzählt von den Entwürfen für die Wohnhäuser des Wichpersonals und eine Gemeinschaftseinrichtung, die - allesamt realisiert - ihn von der mörderischen Arbeit in den eisigen Wäldern befreiten.

Tolziner starb 1996 in Moskau. Alle seine Verwandten, die in Deutschland geblieben waren, wurden von Hitlers willigen Vollstreckern ermordet.

Rehabilitation

In einem Gespräch mit seiner »FAZ« sinnierte Helmut Kohl kurz vor der Wahl über das Holocaust-Mahnmal:

Manchmal meine ich, wir hätten vielleicht schon vor dreißig Jahren - mit sehr viel mehr Nähe zu den Ereignissen - über ein Mahnmal nachdenken sollen.

Als die Redakteure erwiderten: »Aber das wäre doch undenkbar gewesen. Voraussetzung dieser Debatte ist, daß viele der Beteiligten nicht mehr am Leben sind«, fuhr Kohl fort:

Ich weiß nicht, wir haben es ja nicht probiert. Für Ihre These spricht die schlichte Tatsache, daß *wir es nicht probiert haben.*

Wenn aber einer der Beteiligten noch am Leben ist und 85. Geburtstag feiert, probieren wir »FAZ«-Redakteure es so:

Filbinger ein Nazi? Der Jurist und Volkswirtschaftler Filbinger stand dem Nationalsozialismus von Anfang an ablehnend gegenüber Zeitzeugen bestätigen sogar Filbingers Behauptung, die Verschwörer uni Graf Stauffenberg hätten ihn »für eine Verwendung« vorgesehen, wenn das Attentat am 20. Juli 1944 gegen Hitler geglückt wäre.

Weil es mißglückt ist, mußte der Jurist seinen Widerstand als NS-Marinerichter an die Hinrichtung von Deserteuren wenden. Wir CDU-Politiker aber probieren es so:

Ministerpräsident Teufel hat Filbingers Verdienste mit dem Zusatz gewürdigt, es liege eine tiefe Tragik darin, daß seine erfolgreiche Tätigkeit überschattet worden sei von den Vorwürfen, die zu seinem Rücktritt geführt hätten. Es sei, so sagte Teufel, »höchste Zeit, daß Filbinger Gerechtigkeit widerfährt«. Wer die Vorwürfe unvoreingenommen betrachte, müsse dem früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten und späteren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Gebhard Müller. zustimmen, der Filbinger bekundet habe: »Es ist Ihnen nicht wieder gutzumachendes Unrecht geschehen.«

Kurzum: Filbinger *ist* unser Holocaust-Mahnmal.

Resignation

Ignatz Bubis hat sich lange Zeit als »deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« bezeichnet. Auf die Frage der »Süddeutschen Zeitung«, ob er das immer noch so sehe, antwortete er jetzt:

Zumindest würde ich es heute nicht so betonen. Es hat nämlich nichts genutzt. Ich werde nicht so gesehen, und aufdrängen will ich mich nicht.

SZ: Wie wird Ignatz Bubis denn gesehen?

Bubis: Israeli, Fremder, Ausländer. Gast.

Postmodern Times

Die »Hamburger Morgenpost«, das »Weltblatt der Weltstadt« aus dem Hause Bertelsmann/Gruner + Jahr, stellt vor: »Glücksrad-Fee« Sonya Kraus, »25jährige Traumfrau mit Grips«. Die »hellblonden Haare und langen Beine« zeigt das Blatt im Bild, den Grips im Interview:

Ich möchte nicht das süße Accessoire für den Gastgeber sein. Mein Ziel ist es, eigene Ideen einzubringen, zum Beispiel bei den Kleidern. Als Model habe ich mehr verdient. Aber das »Glücksrad« ist für mich eine neue Herausforderung. Als Model

war ich nur ein anonymer Körper, jetzt bin ich die Persönlichkeit Sonya Kraus.

Clintonomics

Frage nicht, was ihr Land mit Bill Clinton und Monica Lewinsky tun soll, frage, was die beiden für ihr Land getan haben. Beispielsweise: Seit Monica im Starr-Report die Wirkung von »Altoids« beim Oralsex gelobt hatte, konnte das Pfefferminz-Bonbon seinen Marktanteil verdreifachen. Der Starr-Report erreichte eine verkaufte Auflage von 1,8 Millionen, Buch und Video einen Umsatz von 70 Millionen Dollar. »Bubba«, eine Clinton-Fluppe mit heruntergelassener Hose, die in des Präsidenten Tonfall »Oralsex ist kein Ehebruch« sagen kann, fand 1,2 Millionen Abnehmer. Für Monica-Zigarren, T-Shirts, Aufkleber kamen 200 Millionen Dollar zusammen. Die Einschaltquoten der TV-Sendungen mit und über Clinton brachten zusätzlich 150 Millionen Dollar für Werbung. Von Amerika lernen heißt wirtschaften lernen (Bodo Hombach).

Global Blair

Was heißt: von Tony Blair lernen? »Vorbei ist die schöne Eintracht in der Partei nach der Siegeseuphorie vom 1. Mai 1997. Englands Wirtschaft gleitet in eine Rezession, die Arbeitslosigkeit steigt wieder, und die Warteschlangen der Krankenhäuser des staatlichen Gesundheitsdienstes sind länger geworden«, muß das »Hamburger Abendblatt« zwei Tage nach dem Wahlsieg des »deutschen Tony Blair« melden. Aber Springers Blatt kann auch berichten, was der englische Schröder dagegen tut: »Bei dem Reformprogramm steht die Innenpolitik eindeutig im Vordergrund. Es geht um eine Kampagne gegen die hohe Verbrechensrate, eine Reform des Wohlfahrtsstaates ... « Freiheit statt Sozialismus. Schlagstock statt Sozialhilfe.

Erblasser

Die DDR hatte das revolutionäre Nicaragua mit Krediten von insgesamt 337 Millionen Dollar unterstützt. Die BRD verlangt als Rechtsnachfolger dafür Zinsen und Tilgung. (Rußland hat als Rechtsnachfolger der Sowjetunion auf 90 Prozent seiner Forderungen verzichtet.) Nachdem Nicaraguas Regierung versprochen hat, weitere staatliche Betriebe zu privatisieren und Mitarbeiter sozialer Einrichtungen zu entlassen, hat der Internationale Währungsfonds neue Kredite bewilligt. Deren Betrag liegt für dieses Jahr knapp unter den 300 Millionen Dollar, die Nicaragua für seinen Schuldendienst aufbringen muß.

Bürgerkönig

Auch auf dem Thron haben die Deutschen jetzt das Glück, wählen zu dürfen: zwischen »Hakle clean mit natürlichen Essenzen hautneutraler Seifenpflanzen« für Scheißliberale, »Hakle fresh mit natürlichen Essenzen ausgesuchter Meerespflanzen« für Toscana-Kacker, »Hakle camille mit 100 Prozent natürlichen Essenzen echter Kamillenblüten aus kontrolliertem Anbau« für grüne Arschgesichter, »Hakle sensitive mit Pro-Vitamin B5« für zivilgesellschaftliche Schleimscheißer und »Hakle med mit natürlichen Kräuteressenzen aus Hamamelis, Malve, Rosmarin und Salbei« für lila Verstopfte.

Es ist ein Glück, wühlen zu dürfen. Das ist ein Besitz: eine Stimme. Sie fällt ins Gewicht und beweist, daß ich lebe

Günter Grass, Nachdenker

Die Fremden sind das Salz in der Suppe. Aber wollen Sie eine versalzene Suppe?

Horst Mahler, Ex-Burschenschafter, Ex-Sozialdemokrat, Ex-Sieger im Ex-Volkskrieg, Ex-Kronzeuge, Arier, Nazi

Daß Freiheit auch Last ist, wußte der französische Philosoph Jean-Paul Sartre ganz genau

Jost Stollmann, Vordenker

Konkret 11/98, S. 11

Peter Hacks

Jetztzeit

APPELL

Weil ihr arm seid, müßt ihr spenden.
Die ihr unter Brücken gammelt,
Die ihr lehnt an Bahnhofswänden,
Gebt die letzte Mark. Gesammelt
Wird für eine Guillotine,
Also eine Köpfmaschine.
(Übrigens zu wünschen wär
Auch ein neuer Robespierre).

Erstmals zeigte der Erfinder,
Daß er Frankreichs Lob erziele,
Seinen Köpfehobel in der
Place de l'Hotel de Ville.
Später noch weit schönre Morde
Bot die Place de la Concorde,
Deutschland hat nun zum Ersatz
Leergeräumt den Leninplatz.

Eine Plattform steht von Planken,
Draus zwei Pfosten stattlich ragen,
Die, geschmückt mit Eichenranken,
Das geschärfte Eisen tragen.
Bald aus einem fernen Knarren
Bildet sich ein Zug von Karren.
Krause rollt und de Maizière
Vorne vor dem Zuge her.

Böhme, Thierse, Schnur und Stolpe,
Gysi, Modrow, Wolf und dann
Poppe, Barbe, Klier und Bohley,
Schröder, Ull- und Eppelmann,
Die Gebrüder Brie und, ärger,
Eheleute Wollenberger,
Alle lassen ihren Kopf
Fallen in den Auffangtopf.

Großer Beifall. Sehet fruchten,
Lieben Bettler, eure Spende.

Mögt nun das Jahrtausend wuchten
Kraftvoll im Genuß der Wende.
Auch die Kinder, schwatzend, hüpfend,
Tücher über Blusen knüpfend,
Sind mit ihrem Pionier-
leiter zum Vergnügen hier.

Konkret 11/98, S. 12

Joachim Rohloff

Käsekopf

Der Chefvordenker und Wahlkampfleiter der PDS, André Brie, forcht sich weder vor grauenhaften Epigrammen noch vor nationalistischen Parolen

Er will dem Zahn der Zeit die Zähne zeigen. Was er durch die Blume sagen muß, sagt er durch die Schwertlilie. Natürlich müsse man mit dem Kopf durch die Wand - und nicht etwa ohne ihn. Spätestens seit Marx sei der linke Weg der rechte. Doch grau sei alle schöngefärbte Theorie und der gute Kern im Menschen eine harte Nuß. Manche predigten Wasser, statt reinen Wein einzuschenken, und schlügen sieben Probleme mit einer Scheuklappe. Dann drücke die Sprechblase des Redners derart, daß man austreten möchte. Doch wem die Hände gebunden seien, der müsse Beifall klatschen. Denn das Rückgrat zu wahren, könne manchmal kreuzgefährlich sein. Mit Fersengeld könne man keine Schuld abzahlen, und mancher werde in das Gras beißen, das er über seine Fehler wachsen ließ. Marionetten endeten an den Stricken, an denen sie hängen. Was aber, wenn der gordische Knoten das Schwert hält, das ihn zerschlagen soll, und der Ariadnefaden, dem wir folgen, uns fesselt? Ein Königreich für ein trojanisches Pferd! möchte man da ausrufen.

Die große Zeit des Aphorismus währte zweitausend Jahre, nun ist sie wohl unwiederbringlich vorbei. Marc Aurel, Pascal, Karl Kraus - dann nichts mehr. Doch dann kam André Brie: »Es ist kein Meister vom Himmel gefallen, der nicht auch schon aus allen Wolken gefallen wäre. Erst war die Henne, dann das Ei - des Kolumbus. Auch der Handel ist ein Schachspiel - König Kunde wird matt gesetzt. Wenn Erfolg zu Kopfe steigt, macht er kopflos. Der Sand im Getriebe unserer Zeit ist jener, den wir uns in die Augen streuen. Wer offene Türen einrennt, dem öffnen sich alle Türen.« Wer aber auf einen Käsenamen hört, beschleicht es den Leser der *Brieoritäten,* sollte keine briemitiven Wortspiele treiben.

Was nach einem Shareware-Programm zur Herstellung Ihrer ganz persönlichen Grußkarte klingt, begründete doch Bries große Erfolge als Wahlkampfmanager der PDS. Seine Berufung verdankt er nicht zuletzt einer in Jahrzehnten gewachsenen literarischen Kompetenz. Schon während der Achtziger inspirierte er das sozialistische Kabarett republikweit mit der Perestroika, leitete das Poetenseminar der FDJ, und 1990, von Gysi gefragt, hatte er keinen Zweifel mehr: »Als Aphoristiker traute ich mir einige Wahlkampfslogans zu.« Sein erster Versuch fiel noch recht konventionell aus und erinnerte an Schkopauer Marketingstrategien: »Progressiv! Produktiv! Pro DDR! PDS«. Inzwischen hat er seine Mittel weiter reduziert und ist so in des Wortes doppeltstem Sinne, hinter dem vermutlich ein neuer Aphorismus schlummert, im vereinten Deutschland angekommen. »Pegasus ist kein Zugpferd«, aber mit einsilbigen Dichtwerken wie »Cool« und »Geil« gewann Brie fünf Prozent und vier Direktmandate. Schlichtweg genial fand die »Woche« seine Losung »Kopf hoch - nicht die Hände« Fünf Worte, in denen sich Millionen Ostdeutsche erkannten, genial. Oder: >Nazis raus - aus den Köpfen< das ganze Problem des Rechtsradikalismus auf einer Bleistiftspitze; prämiert als Politslogan des Jahres«. Wie kommt es aber, daß ein Mann von solchem Talent, der, brächte er nur das Problem des Online-Banking oder des Pausensnacks ähnlich überzeugend auf den Punkt, mit kommerzieller Werbung Karriere und viel Geld machen könnte, sich ausgerechnet an den Sozialismus verschwendet?

Als 1992 die Gauck-Behörde seine zwanzigjährige Tätigkeit als »IM Peter Scholz« an den Tag brachte, bekam Brie die unerwünschte Gelegenheit, dieser Frage nachzugrübeln. Im Jahr zuvor hatte die PDS beschlossen, alle Funktionäre und Parlamentskandidaten sollten die guten und unguten Wendungen ihrer politischen Biographie offenbaren. Brie, ihr stellvertretender Bundesvorsitzender, hatte geschwiegen, und mit ihm Gysi, der längst von allem wußte. »Immer wenn wir etwas verschweigen«, spricht der Aphoristiker in anderem, d. h. gar keinem Zusammenhang, »verstummt in uns etwas für immer.« Brie hatte sich sogar zum Berliner Landesvorsitzenden wählen lassen und damit zum Nachfolger Wolfram Adolphis, der wegen ähnlicher MfS-Verstrickungen zurückgetreten war.

Einstweilen gab Brie sich seiner Zerknirschung hin:. »Nachdem ich im Oktober 1992 meine Ämter niedergelegt hatte, fuhr ich in ein winziges Mecklenburger Walddorf, in dem ich die Hälfte eines Bauernhauses bewohne. Seit ich den Ort und vor allem die tiefen Wälder, die uralten Kiefern, Birken, Eichen, Buchen und die wunderbar klaren Seen kenne, weiß ich mir keinen schöneren Platz. Dort saß, wanderte, las ich, traf mich mit Freunden, schwatzte eine halbe Nacht in der Küche und einen ganzen Tag auf den Sandwegen rund um den Paaschen- und den Langhagensee mit Gysi und war mir schließlich klar, daß drei knappe Jahre als Politiker hinter und irgendwelche neuen Aufgaben vor mir lagen.« Also doch Brie & Friends, Slogans und Losungen für die Marktwirtschaft? Radeberger - rein in die Köpfe!?

Beim sensiblen Sitzen an Seen und hölzernen Tischen fiel es ihm ein: »Man ist nicht Sozialist, um voranzukommen, sondern um voranzugehen.« Also schrieb er noch im selben Monat einen Artikel gegen Sahra Wagenknecht und »ein Material« für den Parteivorstand, das Programm und den Wahlkampf betreffend. Brie war wieder im politischen Geschäft, der Vorstand wählte ihn ohne Gegenstimme zum ersten Wahlkämpfer der Partei. Denn »unter den Einäugigen, die ein Auge zudrücken, wird selbst der Blinde König«.

Seitdem die »demokratischen Sozialisten« denken können, ist André Brie ihr ehrenamtlicher Vordenker. Nichts sei so überflüssig, sagte er einmal, wie eine zweite sozialdemokratische Partei. Deshalb arbeitet er am Godesberger Programm der PDS. Er nennt sich einen Marxisten, weil er bei Marx das schlagende Argument gegen einen Umsturz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse findet: Die Bourgeoisie könne nicht existieren, heißt es im *Kommunistischen Manifest,* »ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren«. Brie folgert aus seinem Lieblingszitat, der Kapitalismus sei »im Marxschen Sinne entwicklungsoffen«. Wer weiß, was er noch zustande bringen wird? Man warte ab und überlasse die Revolution denjenigen, die sich am besten auf sie verstehen: »Kapital und Regierungen sind immer noch auch zu gravierenden, ja revolutionierenden Veränderungen der Produktionsverhältnisse ... in der Lage.«

Das Instrument, dessen der Kapitalismus sich zu seinem eigenen Umsturz bedient, ist natürlich der Markt. Er sollte endlich »auch von Linken als geschichtliche Errungenschaft gesehen werden«. Allerdings hat der Marxist Brie irgendwo gelesen, der Markt sei das Gegenteil vom Sozialismus, nämlich »Profitdominanz«, Konkurrenz, Kapitalvernichtung, Arbeitslosigkeit etc. Deshalb will er »die Regulierung des Marktes, die Dominanz der Gesellschaft über die Wirtschaft, die Fähigkeit zu bewußter und vorausschauender Entwicklung durchsetzen, aber nicht die Regulierung durch den Markt und unternehmerisches Interesse erdrosseln«, also den Markt regulieren und zugleich von ihm reguliert werden.

Gefragt, wie sowas zu bewerkstelligen sei, greift Brie ins Schatzkästlein des SED-Reformers und fördert Erstaunliches zutage, nämlich eine »Sozialisierung des Kapitals ohne Enteignung. Wir brauchen eine große gesellschaftliche Mehrheit für eine Rahmenplanung, die die Gesamtrichtung festlegt. Erforderlich sind plebiszitäre Elemente. Wir haben zum Beispiel eine zweite parlamentarische Kammer neben dem Bundestag für soziale Bewegungen vorgeschlagen, nicht um die Parteiendemokratie kaputtzumachen, sondern um sie intelligent und konkret herauszufordern. Diese zweite Kammer sollte Initiativ- und Vetorechte haben und über einen kleinen Teil des Staatshaushaltes direkt verfügen. Außerdem sollten die Bürger eine dritte Stimme für Sachthemen, neben den Stimmen für Personen und Parteien, bekommen. In der zweiten Kammer wären natürlich auch die Unternehmerverbände vertreten. Des weiteren schlagen wir öffentliche Aufsichtsräte vor ... « Und keine Runden Tische? » ... biszitäre Demokratie auf kommunaler und Landesebene, ihre Einführung auf Bundesebene, Runde Tische, erweiterte Mitbestimmungsrechte der Belegschaften, der Kommunen, der Parlamente, der sozialen Bewe ... « Brie, man merkt es bald, ist kein theoretischer Kopf, sondern ein Realpolitiker und stolz darauf. Die »antikapitalistische Perspektive«, die »Subversion« und den »Umsturz« glaubt ihm nicht einmal der Verfassungsschutz. Von ihm und der PDS darf man keinen Sozialismus erwarten, sondern einen marktwirtschaftlichen Unternehmersozialismus, also eine soziale Marktwirtschaft. Das ist besser als gar nichts, wäre aber ohne pseudoradikales Gedöns leichter erträglich.

Wenn Regierung und Kapital die Revolution machen, bleibt sie garantiert verfassungskonform. Andernfalls müßte Brie von ihr Abstand nehmen. Die PDS brauche ein »wirklich positives Verhältnis zum Grundgesetz und zur parlamentarischen Demokratie«, und Brie zögert nicht, auch dem antitotalitären Konsens beizutreten: »Nach dem Scheitern der DDR haben wir begreifen müssen, wieviel komplizierter als die beste Theorie Wirtschaft, Gesellschaft und Mensch sind. Es haben sogar diejenigen recht, die sagen, daß Utopien, die dogmatischen Charakter haben, Ausgangspunkt von Totalitarismus sein können.« Er denkt an den »Poststalinismus« und an die Verfassungsfeinde in der eigenen Partei, denen er schon mal durch den »Stern« mitteilt, er wolle ihnen den weiteren Aufenthalt in der PDS unerträglich machen.

Wie er sich seinen Sozialismus vorstellt, erläuterte Brie einst der Göttinger Burschenschaft »Alemannia«. Daß auch im »libertären Cityoen« ein deutscher Mann steckt, dürfte die Burschen gefreut haben. Brie habe sich, berichtete einer, »gegen radikalen Antiautoritarismus und für die Bewahrung des privaten Eigentums und Kapitals sowie für die Erhaltung des Leistungsprinzips ausgesprochen«. Was wunder, daß sich »zum Ende der Plenumsdiskussion die Standpunkte von Referent und Zuhörern erstaunlich annäherten, als Brie sich gegen den Euro aussprach« und für einen »Dualismus von Nationalstaat und europäischer Integration«.

Als einige »ganz-ganz Linke« 1994 die nationalen Neigungen des Grafen Einsiedel kritisierten, sprangen Gysi, Brie und andere PDS-Politiker ihm bei und formulierten ein deutsches Glaubensbekenntnis. Des Grafen Familienchronik, mußte man damals lesen, reiche zurück »bis in die Zeit vor der Entdeckung Amerikas oder der Goldenen Bulle von Kaiser Karl, jenem berühmten Reichsgrundgesetz von 1356, dem ersten, das sich die Deutschen gaben«. Deshalb spürten Herr Graf eine besondere »Verantwortung für das, was im Laufe der Jahrhunderte Generationen geleistet haben. Er möchte, daß dies geachtet, bewahrt und, wenn es denn gut war, auch fortgesetzt werde. Für so einen ist die deutsche Nation auch nicht 1871 im Spiegelsaal zu Versailles geboren worden. Sie bildete sich in Junker Jörgs Kemenate auf der Wartburg ebenso wie in Mainz beim Drucker Gutenberg. Sie wuchs auf mecklenburgischen Kornfeldern und in erzgebirgischen Silbergruben, in den jüdischen Synagogen von Nürnberg, in den Berliner Manufakturen der Hugenotten und in Goethes Dichterwerkstatt, sie reifte auf den Einsiedlerschen Weinbergen bei Meißen, in Hambach und in einem literarischen Wintermärchen.« Wären die Synagogen und der Heine nicht, müßte man vermuten, sie hätten den Stuß aus einem Schulbuch von 1935 abgeschrieben. Und auch das noch ward uns gegeben: »Mit dem Ende der DDR ist Sozialismus in Deutschland erst möglich geworden ... Die Linke muß endlich die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen.«

Im Juni dieses Jahres gab Brie der ehemals rechtsextremen Zeitschrift »Mut«, die neuerdings auch irgendwie libertär geworden ist, ein Interview. Offenbar wählte er diesen Ort mit Bedacht, um endlich all das ausplaudern zu können, was ihm schon immer am Herzen lag, und um zu demonstrieren, daß seine Diskurs- und Koalitionsfähigkeit in jeder Hinsicht entwicklungsoffen und er selbst auch nicht ganz dicht ist. Brie kritisierte »eine linke Borniertheit, die Existenz und Bedeutung des Nationalstaates leugnet«. Die deutsche Linke sei unfähig, »mit dem Phänomen Nationalgefühl auch nur umzugehen«, und beweise so ihre »Politikunfähigkeit, ein viel übergreifenderes Phänomen der deutschen Linken, das sich in Selbsthaß flüchtet, wenn sie mit einem unpolitischen, nämlich nur national geprägten >Inländerhaß< und einer ebenso unpolitischen Schönfärberei gegenüber allen, die nicht deutsch sind, einhergeht«. Besser hätte es auch die »Junge Freiheit« nicht formulieren können; der folgende Gedanke aber stammt von Schäuble: »Wenn die Linke Fragen der nationalen und kulturellen Identität weiter vernachlässigt, wird sie sich isolieren. Gerade in Krisenzeiten finden Menschen eine solche Identität, die einen Halt bildet, mit dem kritisch umzugehen ist, ohne ihn zu leugnen.«

A last one for the road? »Wer meint, daß Marx tot sei und Jesus lebe, hat nicht verstanden, daß Jesus nur leben kann, wenn er seinen Bruder Marx leben läßt.«

Konkret 11/98, S. 14

Wolfgang Gehrcke, Hermann L. Gremliza, Jürgen Elsässer

»Quer zum Zeitgeist«

KONKRET-Interview

Die PDS wurde von vielen Wählern nicht wegen, sondern trotz ihrer antirassistischen Positionen in den Bundestag gewählt. Sagt Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der PDS und der PDS-Fraktion im Bundestag, im KONKRET-Interview mit Hermann L. Gremliza und Jürgen Elsässer

KONKRET: Herr Gehrcke, wann haben Sie das erste Mal zum Bundestag kandidiert?

Gehrcke: 1965, für die DFU, die Deutsche Friedensunion.

Gegen Ludwig Erhard, damals.

Ja, ungefähr. Mein Weg in den Bundestag war etwas länger als bei anderen.

Nun hat es endlich geklappt, 33 Jahre später. Und immer noch mit den gleichen Ambitionen?

Eigentlich ja. Man denkt über Teile seiner eigenen Biographie kritisch nach und ärgert sich über jede versäumte Chance, aber der Grundantrieb ist geblieben: ein Stück mehr Gerechtigkeit durchzusetzen -wobei ich weiß, wie Marx über Gerechtigkeit gespottet hat.

Jetzt also nicht mehr die DFU. nicht mehr die DKP und auch nicht mehr die Friedensliste, sondern die PDS. Karl Kraus hat über Wilhelm II. gesagt: Einen Platz an der Sonne erlangen? Nicht leicht, denn bevor er sie erreicht, ist sie untergegangen. Der Sozialismus, für den Sie 1965 bis 1990 erfolglos kandidiert haben, ist jetzt, da Sie Erfolg hatten, von der Agenda der Politik und auch Ihrer Partei gestrichen.

Ich würde den Sozialismus nicht fallenlassen. Und wenn die PDS jetzt in eine Programmdebatte eintritt, dann macht die aus meiner Sicht nur einen Sinn, wenn man versucht, Sozialismus präziser zu beschreiben und auch streitbarer zu vertreten. Ich möchte schon, daß Sozialismus, deutlicher als es bisher der Fall gewesen ist, Markenzeichen der PDS wird. Sicherlich gibt es auch Kollegen in meiner Partei, die das anders sehen. Aber ich glaube, daß wir sogar eine gewisse Renaissance sozialistischen Denkens erleben werden.

Sozialismus ist ein leider sehr dehnbarer Begriff. Vielleicht käme es eher darauf an, bestimmte politische Prinzipien streitbar zu vertreten. Im alten Grundsatzprogramm der PDS steht immerhin noch die Verpflichtung auf offene Grenzen. Nun sieht es so aus, als werde eher die vage Formulierung des Wahlkampfprogramms übernommen, die offene Grenzen »für Menschen in Not« verlangt. Und was Not ist, bestimmt dann der Bundesgrenzschutz.

Die Immigrantenpolitik ist so etwas wie Scheidewasser. An keiner anderen Frage kann man so leicht rechte und demokratische Positionen voneinander unterscheiden. Es gibt aus meiner Sicht überhaupt keine Veranlassung, daß man hier zurückweicht, obwohl ich die Diskussion auch in den eigenen Reihen kenne.

Wir haben im Wahlkampf kein PDS-Plakat gesehen, auf dem es hieß: Ausländer rein!

Wir waren die einzigen, die im Wahlkampf offensiv gegen den Rassismus zu Felde gezogen sind...

... und im »Neuen Deutschland« eine Diskussion angefangen haben, wie national die Linke sein müsse.

Ich finde, daß durch diese Frage nach dem Wie, die ja schon beinhaltet, daß die Linke national sein muß, die Diskussion in einer Schieflage begonnen hat. Der Begriff der Nation ist in Deutschland immer mit Blut und Eisen besetzt. Wer in Deutschland über die Nation diskutiert, muß über Auschwitz reden.

Ich finde aber auch, daß die PDS im Bundestag, was die Asylfrage angeht, konsequent geblieben ist. Unser Versuch, mit den Menschen, so wie sie denken, uns auseinanderzusetzen, kann nicht bedeuten, daß wir uns ihnen anpassen. Natürlich gibt es eine Menge Wähler, die ich auch kennengelernt habe, wo ich froh bin, daß ich nicht mit denen in einer Partei sein muß. Aber es bleibt uns überhaupt keine andere Chance, als die Auseinandersetzung zu führen. Das müssen auch die Kollegen begreifen, die es nicht wollen.

In der Zeitschrift »Mut«, die ihre Nazi-Herkunft mit allerlei linken Interviewpartnern zu camouflieren sucht, hat Ihr Wahlkampfleiter André Brie sich über »eine linke Borniertheit« beschwert, die »die Existenz und Bedeutung des Nationalstaates leugnet«. »Die Unfähigkeit der Linken, mit dem Phänomen Nationalgefühl auch nur umzugehen«, habe »zu ihrer Unfähigkeit geführt, Menschen von den Rechten zurückzugewinnen«. Und dann ist von linkem »Selbsthaß« und »Inländerhaß« die Rede.

Ich kenne das Interview nicht. Es wäre nicht meine Position. Allerdings gibt es da aus unterschiedlicher politischer Sozialisation auch methodisch differentes Herangehen. Unter den Bedingungen, die wir in Deutschland haben, wird die Linke mit der nationalen Frage keinen Blumentopf gewinnen. Das »ND« hat die Debatte losgetreten, in Schieflage. Was

dann an Artikeln Erklärungen und Leserbriefen kam, mußte so kommen, weil die Vorlage so war. Wenn man so eine Debatte lostritt, muß man sich auch klar sein, welche Geister man damit ruft. Das soll nicht heißen, daß man das Thema nicht diskutieren soll - es muß diskutiert werden, weil es ein latentes Problem ist.

Aber wenn man, wie die PDS, den Weg in die deutsche Normalität einschlägt, gehört das Bekenntnis zur Nation einfach dazu.

Für mich nicht.

Der frühere Bundespräsident von Weizsäcker hat der PDS für die Aufnahme in den Kreis derer die hier mitspielen dürfen, zwei Bedingungen gestellt: Sie muß sich »unzweideutig vom Unrecht der SED-Diktatur distanzieren« und »erkennbaren Willen zur deutschen Einheit demonstrieren«.

Weizsäcker hat sich zu Wort gemeldet in einer Situation, in der die Stigmatisierung der PDS einen Höhepunkt erreichte, Hintze seine Rote-Hände-Kampagne vorbereitete und eine neue Welle antikommunistischer, antisozialistischer Propaganda losgetreten wurde. Darauf mußte eine Antwort formuliert werden. Auch im Interesse der PDS ist eine Auseinandersetzung mit den komplizierten Teilen unserer Geschichte notwendig. Und zur zweiten Frage: Ich bin in der Zweistaatlichkeit aufgewachsen. Ich konnte mir nie vorstellen, daß ich mal ein einig Vaterland erleben würde...

Wir haben es nicht gewollt.

Nein, überhaupt nicht. Aber jetzt ist man drin, und es ist die Frage, ob man versucht, in diesem Deutschland - ich versuche ja auch, möglichst den Begriff zu meiden -so etwas zu entwickeln wie eine sozialistische Politik.

Womit man sich selber beschäftigt, ist eine andere Frage. Aber warum man ~ tut, wenn Herr von Weizsäcker es verlangt? Der Mann ist als Wehrmachtsoflizier in die Sowjetunion eingeritten, hat als Manager bei Boehringer Napalm exportiert und verlangt nun von Leuten, die sich Sozialisten nennen, irgendwelche Leumundszeugnisse. Was da drinstehen sollte und tatsächlich auch drinstand, war nicht notwendige Kritik an der SED-Politik, sondern eine nachträgliche Delegitimierung der DDR.

Das wird es nicht geben, und es ist dem Brief so nicht zu entnehmen. Ich bin mir völlig sicher, daß die PDS in ihrer großen Mehrheit einen solchen Weg nicht gehen wird. Die kritische Verarbeitung der Vergangenheit ist unbedingt notwendig, aus sozialistischer Sicht. Und die Kritik muß schonungslos sein, muß wirklich an die Wurzeln gehen. Eine Delegitimierung wird es nicht geben. Die DDR war eine legitime Antwort auf die deutsche Geschichte bis 1945.

Das sagen Sie hier bei KONKRET

Sie werden das ja auch drucken.

Tun wir. Und fragen, warum die PDS dann zum Beispiel nicht sagt, daß die sogenannten Waldheim-Prozesse großteils die Richtigen getroffen haben und das, was da gemacht worden ist, westeuropäischer Standard war: So sind die Italiener die Franzosen und die Holländer auch mit Nazikollaborateuren verfahren. Wenn das einer in der PDS sagt, bekommt er Schwierigkeiten.

Nein. Ich kenne jedenfalls in meiner Umgebung sehr viele Leute, die das sagen, denken und schreiben, wobei man in historischem Abstand natürlich sagen muß, daß die Prozesse zum Teil sehr undifferenziert waren und man sich eine mehr rechtsstaatliche Aburteilung von Naziverbrechen gewünscht hätte. Aber in der Nachkriegssituation war das durchaus europäischer Standard.

Die PDS scheint ganz versessen darauf als Musterpartei anerkannt zu werden. In dem Brief an Weizsäcker heißt es: »Wir sind die eigentlichen Verfassungspatrioten.« Wir sind eigentlich die Partei des Grundgesetzes, die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die ideale gesamtdeutsche Partei. Jetzt müssen die anderen nur noch einen oder eine von uns zum Bundestagsvizepräsidenten oder zur -präsidentin wählen - und dann ist eigentlich auch alles gut.

Kommt darauf an, was man unter einer normalen Partei versteht. Wenn das heißt, daß man die Hemmschwellen deutlich absenkt und wirklich in Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern tritt, finde ich diesen Begriff richtig. Versteht man unter Normalität einer Partei, daß sie Teil der Verwaltung des Staates wird, möchte ich das nicht. Was das Grundgesetz angeht - das ist meine ungebrochene Tradition - , finde ich in der Tat, daß es bei aller Relativierung eine Menge antifaschistischer Grundgedanken hat, und daß man die Verfassungsrechte gegen rechte Politik verteidigen muß.

Wird die PDS Schröder zum Kanzler wählen?

Wir werden im Bundestag eine Mehrheit von Rot/Grün haben, wir werden eine Opposition der CDU/CSU/FDP haben und eine Opposition der PDS. Und ich möchte gern, daß die Unterschiedlichkeit dieser beiden Oppositionen im Abstimmungsverhalten sichtbar wird. Die Fraktion hat noch nicht darüber entschieden, aber ich würde mich der Stimme enthalten wollen.

Im »Neuen Deutschland« hat Lothar Bisky das Wahlergebnis mit dem schönen Satz kommentiert: »Mit einer linkssozialistischen Partei neben der Sozialdemokratie ist die Bundesrepublik Deutschland endlich in westeuropäischer Normalität angekommen.«

Ich fürchte, daß er nur zum Teil recht hat. Europäische Normalität in Frankreich oder Italien ist nicht nur, daß die kommunistisch-sozialistischen Parteien parlamentarisch verankert sind, sondern daß sie auch von anderen Teilen der Gesellschaft, die ihnen kritisch gegenüberstehen, als Bestandteil des politischen Spektrums gesehen werden. Das haben wir hier natürlich noch lange nicht. Natürlich würde die Mehrheit dieser Gesellschaft uns am liebsten den Garaus machen.

Die französische Bourgeoisie hat gelernt, daß von den Kommunisten nicht die geringste Gefahr droht. Deswegen geht sie mit denen so zivil um.

Die PDS wäre nicht mal in der Lage, eine Pommesbude zu stürmen.

Bisky hat in seinem Kommentar auch die jetzt wichtigen Themen aufgezählt: »mehr Arbeitsplätze, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz, wieder gleiche Bildungschancen, mehr soziale Gerechtigkeit und eine vielseitige Kultur«. Was in dem Katalog mit keinem Wort vorkommt, ist: Out of area, Rassismus, Nazis, Asyl... In Mecklenburg-Vorpommern kommt man mancherorts mit einer dunklen Hautfarbe nicht unversehrt über die Straße. Und nun gewinnen in diesem Milieu SPD und PDS zusammen eine satte Mehrheit, während die Nazis gar nicht in den Landtag kommen. Wo sind die geblieben?

Die Aufzählung, die Lothar Bisky gemacht hat, ist, was die sozialen Themen angeht, okay, das wird auch immer Bestandteil der Programmatik und praktischen Politik der PDS bleiben. Aber dazu gehört unbedingt die entmilitarisierte Außenpolitik, dazu gehören der Antirassismus und eine Antirechtsbewegung. Denn man darf sich über das Wahlergebnis nicht täuschen. Das Problem ist damit nicht gelöst. Es wäre durchaus mal ohne Vorbehalte auszuloten, ob es nicht auch ein gewisses Verdienst der PDS ist, daß sie dieses Spektrum durch die eigene Kandidatur, die eigene Bemühung zumindest eingeschränkt hat. Die Alternative, daß die in den Parlamenten sitzen, finde ich nicht attraktiver.

Genau dasselbe sagt Stoiber auch.

Es ist ja nun ein qualitativer Unterschied, wenn eine Partei, die antirassistisch ist und eine antirassistische Politik macht, Protestwähler erreicht und solche Wählerschichten einbringt, ohne sich anzupassen, während die CSU wesentliche Inhalte der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten übernommen hat.

Die CDU hat im Wahlkampf ihre Rechtsausleger von der Leine gelassen und geschaut, daß Stoiber und Gauweiler die rechte Szene abfischen, und die PDS hat ihre Ostrowskis und ihr »Neues Deutschland« von der Leine gelassen.

Die rechtsextremen Wählerinnen und Wähler in Mecklenburg haben weder die Debatte im »ND« noch sonst was zur Kenntnis genommen. Meine Kritik an Christine Ostrowski kennen Sie, die habe ich auch öffentlich ausgetragen. Aber das hängt miteinander nicht zusammen.

Wir stellen uns das nicht so vor. daß ein Skin, der da in Neustrelitz herumlungert, im »Neuen Deutschland« nachsieht, ob er die PDS wählen kann. Es geht um die Stimmung, die verbreitet wird. Hinzu kommt, daß etwa in Mecklenburg-Vorpommern die PDS nicht den Eindruck erweckt hat, sie stehe dem Klima, das dort auf den Straßen herrscht, feindlich gegenüber. Dem »Arbeit zuerst für Deutsche« wurde auf keinem PDS-Plakat widersprochen. Der Rassismus dieser Gruppierungen wurde nicht zum Thema gemacht. Die PDS ist diesen Wählern lieber ein bißchen sozialarbeiterisch begegnet und hat den Eindruck vermittelt, sie könne das gesunde Volksempfinden schon verstehen.

Ich leugne nicht, daß ein Anteil unserer Wähler, das zeigen ja auch Umfragen, uns nicht wegen unserer antirassistischen Position, sondern trotz dieser Position gewählt hat.

Wenn die PDS hart gegen die angeht, dann verliert sie ein Prozent. Und dann ist sie natürlich wieder unter fünf

Den Preis muß man zahlen. Anpassung führt auf diesem Feld ins Verderben. Die Losung »Arbeit zuerst für Deutsche« habe ich in meinem Wahlkampf immer sofort angepackt. Diese Losung heißt ja eigentlich: Ausländer raus. Es ist wichtig, die politische Auseinandersetzung mit solchen Losungen und Denkweisen hart zu führen und dabei die eigenen Positionen deutlich zu machen.

Bei der Trennung von ihrer Vergangenheit hat sich die PDS viel Mühe gegeben, ihren Inhalt, den Sozialismus, loszuwerden. Gerettet hat sie dafür Formen, Haltungen und Altären der Partei, die immer recht hatte. Ein Beispiel aus dem Brief an Weizsäcker: »Menschen, die den Prinzipien des Grundgesetzes gegenüber feindlich eingestellt sind, haben keinen Platz in unserer Partei.« Das ist ganz im Stil jener »negativ feindlichen Elemente« von damals, Erich Mielke hätte es nicht schöner formulieren können. Wer »feindlich eingestellt« ist, wird hinausgesäubert.

Solange ich die PDS kenne, hat es kein einziges politisch begründetes Ausschlußverfahren gegeben. Und wenn die PDS den Sozialismus als Grundidee aufgeben würde, würde sie sich selber aufheben. Sozialismus ist das einzige Bindemittel, das diese Partei zusammenhält. Nimmt man der Partei dieses Bindemittel, wird sie in alle Winde zerstreut.

Das Bindemittel der PDS ist die Interessenvertretung derjenigen DDR-Bürger die mit der Art und Weise und den Folgen der deutschen Vereinigung noch nicht zurechtkommen.

Ja, auch, mit abnehmender Wirkung. Das war einer der großen strategischen Fehler der sozialdemokratischen Partei. Wenn die SPD sich sofort nach der Wende gegenüber ehemaligen SED-Mitgliedern geöffnet und nicht diesen strikten Abgrenzungskurs gefahren hätte, wäre es für die PDS ganz schwer geworden. Daß keiner die Leute haben wollte, hat aber nur eine bestimmte Phase getragen.

Etwas anderes sind die sozialen Erfahrungen, die Menschen in der DDR gesammelt haben. Ich meine das nicht wehleidig oder zurückgewandt, obwohl ich auch ein gewisses Maß an Verständnis dafür habe, daß Menschen einfach zusammensitzen und sagen, wie war das denn früher und was hat sich in unserem Leben abgespielt. Ich meine Erfahrungen mit der Umgestaltung von Gesellschaft, die man als subversive Elemente in die gesamtdeutsche Politik einbringen könnte.

Wenn ehemalige DDR-Bürger von Arbeit reden, dann meinen sie die Form von Arbeit, die in der DDR ablief Und die hat bestimmte subversive Elemente gehabt. Es wurde nicht so hart gearbeitet, es war leicht, aus dem Arbeitsprozeß auszusteigen, zu diskutieren, einen schönen Tag zu haben. Die Arbeit war ein Teil des geselligen Lebens. Diesen subversiven Aspekt in die politische Debatte einzubringen, wär' gewiß was. Aber wie die SPD fordert auch die PDS nur: Arbeit, Arbeit, Arbeit. Als wäre es das höchste der Gefühle, in Lohnarbeit ausgebeutet zu werden.

Wenn es nicht zynisch klingt - im Angesicht von Massenarbeitslosigkeit klingt ja vieles leicht zynisch -: Das Reich der Freiheit fängt dort an, wo das Reich der Arbeit aufhört. Also nur mit dem plakativen Arbeitsbegriff sind die Probleme der heutigen Gesellschaft überhaupt nicht zu lösen, wenn man nicht über Qualität spricht, wenn man nicht über Lohnarbeit spricht, wenn man nicht über Ausbeutung spricht.

Das hätte man auch populär formulieren können, ohne Mißverständnisse: Statt »Arbeit her!« einfach »Geld her!«

Da bin ich leider nicht drauf gekommen.

Weil Sie wußten, daß es nicht möglich gewesen wäre. Aber zurück zu Realo. Die PDS hat sich über den Wahlsieg von Rot-Grün mitgefreut. Wenn man sich Schröder und seinen Hombach so anhört, weiß man nicht, was an deren Regierung besser sein sollte als an der christlich-liberalen.

Das ist für mich eindeutig. Es war schon ein kultureller Fortschritt, nach 16 Jahren die Konservativen aus der Regierung zu verdrängen - nicht weil ich mir Illusionen mache, aber wenn Luft an die Mumie kommt, zerfällt sie. Es kann sein, daß bei diesem Prozeß außerparlamentarisch mehr rumkommt, weil Leute Sinn darin sehen, Forderungen anzumelden und Forderungen auch zu verfechten, weil man davon ausgehen kann, daß Sozialdemokraten und Grüne anders, vielleicht sogar leichter unter Druck zu setzen sind als eine konservative Regierung.

Jetzt haben wir es mit einer neuen Form zu tun. Diese neue Form hat einen mythischen Teil - das, was man früher so unter Rot-Grün verstand. Dieser Mythos geistert nur noch bei Teilen der Industrie rum. Aber wer heute auf Grundlage des Regierungswechsels sehr plakativ den Aufbruch, die Umbruchstimmung verkündet, der blamiert sich in der Praxis. Es ist eine zähe, sehr widersprüchliche Situation. Wir haben einen Mythos Rot-Grün, das ist der Mythos der Veränderung. Und die Realität Rot-Grün wird völlig anders sein.

In einem Streitgespräch bei KONKRET im Februar 1989 mit Thomas Ebermann und anderen über die Frage, welchen Sinn die grüne Partei mache, hat einer gesagt: »Die eigentliche Frage ist doch: Brauchen die außerparlamentarischen Bewegungen, die Menschen, die Veränderung wollen, für diese Veränderung die Grünen? Wenn das der Fall ist, dann sind die Grünen auch nützlich für Linke. «

Kann es sein, daß ich das war?

Ja. Soll das auch für die PDS gelten?

Klar. Ich kann nur hoffen, daß wir immer wieder auf diese Frage gestoßen werden. Man muß die Courage haben, Bewegungen, die quer zum Zeitgeist, quer zum gesellschaftlich Akzeptablen stehen, zu fördern.

Konkret 11/98, S. 17

Wolfgang Pohrt

Pohrt antwortet

Spaß haben und Profit machen

Kohls Abgang sei Schröders und der Grünen Ende, hatten Sie im letzten Heft versprochen. Nun sind wir ein bißchen enttäuscht.

Wieso? Am Wahlabend gab es einen Mann, der aufgeräumt, fast fröhlich wirkte. Das war Kohl. Daneben sah Lafontaine in der »Bonner Runde« aus wie ein Patient, dem der Arzt gerade eröffnet hat, er müsse mit dem Schlimmsten rechnen. Bei den Grünen fiel einer Reporterin auf, daß der rechte Jubel sich nicht einstellen wollte. Und ein wenig verzweifelt klang es schon, als im SPD-Festzelt man die »Internationale« nicht sang, sondern grölte: Der gleiche trostlose Sound, der hiesige Fußballsiegesfeiern begleitet. Seit 1989 scheinen alle Siege hier - Wiedervereinigung, Fußballweltmeisterschaft 1990 - in erster Linie Katzenjammer hervorzurufen.

Vielleicht fühlen die Leute sich einfach ohne Kohl verwaist, oder sie trauern um den Vatermord, den sie begangen zu haben meinen.

Normalerweise trauern sie gerade hier ihren Führern nicht nach, wie die Alliierten nach 1945 feststellen konnten. Es ist nicht die Vergangenheit, von der sie nur schwer scheiden können. Es ist die Zukunft, vor der es ihnen graut. Sie haben nämlich keine, weil das, was sich hier so nennt, anderswo immer schon Gegenwart ist.

Das müssen Sie uns erklären.

Marx kann es besser. Ich meine die Stelle in der *Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie,* wo er schreibt: »Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen ... Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung.« Banaler gesagt: Bezogen auf die Weltgeschichte ist Deutschland der ewige Müllschlucker. Dort landet zwar alles, was irgendwo hervorgebracht wird, aber erst, nachdem alle mit diesen Hervorbringungen verbundenen Hoffnungen und Verheißungen Schnee von gestern sind. Im Jahr 1789 die bürgerliche Republik auszurufen hieß, wenigstens für einen Moment vom Glauben an Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit begeistert zu sein. Das gleiche aber rund 130 Jahre später noch einmal zu machen - dafür reicht als Kommentar der Spruch: Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber. Immer wird hier für Dinge gekämpft, die man schon gar nicht mehr haben wollen kann.

Wir hatten über das aktuelle Wahlergebnis sprechen wollen.

Tun wir doch. Nun ist es also endlich auch in Deutschland soweit: Die Hillary-Billary-Generation hat ihr Ziel erreicht. Nur kam sie hier viel zu spät. »Change« hatte Clintons Wahlprogramm geheißen, »Wechsel« heißt es bei Schröder/Lafontaine/Fischer. Das konnte anfangs, vor sechs Jahren etwa, als politische Verheißung mißverstanden werden. Inzwischen weiß man aber, daß »Change« bei Clinton mit »Die nächste bitte« übersetzt werden muß. Das wiederum färbt auf die Epigonen ab. Wenn der »Wechsel«, den Schröder/Lafontaine/Fischer verkörpern wollen, an irgendwelchen Fakten konkretisiert werden soll, bietet sich der Verweis darauf an, daß diese drei es, wie überall zu lesen war, zusammen auf mittlerweile zehn Ehen bringen. Der nächste Gedanke wäre dann, daß ungefähr im gleichen Intervall wie die Lebensabschnittspartnerinnen die politischen Grundüberzeugungen wechseln. Das also, kapiert man schließlich, ist wohl gemeint, wenn solche Politiker Flexibilität und Innovationsbereitschaft fordern.

Ein schönes Bild liefert sie nicht, die führende Kaste heute, in der sich freilich nur der Zustand der gesamten Gesellschaft spiegelt. Deshalb schäumte die Empörung hoch, als Clintons Vernehmungs-Video gezeigt wurde: »Zum Kotzen«, »widerlich«, »unter aller Sau«, »gigantische Menschenrechtsverletzung«, »audiovisueller Mordversuch«, »moralische Hinrichtung durch das Internet« - so tönte es aus berufenem Mund. Keinem fiel auf, daß man im Hinblick auf die USA von Menschenrechtsverletzungen, Mordversuchen und Hinrichtungen besser nicht sprechen sollte, es sei denn, es wären die wirklichen gemeint, die an zum Tode verurteilen Strafgefangenen begangen und vollstreckt werden. Der Ausraster läßt sich nur so erklären, daß Clintons Video allen zeigt, wo sie stehen.

Was ist schon dabei? Eigentlich kann man Clinton nicht mehr nachsagen als Lady Di, und der wurden bittere Tränen nachgeweint.

Aber dafür mußte sie erst sterben. Toten Schlechtes nachsagen gehört sich nicht. Gutes über Lady Di sagen wiederum hieß, eine ganze Kaste zu beweihräuchern, die so war wie sie: ehrgeizig, genußsüchtig, geschäftstüchtig, skrupellos und zugleich darum bemüht, trotzdem irgendwie als gutherzig, mitfühlend, sogar aufopfernd zu gelten. Getrennt lebende Mutter zweier Kinder macht Urlaub statt mit diesen mit einem Playboy, Yacht und Privat-Jet gehören dazu, und die Nachrufe schauen aus, als habe eine Reinkarnation von Mutter Theresa das Zeitliche gesegnet. Der Grund dafür: Ein Rest des Gefühls, man trete immer noch für die Armen und Entrechteten ein, war der soziale Kitt für die Hillary-Billary-Generation und der Schleier,

mittels dessen sie sich vor sich selbst verbarg. Nun hat das Clinton-Video diesen Schleier weggepustet. Was übrigbleibt, ist eine Kaste, deren einzige Ziele Spaß haben und Profit machen sind.

Hatten Herrschende je andere?

Sie mußten welche haben, weil ein bißchen Patriotismus, Anti-Kommunismus, Kommunismus etc. nötig sind, wenn der Machthaber als Anwalt der Interessen des Ganzen gegen die Sonderinteressen erscheinen soll. Die Ideale stiften soviel Gemeinsamkeit, wie nötig ist, damit der Kampf um Spaß und Profit nicht zu einem munteren Hauen und Stechen wird, der am Ende die ganze Kaste ruiniert.

Sie machen uns wieder Mut.

Einerseits soll man die Hoffnung nie verlieren, andererseits ist es bekömmlicher, wenn man keine hat. Schauen wir uns das neue Bonner Treiben doch einfach mal aus der Perspektive des Forschers an, der seine Pantoffeltierchen im Reagenzglas beäugt, also ganz unparteiisch. Wir können die Konstellation dann als eine Versuchsanordnung begreifen, die uns Antwort geben wird auf die Frage: Wo liegt der Mindestbedarf an Idealen und Überzeugungen, welcher für die Stabilität einer herrschenden Kaste nötig ist? Und was passiert, wenn das absolute Minimum unterschritten wird? Daß sie keine Überzeugungstäter, sondern vielmehr Pragmatiker sind, sagen unsere Pantoffeltierchen selber. Daß es ihnen nicht um politische Inhalte, sondern um Posten und Pfründen geht, sagt jeder. Es gibt also nichts, was Grüne und Sozialdemokraten jeweils untereinander teilen könnten, ohne daß es weniger würde, nicht also beispielsweise die Genugtuung über den Sieg der guten Sache, an der auch teilhaben kann, wer bei der Postenverteilung leer ausgeht. Das war der Unterschied zwischen einer Partei und einer Bande: Als Parteigänger bin ich schon glücklich, wenn Sozialismus, Liberalismus, Patriotismus siegen. Als Bandenmitglied ist der Sieg als solcher mir wurst, ich will meinen Anteil an der Beute. Wenn eine Partei sich als Bande verhält, wird sie deshalb Probleme bekommen. Die Beute mag noch so groß sein - für alle, die sich in irgendeiner Weise für anspruchsberechtigt halten, reicht es nie. Kohls CDU ist auch daran zerbrochen...

... was *aber lange gedauert hat..*

... weil anfangs die Umstände günstiger waren. Eine herrschende Kaste, deren Energie der interne Postenhandel absorbiert, während ringsum die Weltwirtschaft zusammenstürzt, erinnert an das Ancien Régime in seinen letzten Zügen. Und wer weiß - vielleicht schaffen wider ihren Willen Schröder und Fischer im Regierungsamt, was ihnen zu Juso-Zeiten oder bei der Gruppe »Revolutionärer Kampf« nie gelang, nämlich durch übertriebene Dreistigkeit die Massen gegen das bestehende System aufzuwiegeln.

Konkret 11/98, S. 18

Günter Bannas

Die Machbarkeit des Möglichen

In ihrem Leitartikel vom 29. September hat die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« den Konservativen, die sich Sorgen über die Folgen einer rot-grünen Wende machen mochten, Entwarnung gegeben. KONKRET dokumentiert den nahezu rundum überzeugenden Beitrag mit freundlicher Genehmigung des Autors

Früher haben die Akteure und ihre Anhänger, die sich heute anschicken, eine neue Regierung zu bilden, gerne von einem »rot-grünen Projekw geredet. der »Umbau des Sozialstaates«, der »Umbau der Industriegesellschaft« wurden in Papieren und Parteitagsbeschlüssen vorbereitet. Nichts davon ist geblieben. Gerhard Schröder, der Ende Oktober zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden wird, tritt an als die Verkörperung des Pragmatismus. Nicht politische Zielvorstellungen, sondern die Rahmenbedingungen einer globalisierten Wirtschaft und des neuen - durch offene Grenzen veränderten - Europa dominieren. Schröder tritt nicht mit dem Versprechen Willy Brandts an, »mehr Demokratie« zu wagen, auch nicht mit Kohls Anspruch, das Land benötige eine »geistig-moralische Erneuerung«. Schröder verkörpert ein »Möglich ist, was machbar und nötig erscheint«. Es reicht ihm, die Aufgaben besser zu bewältigen als sein Vorgänger. Hat »der« Wähler auch nichts anderes gewollt? Schröder wird diesen Umstand seines Sieges akzeptieren und künftig berücksichtigen.

Die Bedingungen, die Schröder den Grünen jetzt vorschreibt, würden im Zivilrecht als Versuch bewertet werden, dem Verhandlungspartner einen Knebelungsvertrag aufzuzwingen: Außenpolitische Kontinuität, innere Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität. Die drei Stichworte Schröders werden sich nicht bloß als werbewirksame Überschriften erweisen. Schröders Konditionen schränken die freie Selbstbestimmung der Partei Bündnis 90/Die Grünen auf eine Weise ein, wie sie Kohl von der FDP niemals verlangt hat. Für den Ernstfall kennzeichnen sie die Prioritäten. Auf wichtigen Feldern der Politik werden die Grünen den Konflikt nicht einmal wagen dürfen. In der Außenpolitik ist ihr Spielraum so eng begrenzt, daß die SPD-Führung dem kleineren Koalitionspartner sogar das Auswärtige Amt anvertrauen könnte. Vom »Raus aus der Nato« ist bei den Grünen nichts übriggeblieben. In der Sicherheitspolitik oder auch bei der Verabschiedung des Verteidigungsetats werden sie nur ein einziges Mal widersprechen können - es wäre zugleich das letzte Mal.

Auf dem Gebiet der Innenpolitik bedeutet Schröders Katalog eine Rückkehr zu der in den achtziger Jahren verschütteten Tradition der Sozialdemokratie, die die innere Sicherheit nicht aus dem Blickwinkel des - in wohlhabenden Vierteln wohnenden - liberalen Bürgertums, sondern aus dem der kleinen Leute bewertete. Es wird, weil das beide Partner wollen, das Staatsangehörigkeitsrecht verändert. Ansonsten müssen sich die Grünen ducken. In der Wirtschaftspolitik kündigt Schröder mit seiner Stabilitäts-Bedingung an, daß für ihn die Zeiten vorbei sind, in denen darüber gestritten werden konnte, was Vorrang habe: die Ökologie oder die Ökonomie. Der künftige Kanzler verkündet ein »Schluß mit lustig«. Im Zweifelsfall sind Arbeitsplätze wichtiger als der Erhalt einer Aue. In der Steuerpolitik sind beide Partner nicht weit auseinander. In der Sozialpolitik könnte Schröder ein Bündnis mit manchen Modernisierern bei den Grünen suchen. Hier, und nur hier, wird er sich den Weg aber von seiner eigenen Partei und den Gewerkschaften vorschreiben lassen müssen.

Auch Schröders eigene Partei hat noch nicht recht bemerkt, worauf sie sich mit dem Kandidaten eingelassen hat und was ihr nun bevorsteht. Nach 16 Jahren fruchtloser Debatten in der Opposition zu Kohl ist sie zwar bereit, einiges zu ertragen. Doch die Zumutungen werden größer sein, als sie ahnt. Die Abgeordneten freuen sich, nach den Jahren des folgenlosen Opponierens nun in Ämtern und Würden die Bundespolitik gestalten zu dürfen. Doch werden sie rasch bemerken, daß die Möglichkeit des Mitbestimmens nicht erweitert, sondern begrenzt wird. Die SPD wird sich künftig nicht einmal mehr auf den Vorsitzenden Lafontaine verlassen können, wenn sie dem neuen Kanzler etwas aufzwingen wollte. Der Vorsitzende wird die Seele der Partei streicheln. Er wird die Gemüter beruhigen. In Saarbrücken aber regierte Lafontaine ebenso autoritär wie Schröder in Hannover.

Die beiden sind ein Gespann. In der SPD irren die, die Lafontaine für einen »Linken« halten, und außerhalb die, die in ihm einen »Traditionalisten« sehen. Ir

Asylpolitik forderte er schon die Verfassungsänderung, als das noch als »rechts« galt. In der Arbeitsmarktpolitik warb er früher als andere für Deregulierungen. Seine Nato-Skepsis und seinen Anti-Atom-Kurs hat er nicht bloß mit moralischen Kategorien begründet. Es waren auch Instrumente im innerparteilichen Streit. Lafontaine wird Schröder so lange stützen, wie dieser Erfolge bei Wahlen garantiert. Seine Absprachen mit Schröder wird er exekutieren. Er wird die Partei trösten. Sie wird ihm zujubeln. Doch ihr Einfluß wird kleiner.

Es kennzeichnet die Veränderung der Grünen, daß die einstige »Anti-Parteien-Partei« diesen Weg mitzugehen bereit ist. Im Spannungsfeld zwischen Identität und Politikfähigkeit haben sich die Grünen derart neu festgelegt, daß später einmal sogar ihre Unterscheidbarkeit in Gefahr geraten kann. Ihr Wettstreit mit der FDP ist noch nicht abgeschlossen. Ihr linker Flügel kann sich nur so lange widerspenstig zeigen, wie die Mehrheit der Koalition gesichert ist. Diese Integrationsaufgabe zu leisten wird Sache Trittins und wohl auch Ströbeles werden. Sie wird ihnen leichtfallen, weil die Parteilinke keine Basis in

der Bevölkerung mehr hat. Die »sozialen Bewegungen« von früher sind ausgetrocknet. Deren Träger sind älter geworden und unduldsamer. Sie achten auf ihr Geld und sind nicht selten Besserverdienende. Eines verachten sie vor allem: Unprofessionalität.

Konkret 11/98, S. 22

Rolf Surmann

Erledigung des □ Restproblems□

Nirgendwo ist die Sensibilit□t f□r die Themen Zwangsarbeit, Gold- oder Kunstraub im Dritten Reich so wenig ausgeprägt wie im Land der Täter. Weiterhin gilt: Almosen vor Entschädigung

Die Deutschen sind einfach wundervoll. Einig im Bestreben, die Kosten für den Faktor Arbeit zu senken und den Standort zu sichern, zögern ihre Konzernchefs dennoch nicht, Zahlungen für die Arbeiter der untersten Lohngruppe zu erhöhen: für die Arbeitssklaven, die sie bis 1945 vernutzten. Der VW-Konzern macht es vor. Freiwillig, wie seine Sprecher betonten, und in vollem Bewußtsein der historischen Verantwortung. Wie bereits in den 80er Jahren, als er einige Millionen Mark für »humanitäre Zwecke« stiftete. Dabei soll es nicht bleiben: Der Bundesverband der deutschen Industrie setzt sich für eine allgemeine Regelung ein. Zwar zieren sich noch einige Unternehmen, die nicht exportabhängig sind, doch wird es wohl auf Zahlungen in der einen oder anderen Form hinauslaufen. Wie ist diese Wende zu erklären?

Zwei Gründe, scheinbar ohne direkten Zusammenhang, sind es, die den Meinungswechsel vor allem bewirkten: die Einreichung von Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen in den USA und das Bestreben schweizerischer Banken, sich durch ein »Globalabkommen« aus der Affäre zu ziehen. Die Kompromißbereitschaft der eidgenössischen Finanzinstitute hatte signalisiert, daß die Auseinandersetzung unter den gegebenen Umständen ohne bedeutende finanzielle Leistungen nicht zu beenden ist. Die Klage gegen deutsche Firmen machte denen wiederum klar, daß dieselbe Prozedur auf sie zukommt.

Das massive Auftreten der Opfer, die ja über Jahrzehnte mit ihren Forderungen gescheitert waren, kommt un*verhofft. Jedoch* war es ihnen im Vorfeld bereits gelungen, bei etlichen US-Politikern Unterstützung zu finden. Genug jedenfalls, um die schweizerischen Banken mit der Androhung unter Druck zu setzen, ihre Geschäftstätigkeit werde in einigen Bundesstaaten eingeschränkt, sofern sie nicht zu angemessenen Entschädigungszahlungen bereit seien. Da halfen Hinhaltetaktik, Kleinreden und juristische Schachzüge nicht mehr. Ausschlaggebend war, daß die Herren des Geldes zum Rechnen gezwungen wurden.

Hintergrund dieser Entwicklung war eine neue Akzentsetzung in der US-Politik. Sie wird zum Beispiel am ersten Eizenstat-Bericht deutlich, den der Staatssekretär im Außenministerium 1997 vorlegte. Er klagte die Schweiz wegen ihrer Raubgold-Geschäfte mit Nazi-Deutschland an und bezeichnete ihr Gesamtverhalten als kriegsverlängernd. Damit wurde eine Rechnung neu präsentiert, die seit der Washingtoner Raubgold-Konferenz 1946 als abgehakt galt. Gleichzeitig räumten die USA und Großbritannien auch eigene Fehler ein, zum Beispiel die Vergabe von »Opfergold« bei der Entschädigung europäischer Notenbanken.

Spätestens seit der Londoner Raubgold-Konferenz im letzten Dezember waren dann die Zeiten vorbei, in denen NS-Opfer oder ihre Nachfahren vor Schweizer Bankschaltern standen und in der Regel ergebnislos um Auskunft über die Konten ihrer Familie baten. Zu diesem Zeitpunkt hatte man schon Dutzende offizieller Kommissionen gegründet, die weltweit nach dem Verbleib von Raubgut und unterschlagenem Besitz fahndeten.

Im Sommer dieses Jahres legten die USA einen weiteren Bericht vor, der sich mit dem Raubgoldhandel der neutralen Länder im Zweiten Weltkrieg befaßt und für derartige Irritation bei einigen dieser Staaten sorgte, daß Abstimmungsprobleme mit ihren eigenen Untersuchungsergebnissen auftraten. Auf der im November stattfindenden Washingtoner Konferenz, dem Nachfolgetreffen von London, geht es schließlich nicht nur um Gold und die weitere Öffnung von Archiven, sondern auch um Kulturgut wie Gemälde, das die Deutschen raubten und das den ehemaligen Besitzern zum Teil bis heute nicht zurückgegeben wurde.

Wie weit die USA das Thema fassen, zeigt die Einladung Schwedens in das Vorbereitungsgremium. Ausgesprochen wurde sie u. a., weil die schwedische Regierung eine Broschüre über die Vernichtung der europäischen Juden verfassen ließ, die landesweit kostenlos verteilt wurde. Die US-Administration nimmt sie als Anregung für eine internationale Aufklärungskampagne über den Holocaust, die in Washington ebenfalls beschlossen werden soll.

Diese Aktivitäten lassen das Thema Zwangsarbeit, eine der letzten großen Entschädigungskontroversen, natürlich nicht unberührt. Denn gerade die USA und Großbritannien sind es gewesen, die der Bundesrepublik ermöglichten, international erhobene Forderungen grundsätzlich zu ignorieren. Auf der Londoner Schuldenkonferenz von 1953 waren die Weichen entsprechend gestellt worden. Allgemein ging es damals um die Wiederaufnahme der Bundesrepublik in die internationale Wirtschafts- und Finanzwelt, um die »Wiederherstellung des deutschen Kredits«, wie es manche nannten. Zur Verhandlung standen dabei alle deutschen Auslandsschulden, besonders jedoch die Forderungen derjenigen Länder, die unter dem deutschen Vernichtungskrieg gelitten hatten und Reparationen verlangten. Die anglo-amerikanischen Staaten setzten in Übereinstimmung mit der Bundesregierung durch, daß Verhandlungen über Reparationsleistungen bis zum Abschluß eines

Friedensvertrags zurückgestellt wurden. Hierunter fallen auch die Ansprüche von Privatpersonen mit Wohnsitz außerhalb Deutschlands, weil sie als Teil der Reparationsforderungen betrachtet werden. Das betraf natürlich auch Forderungen wegen geleisteter Zwangsarbeit. Im Ergebnis hatte die Bundesrepublik deshalb vor allem ihren Kreditverpflichtungen nachzukommen. Damit waren Amerikaner und Briten bestens bedient. Hatten sie doch nur vergleichbar geringe Schäden erlitten. Die Rückzahlung ihrer Gelder war gesichert, Westdeutschland zugleich vor weiteren Forderungen so abgeschirmt, daß sein wirtschaftlicher Wiederaufbau und damit seine Stärkung als antikommunistischer Frontstaat nicht gefährdet war.

Einen offiziellen Friedensvertrag gibt es bekanntlich bis heute nicht. Allgemein werden die »Vier-plus-Zwei«-Vereinbarungen als entsprechendes Abkommen gewertet. Ein Streit hierüber ist allerdings müßig. Denn es ist offensichtlich, daß die historische Zäsur des Jahres 1989 aus mehreren Gründen die neue Entschädigungsdebatte auslöste.

Zunächst stand damit in Osteuropa die Restitution jüdischen Eigentums auf der Tagesordnung. Nicht zuletzt deshalb wurde 1993 die World Jewish Restitution Organization (WJRO) gegründet. Dank der Auflösung der weltpolitischen Lager konnten die USA jetzt auch die Rücksichten auf die neutralen Staaten außer Acht lassen, die sie nach 1945 walten ließen, um diese für das westliche Bündnis zu gewinnen. Schließlich waren die Argumente überholt, die in den 50er Jahren zur reparationspolitischen Schonung der Bundesrepublik geführt hatten.

Die Dynamik der Schweizer Debatte, die dann auch andere Staaten in Zugzwang brachte, ist damit allerdings noch nicht erklärt. Vermutlich gewann sie ihre Brisanz aus dem Zusammentreffen verschiedener Faktoren: Seriöse Banker wurden als Raubgold-Händler entlarvt. Schweizerische Neutralität erwies sich in vielerlei Hinsicht als De-facto-Kollaboration mit dem Nazi-Staat. Flüchtlingspolitik war - Kennzeichen »J« - ein Hilfsfaktor der deutschen Vernichtungsmaschinerie. Damit bündeln sich am Beispiel Schweiz Fragestellungen, die über das Entschädigungsthema hinausweisen und aktuell in mehreren europäischen Staaten unter dem Stichwort »Krise der nationalen Nachkriegsmythen« diskutiert werden.

Die Bundesregierung hat systematisch versucht, sich diesem Prozeß zu entlud ziehen. Von ihr kamen keine Initiativen, Vorstöße etwa einiger Bundestagsabgeordneter, Entschädigungszahlungen für jüdische NS-Verfolgte in den baltischen Staaten zu leisten, blockte sie ab. Dennoch mußte sie in einigen Fällen internationalem Druck nachgeben. So kamen die Rentenregelung für nach Israel eingewanderte osteuropäische Juden zustande, der Fonds für tschechische NS-Opfer oder auch der neue Unterstützungsfonds für Juden in Osteuropa. Alle diese Abkommen sind hart ausgehandelt worden und haben die Forderungen der Opfer auf ein Minimum gedrückt. Wie bei der tschechischen Fondsstruktur werden sie nach Möglichkeit genutzt, um deutsche Gegenforderungen durchzusetzen. Nicht zuletzt ist die Einrichtung der Fonds eine »freiwillige« Leistung. Das ist eine verhüllende Umschreibung der Tatsache, daß kein Rechtsanspruch eingeräumt wird und somit keine Bereitschaft besteht, über die ursprünglich aufgeschobenen Forderungen von London ernsthaft zu verhandeln. Es erstaunt deshalb nicht, daß sich bis heute an der Verteilung von Entschädigungsgeldern nichts Grundsätzliches geändert hat. Obwohl die deutsche Entschädigungsgesetzgebung diskriminierend ist, sind doch ungefähr 90 Prozent der Zahlungen an deutsche Opfer gegangen. Die restlichen zehn Prozent wurden auf die Übrigen verteilt - das sind mehr als 90 Prozent aller Verfolgten und Geschädigten.

In zwei Schüben schlug die neue Debatte, die zunächst lediglich für eine spezifisch schweizerische gehalten wurde, auf Deutschland zurück. Zunächst war es die Sammelklage gegen Versicherungen, zu denen auch die »Allianz« gehörte, die einen direkten Zusammenhang mit deutschen Unternehmen herstellte. Die Beteiligung der Dresdner und der Deutschen Bank am Raubgold-Handel und die Rolle der Degussa als Einschmelzerin von »Opfergold« machten dann deutlich, daß es nicht um Einzelfälle ging. Damit war Deutschland in die internationale Auseinandersetzung über eine neue Runde der Restitution und des Ausgleichs für Vermögensschäden einbezogen.

Mit der Sammelklage gegen die Konzerne, die von Zwangsarbeit profitiert hatten, wurde auch die Entschädigungsdebatte grundsätzlich neu angestoßen. Denn der Londoner Aufschub von 1953, bisher in bilateralen Verhandlungen als »Restproblem« heruntergespielt, wird hierdurch in Frage gestellt. Damit gewinnt das alte Thema der Anerkennung und Entschädigung von NS-Opfern, das seit 1969 mit einem »Schlußgesetz« offiziell als beendet gelten sollte, eine neue aktuelle Dimension. Es geht hierbei in Ergänzung zu der eher an deutschen Kontinuitäten orientierten Auseinandersetzung über die »vergessenen Opfer« in den 80er Jahren um die angemessene Würdigung der Verfolgten des NS-Regimes weltweit.

Das ist eine riesige Aufgabe, mehr als eine »Nagelprobe« auf Gedenktagsreden und Mahnmale. Sie könnte am Ende dieses Jahrhunderts eine Diskussion eröffnen, die sich der historischen Dimension der deutschen Verbrechen stellt. Die Ausgangsposition hierfür ist allerdings trotz des erzielten Fortschritts ungünstig. Denn die Debatte hat zwar Deutschland erreicht, doch gibt es hier weder eine besondere Sensibilität für diese Fragen noch einen entwickelten Forschungs- und Kenntnisstand zum Thema. Über den Zugang zu den Firmenarchiven entscheiden bekanntlich immer noch die Sachwalter der Täter. Offizielle Untersuchungskommissionen sind im Gegensatz zu den anderen involvierten Ländern nicht eingerichtet worden.

Die Diskussion ist entsprechend sprunghaft und wenig qualifiziert. Mal ist von Zwangsarbeit in der Landwirtschaft die Rede, mal von der Rolle kommunaler Betriebe. Manche Unternehmen, wie etwa die Norddeutsche Affinerie als Schmelze für »Opfergold«, werden erst gar nicht genannt. Gezielt werden Meldungen verbreitet, die den Sinn von Entschädigungszahlungen in Zweifel ziehen sollen. Ein Beispiel hierfür ist die Nachricht, Entschädigungsgelder seien in Rußland zu versteuern, ohne daß dabei erwähnt würde, daß es hierzulande zur Grundkonstruktion des Entschädigungsrechts gehört, den Sozialhilfeempfängern unter den NS-Opfern diese Leistungen gleich wieder abzuziehen.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand. Bestes Beispiel ist das Bestreben, die unumgänglich gewordenen Zahlungen so niedrig wie möglich zu halten. Die Schnellsten sind hierbei die Schlimmsten. Denn jeder konzerneigene Fonds hängt vom Belieben des Konzerns ab. Zwar hätte die diskutierte Alternative, ein vom Industrieverband initiierter Finanzierungspool, den Vorteil, auch die Unwilligen zur Kasse zu bitten, doch bliebe die Regelung ebenfalls im Ermessen der Industrie. Daß die Mittel von denen aufgebracht werden, die mit der Vernutzung von Zwangsarbeit auch Profite gemacht haben, sollte selbstverständlich sein. Doch geht es um den Maßstab, dessen Festsetzung nicht den Nachfolgern der Täter überlassen bleiben darf. Grundsätzlich müssen sich die Zahlungen an der vernutzten Zwangsarbeit orientieren, nicht an der Almosengrenze für die heute noch Lebenden. Letztlich geht es darum, das Almosenprinzip überhaupt zu durchbrechen, das nach dem Auslaufen des Bundesentschädigungsgesetzes - wie etwa beim gerade gefaßten Beschluß für die wenigen noch lebenden Opfer der NS-Militärjustiz - noch alle Konzessionen geprägt hat.

Es griffe zu kurz, wollte man die aktuelle Diskussion lediglich als Auseinandersetzung über Zahlungen für Zwangsarbeit, Entschädigung für Goldraub oder Restitution von Kulturgütern, als Erledigung von »Restproblemen« also, betrachten. Ihre tatsächliche Dimension wird an dem Umstand erkennbar, der sie ausgelöst hat: an der Auflösung der politischen Nachkriegsordnung. Sie ermöglichte einen neuen Blick auf die damaligen Entscheidungsprozesse und provozierte den neuen, vermutlich abschließenden Diskussionszyklus über Entschädigung und Restitution. Die Reflexion des gesellschaftlichen Selbstverständnisses ist eine notwendige Folge. Denn die Weigerung, für Zwangsarbeit Entschädigung zu zahlen, erfolgte ja nicht nur aus Profitgründen. Sie bedeutete zugleich, daß eine gesellschaftliche Elite nicht bereit war, Schuld anzuerkennen und Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen. Statt dessen wurde auf die SS verwiesen. Wie die Konstruktion von »Exzeßtätern« oder die Berufung auf den »Befehlsnotstand« war diese Haltung Teil einer Entlastungsstrategie der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

In anderen Ländern ist die Auseinandersetzung über persönliches und gesellschaftliches Versagen gerade in der Zeit nach 1945 längst im Gange. Im Land der Täter aber werden selbst die längst erreichten internationalen Standards der Untersuchung nicht übernommen.

Konkret 11/98, S. 24

Oliver Tolmein

Nürnberg zum zweiten?

Mit 120 gegen 21 Stimmen beschloß in Rom eine Uno-Konferenz die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs betreffend Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit

Seit über drei Jahren ziehen sich die Verhandlungen des Kriegsverbrechertribunals in Den Haag für den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien dahin - und niemand kann ernstlich behaupten, daß dessen Anklagen und Richtersprüche wesentlich zur Aufklärung der Geschehnisse oder Klärung individueller Schuld an den begangenen Verbrechen beigetragen hätten. Wie sollten sie auch, ist doch im Strafprozeß nach westlichem Verständnis die Wahrheitsfindung gerade kein absolutes Ziel, das den Einsatz jedes Mittels rechtfertigt. Ebenso bedeutend wie die Effizienz des Verfahrens ist seine Fairneß gegenüber dem Angeklagten.

Das führt gerade in Fällen, in denen nicht nur die Taten im einzelnen bestritten werden, sondern auch nicht offensichtlich ist, wer sie wie und wo begangen hat, bei denen also umfängliche Ermittlungsarbeit und minutiöse Beweiserhebung über oft Jahre zurückliegende Vorfälle vonnöten ist, zu erheblichen Beweis-Problemen: Statt der symbolträchtigen, die Welt und die Opfer dieser Verbrechen befriedigenden Ahndung von Makrokriminalität beherrscht das zähe Ringen um Verfahrensfragen die Verhandlungen.

Die wenigen Anklagen wegen Massenvergewaltigungen, die im Verlauf des Krieges die Weltöffentlichkeit alarmiert hatten, liefern für diese prozessualen Schwierigkeiten ein bedrückendes Beispiel. Entweder wurden sie gar nicht verhandelt, oder sie scheiterten im Verlauf der Verhandlungen an Auseinandersetzungen über Möglichkeiten der Beweiserhebung: Durfte die Anklage verschweigen, daß ihre Hauptbelastungszeugin wegen posttraumatischer Streß-Symptome in längerer Behandlung war, und ein psychologisches Gutachten, das auch Ausführungen über ihr Erinnerungsvermögen enthält, nicht zu den Akten nehmen, um die Privatsphäre des Opfers zu schützen? Oder hat sie damit den Grundsatz des fairen Verfahrens verletzt, weil dem Angeklagten die Chance genommen wurde, das Erinnerungsvermögen der Zeugin in Zweifel zu ziehen?

Anders als gedacht standen vor den Richtern bislang auch nicht die vermeintlichen oder tatsächlichen Hauptkriegsverbrecher, sondern vor allem Täter aus mittleren und unteren Hierarchieebenen der jeweiligen Kriegsparteien. Angesichts dessen ist der Enthusiasmus, mit der die Verabschiedung des Statuts für den Ständigen Internationalen Strafgerichtshof auf der UN-Delegiertenkonferenz in Rom als »zivilisationsgeschichtlicher Fortschritt« gefeiert wurde, schwer verständlich. Seltsam mutet auch an, daß einer der entscheidenden Protagonisten des neuen Tribunals ausgerechnet Deutschland ist, dessen juristische Community nach wie vor der Meinung ist, den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen hafte das Odium der Siegerjustiz an, während Israel und die USA »aktiven Widerstand« gegen die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes ankündigen.

Während die einen den Weltstrafgerichtshof als Meilenstein auf dem Weg zu einer umfassenden Durchsetzung der Menschenrechte mit Hilfe eines Weltsanktionsrechtes sehen, befürchten die anderen vor allem dessen politische Instrumentalisierung. Das in Rom verabschiedete Statut gibt diesen Befürchtungen Nahrung: Zwar werden in den Artikel 6, 7 und 8 Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (korrekt wäre: Menschheit) und Kriegsverbrechen, also gravierende und elementare Verbrechen, die in jedem Verständnis Menschenrechtsverletzungen darstellen, unter Strafe gestellt. Die ausführlichen Erläuterungen weiten die Strafbarkeit, und damit die Möglichkeit, symbolträchtige Verfahren zu führen, erheblich aus: Das ist an manchen Punkten erfreulich, weil so erstmals im internationalen Kriegs- und Völkerrecht »Vergewaltigung, sexuelle Sklaverei, Zwangsprostitution« im Rahmen von Kriegshandlungen als eigenständige Verbrechen gegen die Menschheit qualifiziert werden, andererseits umfaßt allein der Tatbestand des Kriegsverbrechens 48 Varianten, darunter so weit auslegbare wie »ungesetzliche Deportation und ungesetzliches Einsperren« oder die »erhebliche Zerstörung von Eigentum, die nicht durch militärische Notwendigkeiten begründet ist«.

Das erscheint vor allem bedenklich, weil der Weltstrafgerichtshof nicht nach dem Legalitätsgrundsatz handeln und alle dieser weltweit hundertfach begangenen Verbrechen verhandeln kann: Jede Ausweitung der Strafbarkeit führt so zu einer Verschärfung der Ungleichbehandlung und erhöht damit die Gefahr, daß der Indienstnahme des Tribunals zu anderen Zwecken Vorschub geleistet wird. Ein starkes Indiz für diese Befürchtungen ist die überraschende Aufnahme von Punkt b in Artikel 8 (Kriegsverbrechen), der »die direkte oder indirekte Umsiedlung von Bevölkerung der Besatzungsmacht in die von ihr besetzten Gebiete« unter Strafe stellt. Dieser Straftatbestand wirkt nicht nur so, als sei er maßgeschneidert, um Israelis unter Anklage stellen zu können, tatsächlich waren erst nach Aufnahme dieses Passus Syrien und Ägypten, die der Einrichtung des Tribunals lange Zeit ablehnend gegenüberstanden, bereit, für das Statut zu stimmen.

Die israelische Völkerrechtlerin Ruth Lapidoth hat in einem Interview mit der »Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung« das Szenario skizziert, das zu vermeiden Israel nach jahrelangem Einsatz für den Internationalen Strafgerichtshof nun

bestimmt hat, dessen Statut abzulehnen: »Syrien, ein künftiger Staat Palästina, der Weltsicherheitsrat und jeder Signaturstaat könnten Listen israelischer >Kriegsverbrecher< veröffentlichen und die Erlassung eines weltweiten Haftbefehls gegen sie verlangen. Zumindest in einem Teil der Fälle wäre denkbar, daß der Gerichtshof aktiv wird, falls Israel nach dem Inkrafttreten der Konvention neue Siedlungen errichtet oder bestehende ausbaut.« Der politische und moralische Schaden für Israel, wenn seine Staatsbürger sich so auf der Anklagebank wiederfänden, vor der ein halbes Jahrhundert zuvor über die Vernichtung von sechs Millionen Juden verhandelt wurde, wäre auch dann enorm, wenn es nicht zu einer Verurteilung käme.

Dieser durchsichtige, aber wirksame Vorstoß gegen Israel ist ein besonders einprägsames Beispiel für die Gefahren, die daraus erwachsen können, daß nicht klar unterschieden wird zwischen der Klärung juristischer Schuldfragen und der Auseinandersetzung über das gewaltförmige Vorgehen von Staaten in der internationalen Politik. Die Erwartung, daß gerade die justizförmige Bewältigung von Konflikten der Moral weltweit auf die Sprünge helfen könne, überzeugt derzeit weder mit Blick auf die Entwicklung internationaler Konflikte im allgemeinen noch bei Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen mit internationaler Rechtsprechung im besonderen.

Konkret 11/98, S. 25

Hermann L. Gremliza

Günstige Gelegenheit

Warum ausgerechnet die Deutschen einen Weltgerichtshof befürworten

Kein Mensch ist gezwungen, so dumm zu bleiben, wie der Gemeinschaftskundelehrer ihn gemacht hat. Wie wenige dieses Recht in Anspruch nehmen, zeigt der Jubel, mit dem die Menschenrechtler, und insonders die deutschen, die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs begrüßen.

Warum es, ausgerechnet, die Deutschen waren, die sich für den Gerichtshof ins Zeug gelegt haben wie sonst niemand, gehört zu jener Sorte ewiger Geheimnisse, die zu offenkundig sind, als daß ein deutscher Redakteur oder Professor sie wahrnehmen möchte: Die meisten der Verbrechen, welche die Welt an Deutschland verübt hat, sind wiedergutgemacht, Deutschland ist wieder vereint, seine Soldaten dürfen wieder marschieren, wohin sie wollen, die staatliche Souveränität ist von jedem Vorbehalt befreit, die Gegner von einst, die Russen, Tschechen, Polen, haben sich entschuldigt, der Kommunismus hat den Nationalsozialismus in seiner Rolle als Verbrechen des Jahrhunderts abgelöst. Ein einziger Stachel pikt noch: Nürnberg, der Ort, an dem die Welt über die Deutschen Gericht hielt, ihre Elite aus Gesellschaft und Politik als das kriminelle Gesocks ausstellte, das sie war (und, unter uns: ist). Solange Nürnberg ein Einzelfall blieb, blieben die deutschen Taten einzigartig. Nur ein »zweites Nürnberg« könnte die Deutschen von der Anklagebank der Weltgeschichte auf jenen Richterstuhl befördern, der zum Inventar einer Weltmacht gehört.

Aufgabe des Internationalen Strafgerichtshofs wird nicht die Aburteilung politischer Täter sein, sondern die strafrechtliche Verfolgung politischer Verlieren Die »Völker-« oder »Staatengemeinschaft«, die da zu Gericht sitzen soll, ist, wie die »Volksgemeinschaft«, ein ideologisches Konstrukt, hinter dem ein Gewaltverhältnis verschwinden soll: wie im einen Fall die Klassengesellschaft, so im andern »die neue Weltordnung« - ein geopolitisches System, in dem die zwei Weltmächte, die USA und Euro-Deutschland, um die Herrschaft konkurrieren, die sie gemeinsam über ihre Nato ausüben und von ihrer Uno ratifizieren lassen. Mitglieder der »Staatengemeinschaft«, die nicht parieren, erfahren Spezialbehandlung durch Spezialkräfte, ökonomische und, wenn das nicht hilft, militärische. Ein Weltgericht, vor dem jemals ein Präsident der USA angeklagt wird, der eine Pharmafabrik bombardieren und dabei eine beliebige Menschenmenge umbringen ließ, oder ein Verteidigungsminister der BRD, der die Killer der UCK auf serbische Polizisten hetzte, wird es nicht geben, sondern allenfalls eines, zu dessen Richtern die beiden gehören können.

Warum dann lehnen die USA die Einrichtung des Gerichtshofs ab? Anders als die Deutschen, die für die Ausübung ihrer Macht stets die Ausrede der Moral brauchen, wissen sie, was sie tun und was Weltmachtpolitik an Menschen verbricht. Und sie wissen, was ihre deutschen Freunde bei günstiger Gelegenheit versuchen werden: die Sitzordnung von Nürnberg umzukehren.

Der Text ist ein Auszug aus einem Diskussionsbeitrag für die Zeitschrift »iz3w«

Konkret 11/98, S. 26

Georg Fülberth

Geschichte und Verkündigung

Die DDR mußte einfach zum Teufel gehen - zu diesem Ergebnis kommt die nüchterne Historiographie. Die DDR war des Teufels - das verbreitet die rasende Mythographie. Eine Synopse jüngst erschienener Bücher zum Thema

Ein brauchbarer Text zu Entstehung, Entwicklung und Untergang des staatlich organisierten Sozialismus in Deutschland ist die *Geschichte der DDR* von Dietrich Staritz, 1985 in erster und 1996 in zweiter Auflage erschienen. Ihr Verfasser geriet 1994 ins Gerede, als herauskam, daß er von 1961 bis 1973 Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen ist. Der arme Teufel behalf sich mit der Information, diese Nebentätigkeit habe er in Absprache mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz ausgeübt. Staritz will also für die Kölner Schlapphüte Mielkes Apparat unterwandert haben. Seine Feinde im Westen und wohl auch einige Freunde im Osten gehen davon aus, es sei umgekehrt gewesen. Die Wahrheit liegt vielleicht nicht in der Mitte, sondern auf beiden Seiten. Irgend jemand wird sich vielleicht einmal die Mühe machen, das pathologische Milieu in der Westberliner »Spiegel«-Redaktion (dort war Staritz von 1968 bis 1972) und am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität zu beschreiben, in welchem sich als links bezeichnende intellektuelle Ost-West-Figuren ihr Wesen trieben. Es war ein Sumpf, in den trübe Bäche aus zwei Himmelsrichtungen mündeten.

Offensichtlich ist eine doppelte Loyalität eine ganz gute Voraussetzung dafür, eine faire Darstellung der DDR-Geschichte zu verfassen. Staritz geht sozialhistorisch vor und kommt vollständig ohne die Termini »Totalitarismus« und »Stalinismus« aus. (Letzterer erscheint allenfalls einmal zitatweise, und man spürt, daß der Autor von solchen Kampfbegriffen nichts hält.) Die Korrekturen am gestanzten DDR-Bild nehmen in der Regel nicht die Form einer Meinungsäußerung an, sondern erfolgen durch Detailinformationen. Ein Beispiel für viele ist Staritz' - auf einen anderen Forscher, Storbeck, gestützte - Problematisierung des Flüchtlingsbegriffs im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Ost-West-Migration und die Mitteilung, »daß die Zahl der Rück- und West-Ost-Wanderer zwischen 1952 und 1961 bei jährlich etwa 40.000 gelegen habe, so daß der Wanderungsverlust der DDR von insgesamt 3 Mill. Menschen seit der Staatsgründung um eine Zuwanderung von ca. 500.000 vermindert sein dürfte«. So genau will das in der Regel niemand wissen.

Der Gesamtbefund des Buches ist niederschmetternd: Die DDR hatte nie eine Chance. Sie war in der von ihr vorgefundenen Situation das Unmögliche, das nicht zu machen war. Hierfür gab es zwei Gründe. Der eine - die Unterlegenheit des ökonomischen Systems - läßt sich aus Staritz' Angaben schließen, den anderen - die nationale Frage - hält er wohl für wichtiger. Beide hängen für ihn zusammen. Unverkennbar ist eine Sympathie mit dem späten Ulbricht, der durch technologische Großprojekte zu retten versuchte, was durch das Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL) bereits verloren war. Daß ein »Sozialismus in einem halben Land« - so der Titel einer früheren Staritz-Veröffentlichung - nicht machbar gewesen sei, steht für den Verfasser auch für die vorangegangene Zeit fest. Doch läßt er dem Leser die Chance, das einleuchtende ökonomische Argument von den fragwürdigen nationalen Andeutungen - das Buch endet mit einem Zitat aus Brechts »Kinderhymne« - zu trennen.

Ist das Ergebnis, das Scheitern, im nachhinein bekannt, erscheinen die je aktuellen Bemühungen von Akteuren, die nicht wissen können, was später erst klar wird, oft grotesk. Ein Dokumentenband über *Das Ende der SED,* herausgegeben von Hans-Hermann Hertle und Gerd-Rüdiger Stephan, bestätigt dies. Er enthält die Protokolle des Zentralkomitees von Oktober bis Dezember 1989.

Daß dieses Gremium nicht aus genialen Leadern wie Lenin, Trotzki, Stalin etc. bestand, ist ohnehin bekannt und wird durch die teils hilflosen, teils schwadronierenden Reden, die da gehalten wurden, noch einmal belegt Die wenigen, welche einen einigermaßen klaren Kopf behielten, waren offensichtlich Hager, Hermann Kant, Modrow, ein Medizinprofessor namens Moritz Mebel und ein bißchen auch Krenz. Doch unverkennbar ist, daß wir es hier mit einem irrelevanten Gremium zu tun haben -nicht, weil es gegenüber dem Politbüro in der Vergangenheit wenig zu sagen hatte, sondern weil die historisch relevanten Entscheidungen schon längst woanders gefallen waren. In einem Vorwort bemerkt Peter Steinbach, es sei »spürbar, in welchem Maße die im Zentralkomitee handelnden Akteure sich neben einer bereits in Gang gesetzten Entwicklung entlanghangeln. Mit dem Mauerfall war die Zukunft der DDR und der SED entschieden.« Der erste Satz ist zutreffend, die Datierung falsch. Im Protokoll finden sich Darlegungen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Schürer, über die Inkonsistenz von Honeckers »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« und die sich bereits 1973 anbahnende Überschuldung. Sie führen dichter an die Gründe des Scheiterns heran, genügen aber immer noch nicht. Dazu hätte besprochen werden müssen, weshalb die 1970/71 eingeleitete Wende von Ulbricht zu Honecker erfolgte und wie die Widersprüche und Sackgassen der ihr vorangehenden Politik beschaffen waren. Daß sich das Zentralkomitee im Herbst 1989 darüber keinen Kopf machen konnte (selbst falls es genügend Köpfe gehabt hätte, das zu begreifen), wird man ihm wohl nachsehen. Als der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Otto Reinhold, in der Sitzung vom 9. November 1989 zu einer längeren eher geschichtsphilosophischen Betrachtung ausholte, ging er

seinen Genossen nur noch auf die Nerven.

Einem Patrioten der vergangenen Deutschen Demokratischen Republik machen solche Bücher wie die von Hertle/Stephan und Staritz keinen Spaß. Sie vermitteln den Eindruck des Unvermeidbaren. Da greift er doch lieber nach Werken, in denen der Osten als ein wirkungsmächtiges Reich des Bösen dargestellt wird, fühlt sich als Mittäter und nicht als Objekt.

So gesehen, vermittelt ein Buch mit dem Titel *Der SED-Staat* hohen Genuß. Es ist von Klaus Schroeder, einem der Leiter des »Forschungsverbundes SED-Staat« an der Freien Universität. Dieser residiert in demselben Otto-Suhr-Institut, das einst auch Staritz beherbergte. Der Sumpf ist fruchtbar noch, wird allerdings jetzt nur noch aus einer einzigen Richtung gespeist.

Das Interessanteste an dem 782 Seiten starken Band ist das Impressum. Es teilt uns mit, das Copyright liege bei der Bayerischen Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit. Die Buchhandelsausgabe übernahm der Carl Hanser Verlag, welcher als Gewerbebetrieb der Versuchung, die im Cashe liegt, offensichtlich schlecht widerstehen konnte.

Es handelt sich also um Schulungsmaterial, wie es in den »Informationen für die Truppe«, in Parteiakademien, im Bildungsurlaub und im Gemeinschaftskundeunterricht südlich der Mainlinie angeboten wird. Diesem Zweck entspricht auch die überpädagogisierte Darstellungsform: Der Stoff wird so gruppiert, daß viele Angaben dreimal nachgelesen werden können: pro Abschnitt je einmal in einer »Zusammenfassung«, einer »Chronik« und dann im Langtext. Viertens finden sich die zentralen Thesen in den drei Hauptkapiteln (A bis Q verstreut noch einmal wieder, für den Fall, daß jemand nicht das ganze Buch liest, seine Lehren aber nicht verpassen soll.

Die Wiederholungslitanei hat offensichtlich nicht nur didaktische Gründe, sondern ist ein Restbestand aus der Fertigung: Dem »Forschungsverbund SED-Staat« sind die Fördermittel für die einzelnen Abschnitte wohl in drei Tranchen zugewiesen worden, und dann war es nützlich, wenn man auf der Festplatte das, was man in eine alte Datei hineingeschrieben hatte, wiederverwandte, sobald ein neuer Antrag zu stellen war und danach bewilligt wurde. (Das ist ein beliebter Notnagel bei Leuten, die von so etwas leben müssen.) Die Kompilation von Projektanträgen und Ergebnisberichten, welche aus diesen hervorgingen, erweckt so den Eindruck eines Standardwerks.

Tausch- und Gebrauchswert des Buchs als einer - wenngleich redundanten -Faktensammlung sind aber eingeschränkt. Erstens - der Tauschwert: Man findet dasselbe Material auch anderswo, dort aber viel besser aufgearbeitet; zum Beispiel in den (durchaus eifernd-antikommunistischen) Darstellungen von Hermann Weber zur DDR-Geschichte, die seit Jahrzehnten in vielen Versionen und Auflagen verbreitet sind. In der BRD mag es wissenschaftlich und publizistisch ja an manchem fehlen; Zonen-Schilderungen aber gab es immer reichlich. Neben den CDU-atlantischen Hervorbringungen des Kalten Kriegs und den SPD-nahen Deutungen aus der Entspannungsperiode sowie den Mischungen aus beiden fehlte bislang allerdings eine Zitelmannkompatible Variante.

Sie liegt jetzt vor, ist - zweitens -in ihrem Gebrauchswert aber dadurch gemindert, daß bei Schroeder die Tatsachen nur Bestandteile eines Arrangements sind, das eine nicht belegbare Botschaft zu suggerieren hat: Rot ist braun, und die westdeutschen Sozialdemokraten waren die Verbündeten des kommunistischen Totalitarismus auf deutschem Boden.

Der Titel des Buches täuscht eine Parallele zu Eugen Kogons Werk *Der SS-Staat* vor. KPD-Mitglieder, die aus dem antifaschistischen Widerstand kamen, werden als »alte Kämpfer« bezeichnet, Honeckers Amtsantritt 1971 heißt »Machtübernahme«. Es geht hier nicht um Geschmacklosigkeiten oder nur um eine Anmache der DDR. Indem dieses eher gemütliche Gemeinwesen an den Nationalsozialismus herangerückt wird, wird letzterer ein wenig erträglicher. Dies ist nützlich, da er, anders als die DDR, nicht als Fremdherrschaft interpretiert werden kann: Die selbstgewählte Diktatur erscheint so als ähnlich gelinde wie die auferlegte.

Um die sozialdemokratische Kollaboration zu belegen, arbeitet Schroeder auch einmal mit Mitteln, deren Naivität fast schon wieder milde stimmt. Längst ist bekannt, daß seit der Ratifizierung des Grundlagenvertrags zwischen BRD und DDR 1973 der SED-Generalsekretär und der Bundeskanzler gelegentlich miteinander telefonierten. Diese Gespräche wurden mitgeschnitten, und die Transkriptionen können nachgelesen werden. Wer sich also dafür interessiert, was sich Honecker und Kohl zu Neujahr zu erzählen hatten, kann es haben. Von all diesem reichlich vorhandenen Zeug druckt Schroeder ein einziges Dokument ab: den Auszug aus einem Telefongespräch zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt am 17. Oktober 1978.

Einen hohen Wert hat das Buch aber als Material für Ideologiekritik. Neben derjenigen, die es sich von den Zentralen für Politische Bildung schenken lassen, ohne es zu lesen, wird es bei genügend breiter Streuung auch ein paar Leute geben, die anhand dieses Textes lernen, was Volksaufklärung und Propaganda ist.

Diesen Zweck können auch die Beiträge von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert zum *Schwarzbuch des Kommunis*mus erfüllen. Dessen französische Fassung hatte den Mangel, daß die DDR dort nicht vorkam. Dies konnte zu dem Gedanken veranlassen, da habe es keine kommunistischen Verbrechen gegeben. Wenn das aber so war, dann lag eine weitere

Überlegung nahe: Reife sozialistische Industriegesellschaften kamen ohne jenes Maß an Gewalt aus, welche der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht und insofern selber eine ökonomische Potenz ist (MEW 23, S. 779). Ein Gegenargument kann die stalinistische Kommunistenverfolgung in der Tschechoslowakei 1950-1952 liefern. Die Tatsache, daß in der DDR ein solcher Exzeß ausblieb, erklären einige mit der offenen Grenze zur Bundesrepublik. Für das *Schwarzbuch* ist das alles viel zu kompliziert, es gibt eine einfachere Masche, mit der Sonderstellung der DDR fertig zu werden: Zur deutschen Ausgabe steuerten nicht Historiker etwas bei, sondern zwei Pfarrer, eben Gauck und sein Gehilfe Neubert.

Denen gelingt es allerdings nicht, den Mangel des Urtexts zu beheben. So richtige Verbrechen, und diese gar noch in großen Mengen, vermögen sie nicht aufzuführen. Neubert hält es deshalb für nötig, das Konto durch Taten der Roten Armee anzureichern. Neben den bekannten Vergewaltigungen nennt er »jährlich 1.500 Einbrüche, die oft zur Versorgung der Soldaten ausgeführt wurden, rücksichtslose Umweltverschmutzungen und zahlreiche Waldbrände«. Auch eine längst widerlegte Legende wird neu erzählt: »Für alle Fälle wurden kommunistische Kampfgruppen im Westen ausgebildet.« Gemeint ist die »Militär-Organisation« (M0) der DKP, die 1990 durch die Medien geisterte. Gegen ihre angeblichen Mitglieder wurde 1993 sogar ein Strafverfahren angestrengt, das aber mit Freispruch endete: Die MO war eine Attrappe. Da es im Konkreten immer wieder schief geht, empfiehlt es sich, allgemeiner zu bleiben, indem zum Beispiel der Klassenkampf selbst zum Verbrechen erklärt wird: »Die deutschen Kommunisten hatten in der Weimarer Republik mit den Methoden einer außerparlamentarischen und rechtswidrigen Opposition ihre Erfahrungen gemacht und setzten diese regellose gewalttätige Politik des >Faustrechts< sofort nach dem Kriege fort.« Auch derlei erhält seinen Sinn erst durch die Annäherung an den Nationalsozialismus: Die Bekämpfung der Kirchen Anfang der fünfziger Jahre sei eine »große pogromartige Verfolgungswelle« gewesen.

Gauck verzichtet völlig auf Details, sondern grübelt lediglich darüber, weshalb ihm das Furchtbare nicht allezeit so schrecklich vorgekommen ist, wie es wirklich gewesen sei.

Die Tatsachenarmut der beiden Aufsätze ist selbst schon wieder Ideologie: Der Glaube an die Masse von Verbrechen wird einfach vorausgesetzt. Ist er vorhanden, brauchen sie nicht mehr im einzelnen belegt zu werden. Es handelt sich um eine Art permanenten Wahlkampf, der bei Gelegenheit auch auf konkrete Zwecke fokussiert werden kann. Für den 1. September 1998 lud die Christlich Demokratische Union zu einer Fachtagung über »Extremismus in Deutschland - Gefahr für die Demokratie?« ins Konrad-Adenauer-Haus ein. Begrüßung: »Peter Hintze, Generalsekretär der CDU Deutschlands«. Moderation: »Dr. Ehrhart Neubert, Bürgerrechtler, Fachbereichsleiter der Gauck-Behörde«. Schlußwort: Dr. Ehrhart Neubert.

Damit ist die Deutsche Demokratische Republik auf ihrer vorläufig endgültigen Deponie angekommen. Als realhistorischer Gegenstand, der am 2. Oktober 1990 um Mitternacht aufgehört hat zu bestehen hat sie keinen politischen Gebrauchswert mehr, um so mehr aber als von den Tatsachen abgelöstes Medium innenpolitischer Verkündigung. Sie ist eingeschreint im Herzen der Christlich Demokratischen Union.

Literatur:

Joachim Gauck: »Vom schwierigen Umgang mit der Wahrnehmung«. In: Stéphane Courtois u. a: *Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror.* Piper Verlag, München 1998, S. 885-894, 68 Mark

Hans-Hermann Hertle und Gerd-Rüdiger Stephan: *Das Ende der DDR. Die letzten Tage des Zentralkomitees.* Mit einem Vorwort von Peter Steinbach. 3., durchgesehene Auflage. Ch. Links Verlag, Berlin 1997, 58 Mark

Ehrhart Neubert: »Politische Verbrechen in der DDR«. In: Courtois u. a.: *Schwarzbuch des Kommunismus,* a. a. 0., S. 829-884

Klaus Schroeder unter Mitarbeit von Steffen Alisch: *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990.* Carl Hanser Verlag, München 1998, 68 Mark

Dietrich Staritz: *Geschichte der DDR.* Erweiterte Neuausgabe. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1996

Konkret 11/98, S. 33

Otto Köhler

Fälscher für Dönhoff

Es gibt Grenzen. Otto Köhler arbeitete - mit Unterbrechungen - seit 1962 auch für die »Zeit«. Jetzt geht es nicht mehr. Er sagt warum

Die Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit« beansprucht das Urheberrecht für einen Fälscher. Der Fälscher bin ich - jedenfalls in den Augen der »Zeit«.

Am 13. November 1991 stellte ich nach 20 Uhr den Fernseher an, Drittes Programm. Auf dem Bildschirm alte und junge Herren, burschenschaftlich kostümiert mit Band und Mütze und mit applizierten Gesichtsverletzungen honoris causa. Mitten unter ihnen in Zivil ein fröhlicher Reporter, der mir bekannt vorkam - es war der NDR-Redakteur Kuno Haberbusch. Ich schaute ins Programm: »Jena: Lebt die alte Burschenherrlichkeit? - Von Kuno Haberbusch und Wolfgang Pooth«.

Ich hielt das - ein Jahr nach dem Anschluß der DDR - für ein historisches Dokument dafür, wohin der Aufbruch der DDR-Bürgerrechtler schließlich getragen hat. Ich schnitt die Sendung mit. Auch noch über das im Programmheft angegebene Ende um 21 Uhr hinaus. Haberbusch überzog und über seinen und der Burschenschaftler Bäuche zog sich der Schriftzug: »>Sag die Wahrheit< um 21.05 Uhr«. Ich sagte sie - so dachte ich - sechs Jahre später, 1997, in der »Zeit«. In einer Glosse über einschneidende Änderungen bei der NDR-Satire-Sendung »Extra Drei« erwähnte ich, daß sie künftig dem (damals) neuen »Panorama«-Chef Kuno Haberbusch unterstellt wird. »Ein tüchtiger Mann«, schrieb ich, »der 1991 mit einem liebevollen und farbenfrohen Feature über das endlich wiedererwachende burschenschaftliche Leben im befreiten Osten hervorgetreten war.«

Es muß eine Lüge gewesen sein. Eine Woche später jedenfalls erhielt der damalige Chefredakteur der »Zeit«, Robert Leicht, einen offensichtlich wohlüberlegten Brief des NDR, unterzeichnet von Kuno Haberbusch: »Sehr geehrter Herr Leicht, was für eine >Zeit<-Enthüllung: Ich sei 1991 durch ein >liebevolles und farbenfrohes Feature über das endlich wiedererwachende burschenschaftliche Leben im befreiten Osten hervorgetreten<. Da die >Zeit< an Fakten offenbar wenig interessiert ist, nur soviel: Ein solches Feature gibt es nicht.« Man hätte ihn vorher anrufen sollen, schrieb er. Kritik sei herzlich willkommen - »aber bitte keine >Enthüllungen< ohne simpelste journalistische Recherche«.

Der Chefredakteur gab den Brief an den zuständigen Redakteur Rainer Frenkel, und der gab es mir schriftlich: »Wieder mal sind Sie angeeckt. Das ist an und für sich nichts Schlimmes, vielmehr für einen kritischen Journalisten durchaus ehrenwert. Gerade in dieser Position darf man sich aber, nach meiner Überzeugung, Vorhaltungen dieser Art nicht machen lassen müssen.«

Wieder mal war ich angeeckt. Das erste Mal, daß ich Chefredakteur Leicht verletzt hatte, war 1993 gewesen. Ohne bei mir »recherchiert«, rückgefragt, zu haben, setzte er vier Wochen, nachdem ich einen Artikel über den Oberstaatsanwalt Münzberg geschrieben hatte, eine Richtigstellung ins Blatt. Die Richtigstellung war falsch.

Es ging um den Hamburger Oberstaatsanwalt Münzberg, der zu der Zeit, als eine von Wessis kommandierte Polizei den mit dem Tod bedrohten Vietnamesen in Lichtenhagen stundenlang nicht zu Hilfe kam, als Stellvertreter des Generalstaatsanwalts in Rostock (ebenfalls Wessi) amtierte. Münzberg hatte Jahre zuvor in Hamburg das Verfahren gegen den SS-Obersturmführer Arnold Strippel eingestellt. Der hatte den Mord an den Kindern vom Bullenhuser Damm unmittelbar bei Kriegsende befehligt. In dieser Einstellungsverfügung hatte Münzberg die Tat zwar »grausig« genannt, doch über die Opfer geschrieben: »Ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden, sie hatten insbesondere nicht besonders lange seelisch oder körperlich zu leiden.«

Ich hatte dabei den - das sah ich sofort ein - Fehler begangen, daß ich nicht darauf hinwies, daß der Satz, den sich Münzberg in seiner Einstellungsverfügung zu eigen machte, auch einer höchstrichterlichen Rechtsprechung entsprach. Ich bot Leicht an, einen weiteren Artikel über solche Fälle zu schreiben, insbesondere aber auch über das Hamburger Justizmilieu, in dem Münzberg sein Handwerk gelernt hatte. Doch das hätte dem armen Chefredakteur gerade noch gefehlt. Denn über ihn war eine Flut empörter Briefe von hochgestellten Justizpersonen hereingebrochen, darunter auch mindestens ein hoher Hamburger Richter, der sich zu Recht mitgetroffen fühlen konnte: Er hatte bei einer Verfahrenseinstellung gegen NS-Täter ähnliche Formulierungen benutzt.

Leicht schrieb mir, was mir noch nie zuvor ein Redakteur gesagt hatte: »Alles in allem muß ich diesen Artikel als eine energische Verfälschung der Fakten betrachten. Ich bin nicht gesonnen, >Die Zeit< für solche Kampagnen instrumentalisieren zu lassen.« Den letzten Satz verstand ich schon gar nicht. Wußte er etwas über mich, was ich selbst nicht wußte? Jedenfalls zog er es auf meine Nachfrage vor, mir den Sinn des Satzes nicht zu erläutern. Und was die energische Verfälschung der Fakten betrifft - damals noch durfte ich seine leichtfertige und panische »Richtigstellung« berichtigen: in der darauffolgenden Ausgabe mit einem Leserbrief Immerhin noch, muß ich heute sagen.

Und jetzt wieder angeeckt. Während ich mir nur den Mitschnitt von 1991 anschaute, hatte mein Redakteur ohne das Video, das ihn nicht interessierte, viel aufwendiger recherchiert: »Nach einem Telephonat mit Haberbusch bin ich der ganzen Geschichte noch einmal nachgegangen. Ich komme zu völlig anderen Ergebnissen als Sie: Es war eben kein >farbenfrohes Feature< über Burschenschaften, die >endlich(wieder auferstanden waren, sondern eine Talksendung.«

Das war zwar Unsinn. Denn es handelte sich um ein Feature mit eingeblendeten Filmbeiträgen und mit Gesprächen vor Ort über die Verfolgungen, die die Burschenschaften unter der SED zu erleiden hatten und auch in der NS-Zeit erlitten hätten. Aber um Definitionsscholastik ging es in Wirklichkeit nicht. Die ganze Sendung durfte es nicht gegeben haben. Denn am Ende des bis zu dieser Stelle veröffentlichten Haberbusch-Briefes stand etwas, was der damalige Chefredakteur Leicht wohl als Drohung empfunden haben muß, jedenfalls nicht abdruckte: »Ich habe es bisher zuweilen arrangiert, daß >Panorama<-Enthüllungen zugleich in der >Zeit< publiziert wurden ... eine auch von >Zeit<-Redakteuren als >tolle Zusammenarbeit< gelobte Maßnahme.«

Und so schrieb mir Leichts Redakteur: »Ich habe keine Lust mehr, auf all das im Detail einzugehen. Jedenfalls: Ihre Recherche-Methode und die meine passen nicht zusammen. Da nun einmal ich die Medienseite zu machen habe, gibt es nur eine, bedauerliche, Konsequenz: Ich möchte nicht mehr mit Ihnen zusammenarbeiten.«

Einige Monate später - das hat damit gewiß nichts zu tun - paßten die »Zeit« und Frenkels Medienseite nicht mehr zusammen. Sie wurde eingestellt. Aber da war Leicht nicht mehr Chefredakteur.

Doch ich bin für »Zeit«-Leser seither der Fälscher, der eine NDR-Sendung erfunden hat, die es nie gab, nur um Kuno Haberbusch zu diffamieren. Diesmal konnte ich als betroffener Autor nicht einmal mehr einen Leserbrief zur Richtigstellung ins Blatt bringen. Ich schrieb ihn zwar, geriet aber damit an die mausgraue Eminenz der »Zeit«, Haug von Kuenheim. Nein, das könne er nicht entscheiden, er vertrete nur den zuständigen Leserbriefredakteur, ich müsse warten, bis er zurückkommt. Als ich ihn endlich erreichte, war, leider, Frenkel in Urlaub. Und dann vertrat wieder Kuenheim den Redakteur, und sagte mir, Frenkel sei auf einer Dienstreise. Den sah ich gerade in den Fahrstuhl steigen, als ich eine Stunde später im Pressehaus war.

Ich blieb der Fälscher. Aber das Urheberrecht an meinen Fälschungen beanspruchte die »Zeit«. Im Sommer bat ich um ein Belegexemplar der »Zeit«-CD-Rom, auf der eine ganze Anzahl meiner Artikel gespeichert sind. Antwort: Die könne ich haben, aber ich solle dafür bezahlen. Ich aber wollte nicht für mich bezahlen. Zuvorkommenderweise schickte mir die »Zeit« einen Ausdruck meiner Artikel auf der CD-Rom. Darunter auch der Artikel über die Haberbusch-Sendung, die es nicht gegeben haben durfte. Darunter der Hinweis: »Copyright >Zeit<-Verlag«. Bin ich jetzt auch dessen enteignet, was die »Zeit« für eine Fälschung hält?

Inzwischen hatte sich etwas ereignet, was mir eine weitere Tätigkeit für das Feuilleton der »Zeit« (das mit Frenkels Medienseite nichts zu tun hat) auch finanziell zu riskant erscheinen ließ. Dann jedenfalls, wenn ich darauf beharrte, mich dafür nicht als Stasiagent beschimpfen lassen zu müssen. Im November 1988 hatte ich einen umfangreichen und lange recherchierten Artikel über die Würzburger Doktorfabrik des Professors Lothar Bossle geschrieben. Bossle behauptete daraufhin, ich sei ja schon vom »Spiegel« wegen Fälschungen entlassen worden. Er bekam eine Einstweilige Verfügung, gegen die er dann auch nicht mehr anging, nicht angehen konnte. Aber jetzt verklagte er mich: Vierzehn Punkte meines Artikels seien unwahr. Er unterlag in allen vierzehn Punkten.

1995 schrieb Bossle ein Buch (V*ideologie)* mit einem Kapitel »Die Rolle Otto Köhlers im kommunistischen Desinformationsdreieck«. Dort behauptete er, ich hätte zusammen mit dem »Ostagenten« Erich Kuby im Auftrag der Stasi eine Kampagne gegen ihn geführt. Wieder gab es eine Einstweilige Verfügung, das Buch wurde vom Verlag aus dem Verkehr gezogen. Jedesmal hatte mir die »Zeit« ihre Anwaltskanzlei dafür zur Verfügung gestellt mit den bekannten Anwälten Heinrich Senfft und Joachim Kersten - es kostete die »Zeit« letztlich nichts, weil Bossle für alles aufkommen mußte.

Und so ging ich letztes Jahr ahnungslos zur »Zeit«-Kanzlei, als ein Bossle-Vertrauter, der langjährige Mitarbeiter rechtsextremer Blätter sowie der Bundeszentrale für politische Bildung, Professor Hans-Helmuth Knütter, in dem Infodienst »Transparenz der Medien« verbreitet hatte, Bossle sei »Ziel einer stasigesteuerten Kampagne« geworden, »an der Journalisten wie Otto Köhler (>Die Zeit<) unter dem Deckmantel des >Antifaschismus< beteiligt waren«.

Kein Problem, das muß er zurücknehmen, sagte Anwalt Jörg Nabert, an den ich diesmal in der »Zeit«-Kanzlei verwiesen wurde. Ich meldete den Rechtsstreit im Sekretariat der Verlagsgeschäftsführung an und erhielt etwas später einen Anruf Die Geschäftsführerin Hilde von Lang habe entschieden, daß die »Zeit« keine Rechtshilfe gewährt. Warum? Keine Begründung. Kann ich sie sprechen? Nein. Später ein Termin? Nein. Ich schrieb ihr einen Brief Keine Antwort. Fünf Wochen später noch einmal. Keine Antwort.

Ein Benehmen, wie es unter dem gerade erst verstorbenen Verleger Gerd Bucerius nicht üblich war. Anwalt Nabert: Kein Problem. Wir brauchen die Rechtshilfe nicht, wir gewinnen, schon weil Bossle diese Behauptung nicht wiederholen darf,

auf jeden Fall gegen Knütter. Richtig. Knütter unterwarf sich durch seinen Anwalt sofort. Blieben die Kosten. Wieder kein Problem: Die muß Knütter bezahlen. Der wollte aber nicht. Auch kein Problem, dann klagen wir eben auf Zahlung der Kosten. Knütters Anwalt ließ die Frist zur Klageerwiderung verlängern.

Am 18. September 1997 ging in Naberts Kanzlei die Klageerwiderung von Knütters Anwalt ein. Er schrieb, daß alles schon in Bossles Buch *Videologie* stehe, und daß ich dagegen nichts unternommen hätte. Und legte Kopien der Seiten bei, gegen die schon 1995 ein Hamburger Urteil vorlag. Rechtsanwalt Nabert wußte, daß das Gericht am 23. September eine Entscheidung verkünden würde und daß auf Antrag einer der Parteien mündlich verhandelt werden könne. Er hatte die Akten des gewonnenen Verfahrens gegen Bossles *Videologie.* Doch er unternahm nichts mehr.

Zu erklären ist das nicht. Auch nicht durch die Annahme, daß es vielleicht nicht sehr klug von mir gewesen sein könnte, eine Klage, an der die »Zeit« nicht interessiert war, von einer Kanzlei durchfechten zu lassen, die für die »Zeit« tätig ist. Doch ein Interessenkonflikt lag nicht vor, denn der unbefangene Beobachter konnte davon ausgehen, daß die »Zeit« ebenso wie ich ein Interesse daran haben müßte, daß ihr Autor nicht als Stasi-Agent verleumdet wird.

Das Gericht wies die Klage auf Kostenerstattung zurück, weil Knütter sich nur auf eine Bekanntgabe Bossles bezogen habe. Und gegen die, hatte der Gegenanwalt versichert, hätte ich ja nichts unternommen.

Da könne man nichts mehr machen, sagte mir Anwalt Nabert. Allenfalls helfe ein Gang zum Bundesverfassungsgericht, doch das dauere und koste!

Ich fühlte mich ausgetrickst. Und hatte mehr Gerichtsgebühren und Honorare für Knütters Anwalt und für den »Zeit«-Anwalt, der doch auch meiner hatte sein sollen, zu zahlen, als mir die »Zeit« an Honorar für den sehr mühselig und langwierig recherchierten Bossle-Artikel gezahlt hatte. Und der bedauernswerte Hamburger Amtsrichter Dr. Steinmetz, der aufgrund des Vortrags der Gegenseite so entschieden hat, muß jetzt im Ernst auch glauben, was Bossle in seiner Vi*deologie* verbreitet hatte, bis es ihm verboten wurde: Ich sei während meines Studiums in Berlin von 1958 bis 1963 »in das Umfeld der RAF-Fraktion« gekommen -damals gab es nur eine Royal Air Force unter dieser Abkürzung.

Ich schrieb noch ein oder zwei Mal für das Feuilleton, stellte aber auch das ein, als ich merken mußte, wie leicht man, wenn man kein Fälscher oder kein Agent sein will, bei der »Zeit« draufzahlt. Und als mir die neue Feuilletonchefin Sigrid Löffler gesagt hatte, sie könne nichts machen, sie sei zu frisch im Amt, da wollte ich zu den Herausgebern laufen, zur Gräfin Dönhoff, der ich am ehesten vertraute, und, warum nicht, zu Theo Sommer oder gar zu Helmut Schmidt. Ich schob es vor mir her - und ließ es, als ich, mir sagen mußte, jetzt sei es reichlich spät, bleiben.

Aber ich wollte einfach nicht begreifen, warum man als »Zeit«-Mitarbeiter den Vorwurf hinnehmen soll, mit Geheimdiensten auf gutem Fuß zu stehen, ja nach ihren Vorgaben zu schreiben. Dann fielen mir die Aufzeichnungen eines Agentenführers in die Hand, und gleich darauf erschien Ende August das Buch des Geheimdienstexperten Erich Schmidt-Eenboom: *Der BND und die deutschen Journalisten.*

Peter Boenisch und einige andere -von denen man am wenigsten erwartete, daß sie in der Lage seien, sich gegen eine BND-Nähe wehren zu können - haben Einstweilige Verfügungen beantragt. Doch aus der »Zeit« kam seit Erscheinen des Buches am 24. August bis zum Redaktionsschluß dieser KONKRET-Ausgabe laut Verlagsauskunft -nichts. Diesmal kann es wohl kaum daran gelegen haben, daß die Verlagsgeschäftsführerin die Rechtshilfe verweigert. Und die Kanzlei hätte sicherlich ihre besten Anwälte aufgeboten, um zwei von den drei Herausgebern der »Zeit« gegen Vorwürfe zu verteidigen, die unbegründet sind.

Doch Kopf in den Sand und Nichtstun sind ein bißchen wenig angesichts der Behauptungen, die Schmidt-Eenboom verbreitet. Da ist die enge Zusammenarbeit von Theo Sommer und dem BND - sogar bei Auslandsreisen. »Ich bin da völlig unbefangen«, zitiert ihn Schmidt-Eenboom aus einem Gespräch vom Oktober 1997. »Wenn einer von denen etwas wissen wollte, dann habe ich es ihm gesagt, und bei meinen Aufenthalten im Ausland habe ich manchen klugen BND-Residenten getroffen« - also ein anscheinend problemloser Austausch von Informationen zwischen dem »Zeit«-Herausgeber und Spionagechefs. Ja, schreibt Schmidt-Eenboom undementiert, »als Chefredakteur der >Zeit<« sei Sommer gelegentlich auch nach Pullach zum BND gefahren. 1978 machte er in der »Zeit« aber auch die Preisliste aus der Zeit des pensionierten BND-Chefs Gehlen bekannt: »Er ließ Journalisten als V-Leute anheuern, die über ihre Gespräche mit Prominenten Berichte ablieferten (für 1.500 bis 15.000 Mark monatlich).« Zu Gehlens Zeiten noch das Einfache bis Zehnfache eines normalen Redakteursgehalts.

Sommers Reisen in die einstige SS-Kaserne bei München hatten ihre Vorteile. Er konnte, so Schmidt-Eenboom, »den BND-Präsidenten fragen, ob ein bestimmter >Zeit<-Redakteur von Pullach eingespannt würde. Dieser Mitarbeiter« - den Namen nennt Schmidt-Eenboom nicht - »war 1971 zum Blatt gestoßen und 1970 beim BND noch als freier Journalist als Sonderverbindung der Kategorie III geführt worden. [BND-Präsident] Wessel ließ ihn - nach der Überprüfung des Sachverhalts - wissen, der Mann würde nicht vom BND geführt.« Nett. Was hätte Gehlens Nachfolger auch sagen sollen?

Sommers Affinität zum BND ist nicht unerklärlich. Schließlich war er von 1969 an als Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium auch mit Geheimdiensten befaßt, bevor er 1973 die Chefredaktion der »Zeit« übernahm. Daß aber »Marion für den Laden gearbeitet haben soll«, sei, sagte Sommer 1997 zu Schmidt-Eenboom, »völlig absurd«.

»Gearbeitet« ist tatsächlich ein etwas krasser Ausdruck, den Schmidt-Eenboom so nicht benutzt hat, aber nützlich und erstaunlich benutzbar war sie schon. Sie steht in den BND-Akten mit dem Decknamen »Dorothea« als erstrangige BND-Sonderverbindung. Das ist »eine rechte Überraschung«, sagte die Gräfin, als Schmidt-Eenboom sie am 9. September 1997 damit konfrontierte. »Ich weiß wirklich nicht, was damit gemeint ist.« Sommer könnte sie aufklären. Schmidt-Eenboom jedenfalls zitiert ihn, den er nach einem Kontaktmann des BND gefragt hatte, mit den Worten: »Das wird der Landesverbindungsreferent aus Hamburg gewesen sein, den habe ich zwar nie allein empfangen, aber manchmal dabeigesessen, wenn er bei Dönhoff war. Der pflegte Kontakt auf der gesellschaftlichen Ebene, genauso wie der CIA-Resident in Hamburg ... « Marion Dönhoff schrieb mehrmals Elogen auf Reinhard Gehlen, den tiefbraunen BND-Gründer, »denn seine politische Gesinnung war immer absolut untadelig«.

Kurz bevor ich Schmidt-Eenbooms Buch über die BND-Beziehungen deutscher Journalisten bekam, waren mir Aufzeichnungen des ehemaligen Hamburger Verfassungsschutzpräsidenten Hans Josef Horchem in die Hand gefallen. Journalisten müssen kein großes Geld aufwenden, um an sie heranzukommen - er geht sehr leichtfertig mit ihnen um, seine Eitelkeit ist größer als sein Verstand. Die Aufzeichnungen sind inzwischen weit gestreut, doch kein Journalist hat bisher - soweit bekannt - von der sehr offenherzigen Niederschrift Gebrauch gemacht. Viele sind selbst betroffen oder eng vertraut mit Horchems journalistischen Zuträgern, die nicht nur in den Redaktionsstuben der »Zeit« sitzen.

Zu seiner Zeit als Verfassungsschutzpräsident von 1969 bis 1981 tauchte Horchern als nicht immer willkommener Gast vielerorts auf. Manche versuchten sich seiner Aufdringlichkeit zu entziehen, manche mögen ihn als etwas unfein empfunden haben, besonders wenn sie wußten - und wer unter den Hamburger Journalisten wußte das damals nicht? -, daß Horchern 1964 unter dem Pseudonym Karl Merten einen etwas schmierigen Sittenroman als »Tatsachenbericht aus der Arbeit des Verfassungsschutzes gegen die kommunistische Untergrundtätigkeit« verfaßt hatte. Titel: *Die roten Maulwürfe.* Inhalt: »Der Dicke« - offensichtlich Horchem selbst - setzt sich als Schützer der Verfassung bei einem Kommunisten in den Kleiderschrank, um dessen Gespräche mit dem Sendboten aus dem Osten zu belauschen. Und zugleich robbt eine Observationsgruppe im Wald hinter einem anderen Ostkurier her und belauscht den Mann vom Untergrund beim nicht genehmigten Geschlechtsverkehr.

Der Mann vom Männer- und Verfassungsschutz machte zwölf Jahre lang Partyplausch mit Hamburgs Weltklasse-Journalisten, sie liefen ihm sogar in seine Wohnung am Schwanenwik 33 nach. 1979, als Bundesinnenminister Gerhart Baum noch sein oberster Vorgesetzter war, drohte Hamburgs oberster Agentenchef als Autor der »Zeit« dem liberalen Minister: »Alle wissen, daß der Baum grün ist; nur der Verfassungsschutz darf das nicht sagen, weil dies zu dem Verdacht führen könnte, der Baum sei Beobachtungsobjekt.«

Ja, das schrieb Horchern in der »Zeit«. Wie kommt so ein Mann in die »Zeit«? Es war, so steht es in seinen Aufzeichnungen, Teil einer »Goodwill-Offensive«, die er noch von der Zentrale in Köln aus gestartet hatte, wo er damals unter dem Alt-Nazi Hubert Schrübbers seinen Dienst tat. Zweck der Aktion: »bestimmte Vertreter der Medien davon zu überzeugen, daß man dem Verfassungsschutz vertrauen könne«. Mit Theo Sommer und dem inzwischen verstorbenen »Zeit«-Redakteur Rolf Zundel sprach er »mehrere Stunden«. Am Ende sagte Sommer: »Wenn Dr. Horchern einverstanden ist, sollten wir ihn der Gräfin vorstellen.«

Natürlich war er einverstanden. Die Gräfin schien sich - anders als gegenüber den auf sie aristokratisch wirkenden Gehlen-Leuten - einen gewissen Instinkt bewahrt zu haben. Oder kannte sie seinen literarischen Erguß? Horchem: »Als ich Marion Gräfin Dönhoff auf artige Weise meine Mission darzustellen versuchte, sah sie mich an, als ob sie ein seltsames Reptil vor sich hätte. Jahre später, als ich Chef in Hamburg geworden war, hatte ich Gelegenheit, an mehreren Konferenzen der >Zeit<-Redaktion teilzunehmen. Jetzt war die Atmosphäre locker.« Aus Horchems Aufzeichnungen geht nicht hervor, daß einer der »Zeit«-Redakteure protestiert hätte.

Kein Wunder. Gleich nachdem Horchern das Verfassungsschutzamt in Hamburg übernommen hatte, baute er seine Wohnung zu einem Treffpunkt für Geheimdienstleute und Journalisten aus. Beihilfe leistete ihm der damalige Pressesprecher des Senats, Paul 0. Vogel, der dem Agentenchef Journalisten zuführte, die sich bald wie IMs aufführten. Horchem: »Wir organisierten Zusammenkünfte von zwölf bis fünfzehn Journalisten bei uns in der Wohnung an der Außenalster. Einige Abteilungsleiter und Referenten des Amtes beteiligten sich. Maria [Horchems Ehefrau] kochte ... «

Vor dem Essen gab Horchern - so nannte er das - »ein Briefing«. Unbekannt ist, ob er dabei erläuterte, warum er das tat, was die Gewerkschaftszeitung »metall« nach seinem Ausscheiden so beschrieb: »Verfassungsschutz in Hamburg, das war einst die Überwachung von Tausenden von Arbeitern in über hundert Betrieben durch die Denunziationskommandos seines sozialdemokratischen Präsidenten Hans Josef Horchem. Wer gegen die NPD demonstrierte, mußte damit rechnen, daß er nirgends eine Anstellung bekam - aufgrund von Verfassungsschutz-Mitteilungen.«

Über einen seiner Agententreffs mit ausgewählten Journalisten notierte er: »Ich hatte am Samstag, dem 26. Februar 1977, einige Journalisten mit Kollegen von befreundeten Diensten in unserer Wohnung zusammengebracht. Nach dem Abendessen wurde die Stimmung gelöster. Nina Grunenberg von der >Zeit< [heute die Chefreporterin] nahm mich in einer Gesprächspause zur Seite und sagte, dies mehr feststellend als fragend: >Sie scheinen tatsächlich nicht zu wissen, daß übermorgen im >Spiegel< ein langer Artikel über eine Abhöraktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz stehen wird.<«

Es hatte sich ausgezahlt, daß er seine Wohnung in der exklusiven Alstergegend am Schwanenwik 33 nahm, wo die in der Nähe wohnenden Edeljournalisten schnell mal auf dem Weg zur Redaktion vorbeikommen konnten. Unrechtsbewußtsein hat Horchern nicht, daß er unter Journalisten Agenten oder IMs angeheuert hatte. »Ich kann nichts Ehrenrühriges daran finden, für den deutschen Verfassungsschutz zu arbeiten«, erklärte dieser einstige Extremist im öffentlichen Dienst noch lange nach seiner Pensionierung. Im Gegenteil, es sei eine »Pflicht und Ehre«.

Nach seiner Pensionierung 1981 bezog er ein Büro im Springerhaus und betrieb in der »Welt am Sonntag« Staatsschutz sogar gegen seinen obersten Parteifreund Willy Brandt. Die Sozialistische Internationale sei unter dessen Führung, so schrieb er, auf »Kremlkurs«, weil sie ein Verbot aller Waffenlieferungen an das Rassistenregime in Südafrika forderte. Aber ganz wohl fühlte er sich bei Springer möglicherweise doch nicht. Im Frühjahr 1981 hatte er ein Treffen mit seinen »Zeit«-Freunden Nina Grunenberg und Haug von Kuenheim in einem Restaurant der Hamburger Innenstadt. Haug, wie er von Kuenheim gern ganz vertraut nannte, fragte den alten Freund, warum er zu Springer gegangen sei. Darauf der Agent aus dem Kleiderschrank: »Wenn die Gräfin mir zuerst ein Angebot gemacht hätte, wäre ich auch zu euch gekommen.«

Das alles las ich erst jetzt, als ich mich entschlossen hatte, nicht mehr für ein Blatt zu schreiben, das mich in seinen Spalten als Fälscher stehen läßt und mir Rechtsschutz versagt, wenn mich Leute zum Stasiagenten machen, weil ich im Auftrag der »Zeit« tätig war. Dabei hatte alles so schön angefangen, 1962, als das Feuilleton der »Zeit« - damals, unter Rudolf Walter Leonhardt, das beste - gleich den ersten Beitrag druckte, den ich ihm unaufgefordert als Student aus Berlin geschickt hatte. Thema: Nachrichtenverfälschung beim SFB.

Konkret 11/98, S. 36

Thomas Becker

Stillstand vor Belgrad

Während die USA versuchen, eine Eskalation des Kosovo-Konflikts zu verhindern, setzen die Deutschen, auch unter Rot-Grün, auf Krieg

Es war eine klare Strategie der Kosovo-Befreiungsarmee, die Serben zu provozieren, damit in der Folge Zeitungs-Kommentare wie dieser erscheinen, die den Westen zur Intervention auffordern.

Richard Cohen, Kommentator der »Washington Post«, am 2. Oktober 1998 in der »International Herald Tribune«

Nach monatelangen, erfolglos gebliebenen Bemühungen, einen Waffenstillstand zwischen den Fronten im Kosovo auszuhandeln, reiste der amerikanische Sonderbotschafter Richard Holbrooke in das Krisengebiet, um sich direkt mit den Leuten zu unterhalten, die er zuvor in aller Öffentlichkeit als Terroristen tituliert hatte. Das Treffen fand am 24. Juni in Junik statt, einem zu diesem Zeitpunkt serbenfreien Ort, der jenen Halbstarken in schwarzer Uniform in die Hände gefallen war, die den Süden Serbiens mit ihren aus Albanien geklauten oder gelieferten Kalaschnikows in einen Kriegsschauplatz verwandelt hatten. Holbrooke hatte den Auftrag, seine sich als »Offiziere der Befreiungsbewegung des Kosovo« ausgebenden Gesprächspartner zur Kapitulation zu überreden.

»Dies war nicht seine erste Fehleinschätzung der Situation«, meinte einer ihrer Wortführer, UCK-Sprecher Jakup Krasniqi, später in einem »Spiegel«-Interview dazu. Und tatsächlich hatte die US-Regierung sich für dieses unter diplomatischen Gesichtspunkten fragwürdige Unterfangen auch noch einen denkbar ungünstigen Zeitpunkt ausgesucht. Denn just am Morgen desselben Tages glückte einer mit schweren Waffen ausgestatteten Gruppe albanischer Terroristen die Besetzung einer der wichtigsten Kohle-Minen Serbiens. Die nahe der Hauptstadt Pristina gelegene Belacevac-Mine beliefert den ebenfalls im Kosovo befindlichen Obilic-Kraftwerks-Komplex, von wo aus nicht nur die Provinz und das restliche Serbien, sondern auch das benachbarte Mazedonien und Griechenland mit Elektrizität versorgt werden.

Niemand hatte der UCK bis dahin eine Militäraktion dieses Formats zugetraut, und wenn ihr Gelingen auch dem Zufall geschuldet sein mochte, wie später gemutmaßt, verfehlte sie nicht ihre psychologische Wirkung. Die serbische Polizei benötigte immerhin vier Tage, um einen Gegenangriff vorzubereiten und konnte die Mine erst durch den Einsatz schwerer Geschütze und nach 24 Stunden heftiger Gefechte zurückerobern. Die UCK, die zuvor hauptsächlich durch Terroranschläge gegen einzelne Polizisten und mit der serbischen Provinzverwaltung kooperierende albanische Zivilisten in Erscheinung getreten war, erreichte gerade den Höhepunkt ihrer militärischen Potenz und zeigte demgemäß wenig Bereitschaft zum Kompromiß.

Das mysteriöse Gespräch zwischen dem Beauftragten einer Weltmacht und den selbsternannten Führern einer durchgeknallten Terrorgruppe mußte bei Holbrooke einen ungünstigen Eindruck hinterlassen. Die nahegelegene Kleinstadt Kijevo, von der er sich ebenfalls ein Bild gemachte hatte, bezeichnete er nach seiner Rückkehr als »einen der gefährlichsten Plätze Europas«. Erst wenige Tage vorher waren rund 500 serbische Zivilisten in letzter Minute aus dem von UCK-Kämpfern umzingelten Ort evakuiert worden. Die Flucht mußte mit Hubschraubern organisiert werden, weil Sicherheitskräfte nicht bis zur Stadt vordringen konnten. Kijevo liegt an der Hauptstraße zwischen Pristina und Pec, einer zentralen Transportstrecke, auf der wegen ständiger Überfälle der UCK seit Mai kein Verkehr mehr lief. Größere Teile der Regionen Drenica und Decani waren seit längerem nicht mehr unter Kontrolle der Polizei.

Aber auch die Kosovo-Albaner hatten die Situation nicht richtig eingeschätzt. Es war ihnen zwar gelungen, die Polizei in einen regulären Kleinkrieg zu verwickeln. Die Anzahl der ursprünglich auf wenige hundert Mann geschätzten UCK-Kämpfer wuchs im Verlauf der Auseinandersetzung zudem schnell an, und der Nachschub an Waffen über die Grenze des benachbarten Albanien funktionierte reibungslos. Die Militärfachzeitschrift »Jane's Defence Weekly« schätzte im Juli, daß 25.000 Kosovo-Albaner eine Kalaschnikow zu Hause hätten. Genügte dies, um die Gegend in einen Hexenkessel zu verwandeln, so doch nicht, um eine früher oder später unvermeidliche Niederlage gegen das an Gerät und Organisation haushoch überlegene nationale Militär abzuwenden. Am 18. Juli griffen UCK-Einheiten Orahovac an. Es sollte die letzte größere Militäraktion der Schwarzhemden sein. Am 22. Juli übernahmen die Sicherheitskräfte bereits wieder die Kontrolle über die Stadt. Am 29. Juli wurde das UCKHauptquartier in Malisevo ausgehoben. Am 6. August eroberten die Sicherheitskräfte Licovac, am 15. August Junik zurück. Ende August mußte die UCK selbst ihre Niederlage eingestehen; ihrem damaligen Sprecher, dem früheren Oppositionspolitiker Adem Demaci, blieb nur noch übrig, die so erzwungene »Rückkehr zur Taktik des klassischen Guerilla-Kampfes« als eine von seiner Terrororganisation selbstbewußt gewählte Änderung der Form der Kriegsführung umzudeuten.

Daß sie nicht siegen konnte, wußte die UCK zwar genau, aber ihre Anführer waren wohl hinsichtlich der Politik der Nato-Staaten, die ihnen ja zu Hilfe kommen sollten, schlecht beraten. Genauer gesagt: Die Kosovo-Albaner fielen auf die

Versprechungen herein, die ihnen das Auswärtige Amt und das Ministerium der Verteidigung in Bonn und - wie man aus den einschlägigen Kenntnissen über das Kriegsgeschehen in Kroatien schließen muß - Agenten des deutschen Auslandsgeheimdienstes gemacht haben. Aus der steten Zusicherung, man werde »kein zweites Bosnien zulassen« (Volker Rühe), sollte geschlußfolgert werden, daß die Nato im Falle eines Krieges im Kosovo umgehend eingreifen werde, und der Hinweis Klaus Kinkels zu Anfang dieses Jahres, »das internationale Scheinwerferlicht ist jetzt auf den Kosovo gerichtet«, sollte signalisieren, daß der Zeitpunkt zum Angriff günstig sei. In Bonn wußte man natürlich genau, daß innerhalb der Nato sonst niemand die Absicht der Albaner gutheißen würde, den Kosovo von Serbien abzutrennen und damit einen Präzedenzfall zu schaffen, dessen destruktive Wirkung noch im Kaukasus spürbar würde. Was die Mehrheit der Nato-Mitglieder wollte, war eine Stabilisierung der Nachkriegsordnung auf dem Balkan durch den Erhalt des Status quo.

Deutschland aber hatte sich den kroatischen Satelliten nicht dafür geschaffen, um vor den Toren Belgrads den Stillstand zu üben. Wenn die anderen Nato-Staaten nicht gleich gegen die jugoslawische Armee zu Felde ziehen wollten, würde man in Ruhe abwarten, bis die serbischen Truppen die Situation militärisch geklärt hätten, um die sich aus dem Kriegsgeschehen unvermeidlich ergebende humanitäre Notlage als Legitimation eines Rettungseinsatzes der Bundeswehr, nun direkt auf serbischem Territorium, zu nutzen. Um dieses Ziel nicht zu gefährden, widersetzte sich Deutschland den innerhalb der Nato im Mai und Juni diskutierten Plänen, den Verlauf des Krieges dadurch abzukürzen, daß man der UCK den Weg zu den Waffen via Albanien und Mazedonien abschneiden würde. Unzweideutig hatte Holbrooke vor seinen dann gescheiterten Verhandlungen mit der UCK davor gewarnt, daß mehr und mehr militärisches Material aus Albanien in den Kosovo gelange, die albanische Regierung sowie »Geldgeber im Ausland« jedoch offenbar darum bemüht seien, diese Tatsache zu vertuschen. Die albanische Regierung übe offenbar keine Kontrolle über die Grenze zum Kosovo aus. Amerikanische Zeitungen ergänzten, daß die albanische Diaspora in Deutschland den Waffenkauf für die UCK in »industriellem Maßstab« betreibe.

Der Nato-Oberkommandierende für Europa, US-General Wesley Clark, bestätigte in einem inoffiziellen Gespräch mit Journalisten in Washington noch vor dem Treffen der Nato-Außenminister in Luxemburg Ende Mai die sich damals mehrenden Berichte über eine mögliche Stationierung von Soldaten entlang der Grenze zwischen Albanien und dem Kosovo. Innerhalb der Nato würde diese Möglichkeit noch ausgelotet, denn trotz des besorgniserregenden Ausmaßes von Waffenschmuggel in den Kosovo ergäben sich einige Probleme bei der Umsetzung. Während einer gemeinsamen Pressekonferenz des amerikanischen und des deutschen Verteidigungsministers in Washington darauf angesprochen, wollte auch William Cohen einen derartigen Militäreinsatz nicht ausschließen, während Volker Rühe ihm widersprach: »Das eigentliche Problem im Kosovo ist die Diktatur, der Polizeistaat und die fehlende Autonomie für die Kosovo-Albaner. Das eigentliche Problem ist nicht die Grenze zwischen Albanien und dem Kosovo.«

In dem am 28. Mai in Luxemburg veröffentlichten Nato-Kommunique hieß es dennoch, alle bis dahin erwogenen militärischen Maßnahmen zielten darauf ab, »Albanien und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bei der Sicherung ihrer Grenzen zu unterstützen«. US-Außenministerin Albright begründete den Zweck solcher Maßnahmen damit, »Kräfte von außerhalb daran zu hindern, den Konflikt weiter zu eskalieren«.

Auch Anfang Juni, als die Polizei mit schweren Waffen gegen die UCK vorging und bereits Tausende Kosovo-Albaner zur Flucht aus ihren Dörfern nach Albanien und Montenegro veranlaßt hatte, bestätigte ein Treffen der Nato-Botschafter lediglich die schon in Luxemburg gefaßten Beschlüsse. Während Kinkel eine »zügige Entscheidung der Nato« einforderte, zitierten amerikanische Zeitungen namentlich nicht genannte Nato-Beamte mit der Einschätzung, auch die Juni-Offensive habe eine klar umrissene Zielsetzung: »Die Serben setzen die Armee zur Säuberung der Grenzregion ein. Man benötigt eine acht bis zehn Kilometer breite Zone, in der sich keine Leute mehr aufhalten; jeder dort ist ein potentieller Feind. Die dortigen Bewohner müssen ihre Dörfer verlassen, weil sie sonst den Waffenschmuggel unterstützen könnten.«

Am 5. Juni schilderte die »Washington Post« die Atmosphäre in einem von der UNO im Norden Albaniens eingerichteten Flüchtlingslager: »Pferde und Esel vollgepackt mit Waffen, Lastwagen, die Männer in Kampfuniform transportieren und sporadisches Gewehrfeuer machen Tropoja zu einer regelrechten Militärbasis. Teenager erhalten eine Ausbildung in Schießen, und es werden keine Anstalten gemacht, diese militärischen Vorbereitungen zu unterbinden.« An diesem Freitag fand auch das erste Feuergefecht zwischen serbischer Polizei und der UCK jenseits der Grenze zu Mazedonien statt. Die wichtigste albanischsprachige Zeitung in Pristina, »Koha Ditore«, veröffentlichte einen Aufruf der UCK zur Generalmobilmachung aller Albaner in der Region.

Rühe nutzte das anschließende Wochenende dazu, offenherzig seine Bündnispartnern zu schelten. In einem Gespräch mit der »FAZ« beanstandete er »das Verhalten derjenigen Außenminister, die öffentlich zwar ein militärisches Eingreifen auf dem Kosovo fordern, innerhalb des Bündnisses aber die dazu notwendigen Schritte verweigern und sich auf symbolische Handlungen beschränken. ... Das Problem Kosovo kann nicht gelöst werden, indem ich Truppen nach Albanien schicke, dort die Grenze zum Kosovo dichtmache und so das Geschäft des Herrn Milosevic betreibe. Das Problem muß dort gelöst werden, wo es liegt, im Kosovo und in Belgrad.« Der deutsche General Klaus-Dieter Naumann, Vorsitzender des Nato-

Militärausschusses und ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, insistierte am 10. Juni im Deutschlandradio, die wirksamste Maßnahme seien »Angriffe der Nato-Luftstreitkräfte direkt gegen serbische Stellungen«.

Als sich Rühe Mitte September noch einmal mit dem Nato-Generalsekretär anlegte, weil dieser es ablehnte, der Regierung in Belgrad ein unerfüllbares Ultimatum zu stellen, hatte er vermutlich den günstigsten Moment schon verpaßt. Javir Solana bestand darauf, noch einige Wochen abzuwarten, denn die serbischen Anti-Terror-Kommandos hatten ihre Arbeit so gut wie erledigt. Erst als Ende September aus Belgrad der Rückzug aus den Kampfgebieten gemeldet wurde, wurde der UN-Sicherheitsrat aktiv, verschärfte die Nato ihre Drohgebärden und häuften sich Gerüchte über mutmaßlich von Serben begangene Greueltaten. Wohl zu spät für einen Feldzug der Bundeswehr. Denn unmittelbar bevor der UN-Generalsekretär am 5. Oktober seine Bewertung der Situation im Kosovo bekanntgab, meldeten Beobachter, die sich im Auftrag der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa seit einigen Wochen vor Ort aufhielten, eine Beruhigung der Lage. Es seien keine Kampfhandlungen mehr ersichtlich und die ersten Flüchtlinge kehrten in ihre Häuser zurück. Holbrooke machte sich noch einmal auf die Reise, doch diesmal nach Belgrad, um mit Slobodan Milosevic, wie 1995 in Dayton, einen Friedensplan zu verhandeln.

Auch die neue deutsche Regierung wird sich in den kommenden Jahren der Aufgabe widmen, die USA als gegenwärtig dominierende Macht innnerhalb der Nato herauszufordern. Der grüne Außenminister und der sozialdemokratische Verteidigungsminister, die bereits vor der Übernahme ihrer Ämter die volle Übereinstimmung mit der Kosovo-Politik ihrer Vorgänger bekundeten, werden auch im seit gut zwei Jahren geführten Streit um den Posten des Oberbefehlshabers für den Nato-Einsatzbereich Südeuropa deutsche Interessen zu verteidigen wissen. Die »Europäisierung der Nato« ist seit jeher ein Eckpfeiler rot-grüner Außenpolitik. In Zukunft werden die Europäer, die schon bald am Tropf der Frankfurter Zentralbank hängen, die Infrastruktur der Nato auch eigenmächtig nutzen; so sieht es das bereits beschlossene Nato-Programm »Combined Joint Task Forces« vor. Dann kennen die Deutschen keine Parteien mehr. Dann wird erst gebombt und dann verhandelt. Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer forderte schon im Oktober 1995, als noch der Rauch über Pale lag, die Stationierung von Soldaten im Kosovo. Sie dachte dabei allerdings nicht an die jugoslawische Armee.

Konkret 11/98, S. 38

gruppe demontage

Low intensity warfare

Am 1.1.1994 trat die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA in Kraft. Am selben Tag erklärte in Chiapas die Guerilla EZLN Mexikos Regierung den Krieg

Befreiungsbewegungen haben zwei Möglichkeiten, auf die postfordistische Reorganisation des Weltmarktes und den Wegfall des RGW zu reagieren: Sie können sich für das Mitkonkurrieren entscheiden, für das gegenseitige Unterbieten in den Ausbeutungsbedingungen. Sie können aber auch von der fordistischen Illusion Abstand nehmen, daß mit der Eroberung des Staatsapparates der Kapitalismus überhaupt abgeschafft oder dessen Macht über zentrale Apparate gebändigt werden könne, und statt dessen die Selbstorganisierung der Ausgebeuteten voranbringen.

Letzteres versucht das Zapatistische Heer zur nationalen Befreiung (EZLN). Am Neujahrstag 1994 nahm die EZLN vier Kreisstädte in Chiapas ein und erklärte der mexikanischen Armee den Krieg. Als die Armee, die den Aufstand niederschlagen sollte, mit der Bombardierung von Dörfern Proteste in ganz Mexiko auslöste, mußte der damalige Präsident Salinas von der PRI nach zwölf Tagen einen einseitigen Waffenstillstand erklären, der trotz mehrfacher Unterbrechungen durch Akte der »low intensity warfare« (Kriegsführung niedriger Intensität) offiziell bis heute gilt.

Die PRI wollte den Aufstand in Chiapas isolieren, weil sie Revolten auch in anderen Landesteilen fürchtete: 75 Prozent der Armen Mexikos leben auf dem Land, sechs von zehn Kleinbauern verdienen weniger als den Mindestlohn von drei Dollar täglich. Von 96 Millionen Mexikanern sind 40 Prozent damit beschäftigt, notdürftig zu überleben. Etwa 15 Millionen leben in informellen Arbeitsverhältnissen, weitere 22 Millionen in extremer Armut, davon 11 Millionen auf dem Land in indigenen* Gruppen. 58 Prozent der Kinder leiden an armutsbedingten Krankheiten. 100.000 Kinder sterben jährlich an den Folgen von Unterernährung.

Die seit Februar 1994 zwischen PRI-Regierung und EZLN geführten Verhandlungen stagnieren, weil die neoliberale Regierung an sozialem Ausgleich kein Interesse hat. Das im Januar 1996 unterzeichnete erste Abkommen von San Andres über »Rechte und indigene Kultur«, das den indigenen Gemeinden Autonomie und Selbstverwaltungsrechte versprach, wurde von der Regierung nicht eingehalten. Im August 1996 brach die EZLN nach einer Befragung in ihren Gemeinden deshalb die Gespräche ab.

Im März 1998 legte die Regierung ein Gesetz vor, in dem von Autonomie keine Rede mehr war, und von April bis Juni räumte die Armee mehrere der von der pro-zapatistischen Bevölkerung nach dem Abkommen von San Andres gegründeten 32 »autonomen Landkreise«. Die EZLN-Vertreterin Gloria Benavides erklärte dazu im Juli 1998: »Die autonomen Gemeinden sind eine politische Form, die in der Praxis zapatistische Prinzipien präsentiert, insbesondere die direkte Demokratie.« Die Gemeinden weigern sich, Steuern an die Regierung zu zahlen oder Hilfe von ihr anzunehmen. Sie wollen ihre eigenen Einrichtungen für Bildung, Gesundheit, Soziales und Rechtsprechung aufbauen, fordern Mitbestimmung über die großen Plantagen und die in den 80er Jahren in Chiapas entdeckten Erdölquellen.

Antirassistischer Kampf und Landfrage

Unter dem Motto »Nie mehr ein Mexiko ohne uns« fordert die EZLN ein Ende der rassistischen Ausgrenzung der indigenen Gruppen. Die Regierung wiederum akzeptiert die Indigenas nur als kulturalistisch vermarktbare Tourismusobjekte. Die Entwicklung des mexikanischen Zentralstaates basierte von Beginn an auf einer sozialen sowie rassistischen Ausgrenzung der als Indigenas ethnisisierten kleinbäuerlichen Bevölkerung, die mehrheitlich in den von extremer Armut geprägten südlichen Bundesstaaten wie Chiapas lebt.

Der Umbau Mexikos zum deregulierten postfordistischen Staat ohne Wohlfahrtseinrichtungen bringt weitere Verschlechterungen. Das bisher kommunal verwaltete Ejido-Land wird zur Privatisierung freigegeben. Die wegen der NAFTA zunehmenden Importe aus den Agrarindustrien Mexikos und der USA nehmen den Indigenas die letzte Möglichkeit, ein paar Pesos mit dem Verkauf von Mais und Bohnen in der nächsten Kreisstadt zu verdienen. Die meisten Jugendlichen - 60 Prozent der Bevölkerung von Chiapas sind jünger als 20 Jahre - können deshalb nicht mehr von der Landwirtschaft leben.

Der Historiker Antonio Garcia de León beschreibt die Basis der EZLN so: »Heute besteht die zapatistische Armee vornehmlich aus diesen Leuten: Jung und marginalisiert, modern, mehrsprachig und teilweise mit Lohnarbeitserfahrung. Ihr Profil hat wenig mit dem Bild des abgeschiedenen Indio zu tun, das wir uns von Mexiko-Stadt aus machen.« Im Windschatten der EZLN besetzten bis Juni 1994 Tausende Campesinos 50.000 Hektar Land. Bis Anfang 1995 kamen nochmals mehrere 10.000 Hektar dazu.

Dabei stieß die EZLN als Schutzmacht jedoch bald an ihre Grenzen. Im April 1995 etwa ließen aus Deutschland eingewanderte Kaffeebarone ihre beiden Kaffeeplantagen Liquidambar und Prusia im Soconusco, die zusammen mehrere tausend Hektar groß sind, durch Militär und Weiße Garden gewaltsam räumen. Im Rahmen solcher Einsätze wurden seit 1995 hunderte Kleinbauern ermordet.

Revolutionäre Frauengesetze: der Aufstand vor dem Aufstand

Die lange politische und militärische Vorbereitung des Aufstandes ermöglichte eine breit angelegte Verständigung der EZLN mit kleinbäuerlichen Organisationen der indigenen Dörfer. Anfang 1993 wurde über die zukünftigen revolutionären Gesetze beratschlagt. Ende Januar 1994 hatten sich 200 Dorfgemeinden und Kleinbauernorganisationen zum Dachverband CEOIC zusammengefunden und dabei auf die EZLN als Befreiungsarmee bezogen.

Nach langen Diskussionen in den Dörfern setzten in der EZLN organisierte Frauen Gesetze zur Gleichberechtigung durch: »Wir wollen uns nicht zwingen lassen, einen zu heiraten, den wir nicht mögen. Wir wollen das Recht, Posten in der Gemeinde zu besetzen. Wir wollen das Recht, unsere Meinung zu sagen und daß sie respektiert wird. Wir wollen das Recht haben, zu lernen und sogar Kraftfahrerin zu werden.«

Wie die Kommandantin Ana Maria haben sich deshalb viele Frauen entschieden, in die EZLN zu gehen, »weil sie in den Dorfgemeinschaften weder politische Rechte haben, noch ein Recht auf Ausbildung; sie werden mißhandelt, sind Ausgebeutete, und die Ausbeutung, die der Mann erleidet, erleidet die Frau viel mehr, weil sie viel marginalisierter ist«. Anders als in den Dörfern erledigen in den gemischten Guerillaeinheiten auch die Männer die Hausarbeit.

Ende 97 wurden in Acteal 45 Frauen und Kinder, die zu der in Opposition zur PRI stehenden Gruppe »Las Abejas« (die Bienen) gehörten, von einer paramilitärischen Einheit abgeschlachtet. Die frauendominierte Organisation war mit ihrer Kritik an den patriarchalen Dorfchefstrukturen zu einer unerträglichen Provokation geworden.

Kaziken und Klassen

Die Kaziken leben als Indigenas in den Gemeinden und kontrollieren insbesondere den Handel. Der Zugang zu den Universitäten, zum Lehrerberuf und zur Bürokratie hat in ihnen eine neue Klasse »priviligierter Indios« hervorgebracht. Kaziken stellen die Ortsgruppenvorsitzenden von Parteien, in den meisten Fällen die der Staatspartei PRI. Sie haben Kontrolle über staatliche Hilfsgelder, vermitteln Kredite und gewähren persönliche »Gefälligkeiten«. Sie versuchen, jede unkontrollierte Organisierung der unteren Klassen zu verhindern - notfalls in Zusammenarbeit mit irregulären, vom Staat geförderten Paramilitärs.

Nach der zapatistischen Erhebung von 1994 hat sich dies teilweise verändert. Denn die aus den Dörfern zuvor von den Kaziken verjagten oppositionellen Kleinbauern beziehen sich zum großen Teil auf die EZLN. Mit der bewaffneten Gegenmacht im Rücken erhielten ihre Forderungen nun mehr Nachdruck. Unmittelbar nach dem Aufstandsbeginn flüchteten viele Kaziken aus dem zapatistischen Operationsgebiet. In die meisten Dörfern sind sie jedoch inzwischen zurückgekehrt, da das Militär den zapatistischen Einfluß zurückdrängen konnte.

Seit dem Beginn des Aufstandes hat die Repression der Regierung mindestens 1.500 Menschen das Leben gekostet, die inoffiziellen Morde durch die Weißen Garden der PRI und Großgrundbesitzer nicht mitgezählt. Die Armee baut seit 1995 mit US-amerikanischer Unterstützung weitere verdeckte paramilitärische Gruppen auf. Die Armee macht es sich dabei zunutze, daß es in den Dörfern nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche gibt. Wer von den Agrarbehörden abgewiesen wird und keine andere Möglichkeit zum Arbeiten hat, dem bieten die paramilitärischen Gruppen eine Aufstiegsmöglichkeit - wenn er sich gegen die EZLN entscheidet. So wird die Konkurrenz um Land und Posten in den Dörfern von der Armee benutzt, um Konflikte zu schüren und die »zivile« dörfliche Basis der EZLN zu terrorisieren.

Neoliberalismus-Debatte

Seit Mitte 1992 kursiert ein EZLN-Text mit dem Titel »Chiapas. Der Südosten in zwei Winden, einem Sturm und einer Prophezeiung«. Darin heißt es, »der Tribut, den der Kapitalismus von Chiapas fordert, findet in der Geschichte keinen Vergleich. 55 Prozent der in Mexiko verbrauchten hydroelektrischen Energie stammen aus diesem Bundesstaat ..., doch nur ein Drittel der chiapanekischen Haushalte verfügt über elektrisches Licht. Die Eisenbahnlinie folgt ... nicht den Bedürfnissen der chiapanekischen Bevölkerung, sondern denjenigen der kapitalistischen Plünderung.«

Die EZLN kritisierte in diesem Text nicht nur die aktuelle neoliberale kapitalistische Entwicklung in Mexiko, sondern auch deren frühere, protektionistische Variante. In den neueren Texten der EZLN ist dagegen meist nur noch von Neoliberalismus die Rede. Der Begriff Neoliberalismus trifft zwar die kapitalistische Realität, legt aber nahe, daß ein besserer Kapitalismus möglich wäre.

Einige Texte der EZLN fallen durch antisemitische Stereotypen auf. In ihnen findet sich eine verkürzte Kapitalismuskritik, die der Unterscheidung in ehrliches Industrie- und gieriges Finanzkapital folgt, einem ähnlichen Schema wie dem der Nazis vom schaffenden und raffenden Kapital. Wenn dem Finanzkapital dann auch noch Heimatlosigkeit vorgeworfen wird, ist es nicht mehr weit bis zum Bild vom kosmopolitischen jüdischen Finanzkapital. Subcomandante Marcos: »Ein neuer Weltkrieg wird heute erlitten. Es ist ein Krieg gegen alle Völker, gegen die Menschen, die Kultur, die Geschichte. Es ist ein Krieg, der von einer Handvoll heimatloser und schamloser Finanzzentren angeführt wird.«

In einem Brief an einen »ehrlichen mexikanischen Unternehmer« schrieb Marcos: »Der Neoliberalismus trifft nicht nur die Ärmsten, sondern verdrängte auch wichtige Sektoren der mexikanischen Unternehmer ... Die mörderische Gewinnsucht wird in der Sprache der Wirtschaftstheorie >Neoliberalismus< genannt.« Die Unterscheidung zwischen gewinnsüchtigen und ehrlichen Unternehmern mag dem Versuch geschuldet sein, ein breites Bündnis gegen das Militär zu organisieren. In Wirklichkeit ist der Unterschied zwischen den »ehrlichen« und den »gewinnsüchtigen« der zwischen den in Konkurrenz zum US-Kapital erfolgreichen und den erfolglosen. Wer Pleite macht, ist nicht deshalb weniger »mörderisch«.

Der positive Bezug auf die Nation läßt die Ausbeutungsverhältnisse und Klassenwidersprüche in einer imaginären Einheit aufgehen. Im Juli 1998 erklärte Marcos, daß er nationale Souveränität mit staatlicher Lenkung der Ökonomie gleichsetze. An der PRI, die schon 1982 vom staatlich gelenkten auf einen deregulierten Kapitalismus umgeschwenkt war, kritisiert Marcos, daß die »Regierungen seit 1982 eine eigentliche Vernichtungskampagne gegen die Grundlagen der staatlichen Souveränität geführt« hätten. Der positive Bezug auf die Nation speist sich aus dem Protest gegen die rassistische Ausgrenzung und dem Hinweis, daß die Nation Mexiko das Indigene als identitätsstiftende Tradition brauche. Anstatt soziale Rechte einzufordern, wird mit »Verwurzelung« als typischer Zutat nationalistischer Sinnstiftung hantiert.

Dem ideologischen Bezug der EZLN auf die Nation steht jedoch die Praxis in ihren Einflußgebieten entgegen. Dort werden die sozialen Kämpfe keiner nationalen Formierung untergeordnet. Im Gegenteil: Die EZLN unterstützt die örtlichen Gegenstrukturen, anstatt selbst die lokale und zentralstaatliche Macht übernehmen zu wollen. Bei der Forderung nach Autonomie für die indigenen Dörfer und Gemeinschaften geht es ihr weniger um das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes als um ein Ende von rassistischer und sozialer Entrechtung. Die EZLN bedient sich keiner Volks-Rhetorik, durch die als anders definierte Ethnien oder Kulturen ausgegrenzt werden.

Zivilgesellschaftliche Defensive

Die EZLN richtet ihre Appelle zur Zusammenarbeit meist an die sogenannte nationale und internationale Zivilgesellschaft. Sie versteht darunter alle sozialen Kräfte, die nicht unmittelbar dem Staatsapparat oder der Armee angehören. Der Begriff Zivilgesellschaft kommt aus Europa und steht bei der reformistischen Linken für einen Kapitalismus mit sozialstaatlicher Abfederung.

Anhänger eines solchen Kapitalismus ist erklärtermaßen auch der Gründer der sozialdemokratischen PRI), Cárdenas. Seit die Staatspartei PRI seinen Wahlsieg im Juli 1997 duldete, ist er Bürgermeister von Mexiko-Stadt. Um ihre Isolation zu durchbrechen und eine Großoffensive des Militärs zu verhindern, setzt die EZLN auf Leute wie ihn, die seit kurzem auch im Bundesparlament Einfluß haben.

Im Juli 98 veröffentlichte die EZLN die »V Erklärung aus dem lakandonischen Urwald«. In dieser setzt sie ihre Hoffnung auf Gesetzesinitiativen aus dem Bundesparlament, in dem die PRI seit den Wahlen 1997 keine Mehrheit mehr hat. Die Einführung der Nordamerikanischen Freihandelszone hat nämlich auch zu einer politischen Deregulierung der jahrzehntelangen PRI-Demokratur geführt. Bis 1997 waren Wahlniederlagen der PRI einfach nicht zugelassen. In der »V. Erklärung« ruft die EZLN deshalb zu einer landesweiten Befragung der Mexikaner auf. Sie will damit Zustimmung für die COCOPA, eine Kommission des Bundesparlaments, organisieren, die einen Gesetzesvorschlag zur Umsetzung des bisher von der PRI-Regierung blockierten Autonomieabkommens von San Andrés vorgelegt hat.

Das Angebot an Teile des mexikanischen Parlaments ist offensichtlich ein Zeichen der Schwäche. Die zivile und legale Organisation der EZLN, die FZLN, die den mexikoweiten Aufbau einer »Zivilgesellschaft« unterstützen soll, schrumpft. Eine Sprecherin erklärte im August: »Statt zu einem Fokus der Opposition ist die FZLN zu einem weiteren Organismus in der zersplitterten Oppositionslandschaft geworden. Es gibt noch immer Solidaritätsinitiativen. Doch ihre Mobilisierungsfähigkeit hat stark abgenommen, denn viele Menschen haben mittlerweile resigniert.«

Die große Oppositionspartei PRD regiert seit einem Jahr die Hauptstadt, viele Funktionäre oppositioneller Gruppen haben jetzt Posten beim Staat, das Interesse an der EZLN geht zurück. Deshalb sucht die EZLN jetzt Halt bei ethnisierten Gruppen, die sie in ihrer »V. Erklärung« zum ersten Mal alle namentlich aufzählt, obwohl einige von ihnen weniger soziale Einheiten als völkerkundliche Erfindungen sind.

Es wäre dennoch ein Fehler, die EZLN nur nach ihren blumigen Erklärungen oder ihrer Bündnispolitik zu beurteilen. Ihre programmatische Entwicklung ist aber offener, als dies vor einem Jahr schien. Die Initiative für eine Befragung zum COCOPA-Gesetzesvorschlag der Parlamentskommission sieht in ihrer Orientierung auf das Parlament wie ein

verzweifelter Versuch aus, die zunehmende Isolation und Einschnürung durch Armee und PRI-Regierung zu durchbrechen. Vieles hängt davon ab, ob es der gegen die staatliche und wirtschaftliche Deregulierung kämpfenden städtischen Linken und der gegen die komplette Abkoppelung und Marginalisierung kämpfenden EZLN gelingt, eine gemeinsame Initiative jenseits von Parlamentarismus und kulturalistischer Lobbypolitik zu entwickeln.

** indigena* oder *Indigene:* Eigenbezeichnung und/oder Zuschreibung für Menschen, die in ethnisierte Gruppen eingeordnet werden. Seit der Eroberung Amerikas ist dies die Grundlage für eine beständig reproduzierte rassistische Hierarchie: *Indigenas* werden mit angeblicher Rückständigkeit oder Ursprünglichkeit gleichgesetzt. Als Kleinbauern pflegen sie teilweise Traditionen aus der Zeit vor der spanischen Invasion sowie aus der Kolonialzeit, sprechen regionale Sprachen und kein spanisch und werden in vielen Bereichen sozio-ökonomisch ausgegrenzt. Im Gegensatz zu den alten rassistischen Bezeichnungen *Indio* oder *Indianer* wird *indigen* teilweise auch als Eigenbezeichnung verwendet. Viele als *indigene Völker/Ethnien* bezeichnete Kleinbauern lehnen ethnisierte Grenzziehungen jedoch ab und sehen sich selbst als soziale Gruppe: Die mayasprachigen Kleinbauern in Yukatan bezeichnen sich als *otzilmakob (=* kleine Leute) und heben sich damit von der mayasprachigen Mittelschicht ab. Maya ist somit in Yukatan die abwertende Fremdbezeichnung für die mayasprachige Unterklasse (vgl. Gabbert in: *Das andere Mexiko,* Gießen, 1997).

Empfehlenswerte Literatur:

ASTA FU: *Chiapas und die Linke,* Berlin *1997;* Boris Kanzleiter, Dirk Pesara: *Die Rebellion der Habenichtse. Der Kampf für Land und Freiheit gegen deutsche Kaffeebarone in Chiapas,* Berlin *1997;* Subcomandante Marcos: *Geschichten vom alten Antonio,* Hamburg *1997;* Hanna Mittelstädt, Lutz Schulenburg (Hg.): *Der Wind der Veränderung - Die Zapatisten und die soziale Bewegung in den Metropolen,* Hamburg *1997;* REDaktion (Hg.): *Chiapas und die Internationale der Hoffnung,* Köln *1997;* Eilen Schriek, Hans Walter Schmuhl (Hg.): *Das andere Mexiko - Indigene Völker von Chiapas bis Chihuahua,* Gießen *1997;* Las Topitas (Hg.): Ya *Basta! Der Aufstand der Zapatistas,* Hamburg *1994;* zweimonatliches Info *zu* Chiapas: »Land & Freiheit«, c/o Cafe und Buch, Marktstraße *114, 20357* Hamburg

Im nächsten Heft: Die deutschen Solidaritätsbewegungen

Konkret 11/98, S. 41

Oliver Tolmein

Stalin und die Juden

Die sowjetische Politik war antisemitisch - von Fall zu Fall, nicht von Grund auf: Zu diesem Resultat gelangt eine Studie von Arno Lustiger

Der Antisemitismus als extremste Form des Rassenchauvinismus ist der gefährlichste Überrest des Kannibalismus. Der Antisemitismus dient den Ausbeutern als Blitzableiter. Der Antisemitismus ist eine Gefahr für die Werktätigen, denn er ist ein Irrweg, der sie vom rechten Weg abbringt und sie in den Dschungel führt. Darum sind die Kommunisten als konsequente Internationalisten unversöhnliche und geschworene Feinde des Antisemitismus. Aktive Antisemiten werden nach den Gesetzen der UdSSR mit dem Tode bestraft.

Stalin in einem Interview mit der Jüdischen Telegrafenagentur 1931

Ich bin a jid, wos hot getrunken /von Stalinischn koss (Kelch) vun glick. / Wer's will, as (daß) Moskwe soll varsinken, / die erd varkerewen zurik (zurückdrehen will) / dem sog ich: Io! Dem schrei ich: nieder / Ch' geh mit die misrach-velker (Ostvölker) mit, / die slawn senen meine brider, - / Ich bin a jid!

1944 veröffentlichtes Gedicht von Izik Fefer (hingerichtet 1948)

Geschichte wird in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend als Identitätspolitik begriffen: Nicht die Ereignisse interessieren, sondern die Möglichkeiten einer neuen Interpretation. Gestritten wird weniger über das, was war, als darüber, wie es für heute nutzbar gemacht werden könnte. Daß dieser Diskurs, in dem das Vergangene auch nicht daraufhin untersucht wird, was davon fortlebt, sondern was sich darin für ein verborgener Sinn entdecken läßt, den Nationalsozialismus durch Historisierung aus dem Blickfeld rückt und den Fokus auf die Verbrechen richtet, die in den Staaten des realexistierenden Sozialismus verübt wurden, kann nicht erstaunen. Die oftmals zu beobachtende linke Abwehrreaktion mutet an wie bittere Ironie: Gerade von Linken, die aus einer politischen Kultur kommen, die von dem Bestreben geprägt war (und teilweise noch ist), den Nationalsozialismus als eine Spielart des Faschismus zu begreifen, als extreme Form des Klassenkampfes, wird jetzt, um Front gegen das Wiederaufleben der Totalitarismus-Theorie zu machen, die Einmaligkeit und Besonderheit des Holocaust akzentuiert. Darüber hinaus wird, zu Recht, auf Fehler in der Methodik, auf schlechte Recherchen und das problematische Erkenntnisinteresse derer verwiesen, die jetzt die Vergangenheit für sich erobern und die Geschichte als Geschichte der Klassenkämpfe in eine Geschichte der Verbrechen und Verbrecher umdeuten wollen.

In diese Arena begibt sich Arno Lustiger nicht, obwohl er sich mit dem Titel seiner neuen Arbeit in die Galerie der Farbbücher einzureihen scheint. *Das Rotbuch: Stalin und die Juden* steht tatsächlich aber in der Tradition von Lustigers früheren Büchern *Schalom Libertad!* und *Zum Kampf auf Leben und Tod!* Es entreißt den Kampf von Juden und Jüdinnen gegen den Nationalsozialismus dem Vergessen und setzt der Legende, sie hätten sich »wie die Lämmer zur Schlachtbank« führen lassen, die Fakten des Widerstands entgegen. Trotzdem hat Lustiger gerade mit dem *Rotbuch* keine Heldengeschichte geschrieben, keine romantisierende Tragödie, aus der sich die linke Ikonographie mit ihrem ausgeprägten Sinn für bunte Sticker, Parolen-Buttons und Poster-Köpfe bedienen könnte.

Die Geschichte des »Jewreiski Antifaschistski Komitet«, des »Jüdischen Antifaschistischen Komitees« (JAK), ist einerseits zwingend als Geschichte zu lesen, welche die grundsätzlichen Unterschiede von Stalinismus und Nationalsozialismus sichtbar macht: Der Stalinismus ermöglichte dem jüdischen Widerstand, sich gegen die drohende Vernichtung durch die Deutschen zu organisieren und zu kämpfen. Auch in den Jahren der Repression war eine auf offenem Rassenhaß basierende systematische Ausrottungspolitik tabu. Lustiger analysiert im Schlußkapitel seines Buches, daß die angeblichen Pläne Stalins für ein landesweites Pogrom und eine großangelegte Deportation der sowjetischen Juden durch die bislang vorgelegten Dokumente nicht bewiesen werden können und deswegen »bis zum Beweis des Gegenteils als Gerücht bezeichnet werden (müssen».

Die Geschichte der Verfolgung der Aktiven des JAK, die für die Sowjetunion in enormem Ausmaß internationale Unterstützung mobilisiert hatten, ist aber auch die Geschichte eines der schwersten Verbrechen, das unter dem Signum des Sozialismus begangen wurde. Hier wurde zwecks Bekämpfung einer antifaschistischen Initiative, die von der sowjetischen Führung teils geduldet, teils zur Unterstützung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus ausgenutzt wurde, nicht nur ein kaum kaschiertes antisemitisches Ressentiment mobilisiert. Es wurden mit dem Ziel, die jüdische Kultur zu zerstören, deren führende Vertreter liquidiert.

Damit war die Assimilationspolitik der Juden, die in den dreißiger Jahren, allerdings ungleich blutiger, bereits im kapitalistischen Deutschland gescheitert war, auch im realexistierenden Sozialismus am Ende. Anpassung an die Verhältnisse konnte den Juden nirgendwo dauerhafte Sicherheit geben. Juden wurden im späten Stalinismus, Lustiger zufolge, »zu Feinden par excellence. Man warf ihnen als einziger Nationalität alle Handlungen als Fehler vor: Sie waren Verbrecher, wenn sie sich >nationalistisch< betätigten, sie waren Verbrecher, wenn sie sich mit russischen Pseudonymen in die russische Kultur >hineinschmuggelten<. Ein Jude war verdächtig, wenn er jiddisch sprach, ein Jude war verdächtig, wenn er Russe wurde. Die Juden sollten ihre Schtetl-Mentalität ablegen und zu nützlichen Sowjetbürgern werden, aber als sie erfolgreich waren, warf man ihnen vor, sie drängten die Russen zurück und verletzten die nationalen Proportionen.«

Die Entstehung des JAK ist eng verknüpft mit dem Schicksal der polnisch-jüdischen Bundisten Henryk Erlicher und Wiktor Alter, die nach dem Einmarsch der Deutschen in Polen in die Sowjetunion flohen, dort vom NKWD verhaftet, gefoltert und schließlich wegen »Spionage« und Agitation gegen den Hitler/Stalin-Pakt zum Tode verurteilt wurden. Eine Amnestie für alle polnischen Bürger, die der Oberste Sowjet am 12. August 1941 beschloß, brachte auch Erlicher und Alter die Freiheit. Von Kuybischew aus konnten (und sollten) die beiden international renommierten jüdischen Sozialisten tätig werden, um internationalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu organisieren. In einem Sieben-Punkte-Memorandum wird im Oktober 1941 die Idee eines »Jüdischen Anti-Hitler-Komitees« entwickelt, das aus sieben Vertretern der jüdischen Gemeinden der von den Deutschen besetzten Gebiete und jeweils einem Vertreter der Juden der USA, Englands und der UdSSR gebildet werden sollte. Das Memorandum der beiden von NKWD-Offizieren und ZK-Mitgliedern regelmäßig besuchten Exil-Polen wurde Stalin vorgelegt, der aber abwartete. Nachdem im Dezember 1941 der deutsche Einmarsch in die Sowjetunion ins Stocken geraten und die USA in den Krieg eingetreten waren, schien der sowjetischen Führung ein jüdisches Hilfskomitee, das hauptsächlich die Funktion haben sollte, Bündnispartner und internationale Unterstützung zu organisieren, nicht mehr so wichtig. Im Dezember 1941 wurden Alter und Erlicher unter größter Geheimhaltung - nur mit Nummern bezeichnet - wieder inhaftiert. Erlicher, Häftling Nr. 42, erhängte sich im Mai 1942, Alter, Häftling Nr. 41, wurde im Februar 1943 in Kuybischew erschossen.

Lustiger erklärt das Vorgehen gegen die beiden damit, daß sie wohl als Sicherheitsrisiko für das Wiederaufleben bundistischer Tendenzen eingestuft wurden: Der »Bund« war eine 1897 in Rußland und Polen aufgebaute, über 30.000 Mitglieder zählende Organisation, die strikt antizionistisch orientiert war, aber für nationale und kulturelle Autonomie der Juden kämpfte und sich den zentralistischen Tendenzen der Bolschewiki vehement widersetzte.

Für das eigentliche Projekt waren Erlicher und Alter ersetzbar. Schon bald nach ihrer Verhaftung erfolgte die Gründung des »Jüdischen Antifaschistischen Komitees«, das, so Lustiger, »nicht das im Stalinismus verheerende Kainsmal einer selbständigen Initiative >von unten< trug, sondern von vornherein von oben kontrolliert sein (sollte)«. Dieses Verdikt gilt wohl nicht für den Präsidenten des JAK, Solomon Michoels, der einer der berühmtesten Schauspieler der Sowjetunion war. Michoels engagierte sich seit Beginn seines Engagements 1920 am in Moskau gegründeten jiddischsprachigen Gosset-Theater für eine autonome jüdische Kultur und war eine der Leitfiguren der sowjetischen Juden. Seine lange Zeit geheimgehaltene Ermordung auf Anweisung Stalins war der Auftakt für das Ende des JAK und ein vorläufiger Höhepunkt in der seit Ende des Krieges sich zuspitzenden antisemitischen Kampagne in der Sowjetunion.

Dagegen war der verantwortliche Sekretär des JAK, Izik Fefer, vor allem ein loyales Parteimitglied. Fefer, der die Proletarische Schriftstellervereinigung der Ukraine leitete, trat, wenngleich er selbst jiddisch schrieb, lange Zeit vehement gegen Autonomiebestrebungen auf. Er verteidigte öffentlich die Verurteilung von jüdischen Generälen der Roten Armee, die angeklagt waren, mit den Nazis konspiriert zu haben. Im Zweiten Weltkrieg revidierte Fefer zwar angesichts der Massenmorde der Deutschen an den ukrainischen und polnischen Juden seine Einstellung zum Judentum und sang mit »Ich bin a Jid« eine Hymne auf die jüdische Religion und Nation. An seiner engen Zusammenarbeit mit den »Organen«, die er über Interna des JAK stets auf dem Laufenden hielt, änderte sein Bekenntnis zum Judentum und seine Auseinandersetzung mit dem Holocaust aber nichts: Bei der Beschlagnahme und Auswertung der Akten im Gosset, in Michoels Wohnung und im JAK selbst unterstützte Fefer den NKWD. Nach seiner eigenen Verhaftung bekannte er sich schuldig und sagte detailliert über seine Mitstreiter aus. Zwar widerrief er später in der Verhandlung seine Beschuldigungen und eröffnete, daß er seit Jahren als NKWD-Agent tätig gewesen war. Aber zu diesem Zeitpunkt waren die Todesurteile, auch gegen ihn, bereits beschlossene Sache.

Es ist eine der Stärken von Lustigers *Rotbuch,* daß er das Jüdische Antifaschistische Komitee nicht bloß als Opfer antisemitischer sowjetischer Politik darstellt, sondern die widersprüchliche Haltung seiner Aktiven selbst, ihr Changieren zwischen Kooperation, Kollaboration und Widerstand, zum Thema macht. Mit Wertungen hält sich Lustiger dabei zurück, obwohl er aus seiner grundsätzlichen Kritik am Sozialismus sowjetischer Machart und der Politik der Bolschewiki keinen Hehl macht. Lustiger beschränkt sich in seiner Darstellung auch nicht auf die kurze Zeit, in der das JAK aktiv sein konnte, sondern bezieht seine lange Vorgeschichte in die Darstellung mit ein. Dabei arbeitet er heraus, wie der von Pogromen begleitete Siegeszug der Weißgardisten in der ersten Phase des Bürgerkriegs zur Folge hatte, daß zahlreiche Juden auch aus antibolschewistischen Organisationen wie dem »Bund« sich in der Roten Armee organisierten und die Sowjets unterstützten. Auf der anderen Seite war die Haltung der sowjetischen Führung gegenüber den Juden durchaus

instrumentell. Lustiger verweist auf einen erst vor kurzem in den Archiven gefundenen Entwurf Lenins für eine Struktur der Sowjetregierung in der eroberten Ukraine, der wohl mit Rücksicht auf den dort besonders stark vertretenen Antisemitismus fordert, Juden nicht an der ukrainischen Regierung zu beteiligen, oder, so Lenin »etwas höflicher«, das jüdische Kleinbürgertum auszuschließen. Auch Berichte über antisemitische Pogrome der roten Budjonny-Armee (über die etwa Isaak Babel in seiner 1994 erstmals unzensiert in deutscher Übersetzung veröffentlichten *Reiterarmee* berichtet, vgl. KONKRET 12/94) verschwanden auf Lenins Anweisung »im Archiv«.

Eingehend beschäftigt sich Lustiger mit der Arbeit der Jewsekzija, den Jüdischen Sektionen innerhalb der KPdSU (B), deren Gründung die Gelegenheit bot, das Allrussische Hauptbüro der Jüdischen Gemeinden und andere autonome jüdische Organisationen, die Kultusgemeinden, Talmudschulen, hebräischen Büchereien, Druckereien und Zeitungen zu schließen. Besonders scharf gingen die Jewsekzija gegen alle zionistischen Gruppierungen und gegen das Hebräische vor, das im Gegensatz zum proletarischen Jiddisch als Sprache des Kleinbürgertums abqualifiziert und als Schulsprache gänzlich abgeschafft wurde. Charakteristisch für die Entwicklung in den 20er und 30er Jahren war das Zusammenspiel von Repression und Förderung: Während die nationale jüdische und hebräische Kultur ins Visier der bolschewistischen Nationalitätenpolitik geriet, wurde eine säkulare, parteinahe jiddische Kultur enorm gefördert. Allein 1932 wurden in der UdSSR 668 jiddischsprachige Titel in einer Gesamtauflage von knapp 2,6 Millionen Exemplaren gedruckt. »Zum ersten Male in der Geschichte«, bilanziert Lustiger, »förderte ein Staat die jiddische Sprache und Literatur. Viele jiddische Schriftsteller, die kurz nach der Revolution Rußland verlassen hatten, kehrten im Lauf der zwanziger Jahre zurück.«

Auch in den politischen Auseinandersetzungen in dieser Umbruchphase erwies sich die kommunistische Politik als janusköpfig: Einerseits wurden Tausende von Bundisten und Zionisten nach Sibirien verbannt. Andererseits initiierte die Partei 1927 bis 1930 eine großangelegte Kampagne gegen den Antisemitismus, nachdem im Zuge der Kampagne gegen den »Nepman«, also die im Zuge der »Neuen Ökonomischen Politik« erfolgreichen Privathändler, in Teilen der Bevölkerung eine zunehmend handgreiflicher werdende Judenfeindschaft wieder zutage trat. Die Auseinandersetzung in der KPdSU (B) und innerhalb der jüdischen Organisationen war letzten Endes eine Kontroverse über die Perspektiven der Minderheitenpolitik, die, wenngleich in einem anderen Koordinatensystem, auch andere nationale Gruppen und die Juden in anderen Ländern umtrieb: Sollte weitgehende Assimilation oder möglichst umfassende Autonomie das Ziel sein? Schließlich erwiesen sich beide Wege als Sackgassen.

Die autonomen Bestrebungen wurden bekämpft. Aber auch die in der Armee, in der Partei und im diplomatischen Dienst aufgestiegenen assimilierten Juden wurden in einer ersten großen Welle des staatlich geförderten Antisemitismus Ende der dreißiger Jahre massiv bedroht. 1939 ordnete Stalin an, den Anteil der einzelnen Nationalitäten im Außenministerium zu überprüfen. Das NKWD ermittelte damals gegen eine »Botschafterverschwörung« und eine »Künstlerverschwörung«, in die im wesentlichen Juden einbezogen gewesen sein sollen. Außerdem wurden im Zuge der allgemeinen Säuberungen mehr als ein Drittel aller jüdischen Generäle der Roten Armee ihres Postens enthoben und zum Teil umgebracht. Nach Abschluß des Hitler/Stalin-Paktes wurden insbesondere Filme und Publikationen eingezogen, die den Antisemitismus der Nazis ins Blickfeld rückten; statt dessen begann eine Kampagne gegen den »reaktionären Rassismus«, welche die Diskriminierung der Schwarzen in den USA akzentuierte.

Das Klima änderte sich erst mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion - trotz der vorhandenen Konzepte und Ideen dauerte es aber noch etliche Monate, bis am 23. April 1942 das JAK öffentlich seine Arbeit aufnahm. Neben den erfolgreichen Bemühungen bei Reisen in die westlichen Länder, mit Unterstützung dortiger jüdischer Prominenz, zum Beispiel Albert Einsteins in den USA, Geld zu sammeln und für verstärktes Engagement im Krieg zu werben, sah das JAK seine Aufgabe zunehmend auch darin, ein Zentrum für die jiddische Kultur und Literatur zu sein. Das JAK gab nicht nur die Zeitung »Ejnikeit« heraus und arbeitete an der Veröffentlichung des *Schwarzbuchs - Genozid an den sowjetischen Juden* (s. KONKRET 4/95), sondern veröffentlichte über 65 Bücher, die über Verfolgung und Widerstand im deutsch besetzten Europa Auskunft gaben. Gegen Ende des Krieges mußte sich das JAK allerdings auch mit antisemitischen Ausschreitungen in den befreiten Gebieten beschäftigen und versuchte, die Interessen der jüdischen Überlebenden gegenüber der sowjetischen Regierung zu vertreten. In diesem Zusammenhang stehen auch Pläne, die Krim zu einem autonomen jüdischen Gebiet umzugestalten. Während Ilja Ehrenburg vor dem Krim-Plan warnte, konzipierten Solomon Michoels, Izik Fefer und andere prominente Repräsentanten des JAK nach Rücksprache mit Außenminister Molotow einen Besiedlungsplan und entwarfen ein Memorandum. Bei der späteren Verfolgung des JAK diente gerade dieses stets mit Mitgliedern der sowjetischen Führung abgestimmte Krim-Projekt als Beleg für die nationalistischen Tendenzen im JAK und war einer der wichtigsten Anklagepunkte in dem 1952 durchgeführten Prozeß, der mit der Ermordung von dreizehn Angeklagten endete und der das Aus für die jiddische Kultur in der Sowjetunion bedeutete.

Nach Recherchen des »Kongresses für jüdische Kultur« in New York »verschwanden« in diesen Jahren 238 Schriftsteller, 106 Schauspieler, 19 Musiker und 87 Maler und Bildhauer. Die in den letzten Jahren des Stalinismus Verurteilten und Ermordeten wurden zwar Mitte der fünfziger Jahre rehabilitiert, veröffentlicht aber wurden die Rehabilitierungsbeschlüsse gleichwie die Berichte über die Verfolgung der Juden in der Sowjetunion erst 1989.

Lustiger hat sich für sein Buch überwiegend auf bereits veröffentlichte deutsche, russische, englischsprachige, hebräische und jiddische Quellen gestützt. Es ist daher ein erster umfassender deutschsprachiger Zugriff auf das Thema, keine alle Fragen beantwortende abschließende Untersuchung. Er wollte auch nicht in erster Linie eine wissenschaftliche historische Arbeit verfassen. Wenngleich er mit seinen Quellen sorgfältig umgeht, wirkt deren Auswahl bisweilen eklektizistisch, werden Einschätzungen oftmals nicht untermauert, die seinen Wertungen zugrundeliegenden Berichte nicht immer quellenkritisch analysiert. Lustiger, der seine Parteilichkeit offenlegt, unternimmt erklärtermaßen aber auch einen anderen Zugriff auf die Verbrechen des 20. Jahrhunderts als theoretische und ideologiekritische Schriften. Er plädiert dafür, »oral history« und die Aufarbeitung von Biographien stärker zu berücksichtigen. Deswegen hat er seinen Band um einen 100seitigen Anhang mit Biographien sowjetischer Jüdinnen und Juden ergänzt. Ansatzpunkte bietet er nicht nur für die historische Forschung, die sich mit dem Thema bislang nur wenig beschäftigt hat. Er postuliert, die Geschichte der Sowjetunion und der sowjetischen Juden müsse neu geschrieben werden und liefert auch einer Linken, die sich durch eine kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Nationalismus erneuern will, umfangreiches Material.

Daß die antisemitischen Kampagnen zwischen dem Vorwurf des »wurzellosen Kosmopolitismus« und dem des »bürgerlichen Nationalismus« oszillierten, daß gerade die auf restlose Anpassung an die internationalistische Politik der KPdSU (B) zielende Politik der Jewsekzija sich in die stalinistische Politik besonders gut eingepaßt hat, wirft die Frage auf, inwieweit ein Antinationalismus, dem kulturelle Autonomiebestrebungen diskriminierter Minderheiten und die Mobilisierung im Namen des Vaterlandes unterschiedslos als nationalistisch gelten, seinen linken Ambitionen gerecht werden kann

---

Arno Lustiger: *Rotbuch: Stalin und die Juden.* Aufbau-Verlag, Berlin 1998, 400 Seiten, 49,90 Mark

Konkret 11/98, S. 44

Gerhard Nordmann

In diesem Sinne - Tycoon Modrow

Die internationale Finanzwelt ist, wir wissen es, in Aufruhr: Kurse fallen, Banken schließen, IWF und Weltbank taumeln von einer Krise in die nächste, Japan, die asiatischen Schwellenländer, Rußland, Südamerika brechen weg, Dax und Dow stürzen wie schwindsüchtig in den Keller. die Inflation galoppiert, Kapital wird vernichtet - und warum das alles, was steckt dahinter? Nichts anderes offenbar als das: Die edition ost, ein kleiner 1991 gegründeter Berliner Verlag, der sich mit Modrow-Büchern, Gaus-Nachdrucken und Funktionärs-Rückblicken über Wasser hält, ist expandiert und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Verleger Frank Schumann, ehemaliger stellvertretender Chefredakteur der »Jungen Welt«, begründet den gewagten und notwendigen Schritt so: »Natürlich hätte sich auch eine GmbH angeboten. Wir sagten uns jedoch: Wenn schon Kapitalismus, dann mit aller Konsequenz - die sollen uns noch kennenlernen!« Und seitdem zittert die Weltwirtschaft vor der edition ost AG mit Hauptsitz in Berlin-Treptow.

Was eine richtige Aktiengesellschaft ist, die braucht natürlich einen Aufsichtsrat, dessen Posten hier von den Neokapitalisten Hans Modrow und Lothar de Maizière sowie von Willy Brandts Sohn Peter eingenommen werden: Drei Kapazitäten und Verlagskapitäne, die sich, Schumann zufolge, einig darin sind, daß das » Verlagsprogramm einen Beitrag zur inneren Einheit Deutschlands leistet. Mit ihrer Prominenz, ihren Kontakten und Erfahrungen wollen sie unsere Bemühungen aktiv unterstützen.« Das ist schön und freut natürlich Großaktionär Schumann, der seinen halben Garten für den die Welt das Fürchten lehrenden Verlagskoloß drangeben mußte.

Modrow und de Maizière im Aufsichtsrat - es ist wie einst im Mai, nur daß damals das Unternehmen, in dessen Aufsichtsrat sie saßen, DDR hieß. Schon damals haben sie gezeigt, welchen Beitrag sie zur inneren Einheit Deutschlands leisten können. Damals wackelte der Kapitalismus nicht wirklich. Das sieht heute, nachdem die Nachfolgeorganisation der DDR auf ihre optimale Betriebsgröße geschrumpft ist, ganz anders aus.

Konkret 11/98, S. 44

Michael Schilling

In diesem Sinne - Brave neue Welt

Ein echter deutscher Mann mag keine Bolschewisten leiden, doch ihre Aufträge bestätigt er gern. Und so meldet die Fa. Herr und Hundt, auch Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände genannt, gänzlich ungerührt:

Kuba ist in Deutschland vor allem als touristisches Ziel bekannt. Abgesehen von einigen großen Firmen sind nur wenige deutsche Unternehmer dort tätig. Zur Zeit ist eine vorsichtige Öffnung des kommunistischen Landes zu beobachten. Die Industrie- und Handelskammer Köln möchte gern unter den ersten sein, die die Chancen für deutsche Geschäfte in Kuba untersuchen und nutzen. Zusammen mit der kubanischen Botschaft in Bonn werden Firmenkontakte vor Ort organisiert. Sollten Sie Interesse haben, wenden Sie sich bitte ...

Wie der Castro sähen sich auch der Bisky, der Gysi und der Brie gern von der deutschen Bourgeoisie umworben, die aber ihre Gunst seit jeher lieber zahlungskräftigen Kommunisten als pleitegegangenen Sozis verleiht. Was in diesem Fall freilich nicht den Ausschlag gegeben hat, weil auf und mit der Insel der Revolution nicht einmal das Trinkgeld für den Schnaps zu verdienen ist, den ein deutscher Handelsmann braucht, seinen Ekel vor solchen Geschäftspartnern hinunterzuspülen.

Die IHK Köln nämlich ist zwischen Santiago und Havanna in durchaus höherem Auftrag unterwegs, als zivile Eingreiftruppe im Kalten Krieg zwischen Deutschland und den USA. Nicht obwohl die USA Kuba blockieren, möchte die IHK Köln unter den ersten auf der Insel sein, sondern weil die USA jeden Bruch der Blockade als Erniedrigung empfinden.

Zur »low intensity warfare« dieses neuen Kalten Kriegs gehört, daß die Parteien von ihren Verwundungen kein Aufheben machen. Und ihre Rache kalt genießen, indem in diesem Fall die USA in einem ihrer Gegenzüge eine Neuordnung der Uno hintertreiben, und zwar keineswegs, obwohl die alte noch aus dem heißen Krieg gegen Deutschland stammt, sondern weil sie das tut und alle Welt immer wieder daran erinnern soll, wer diesen Krieg verloren hat, warum mit wieviel Recht. Und so hat der Herbst der Menschheitsgeschichte auch für unsereinen noch ein paar schöne Tage.

Konkret 11/98, S. 44

Oliver Tolmein

In diesem Sinne - Polizisten sind auch nur Angeklagte

Es war kein Thema für die ersten Seiten, und in der »Taz«fühlte sich auch gerade mal der Anwalt des Betroffenen berufen, den Freispruch für die Täter resigniert und auch ein bißchen empört zu kommentieren. Daß der Bundesgerichtshof die Beamten, die den Journalisten Oliver Neß mißhandelt haben, freisprechen und damit ei . n ohnedies schon gnädiges und mildes Urteil des Landgerichts Hamburg aufheben würde, hat zwar vor Verhandlungsbeginn kaum jemand vorhergesehen, nach dem Richterspruch will aber auch nicht mehr als lauer Protest aufkommen. Die routinierten Reaktionen dokumentieren so, wie weit die Gewöhnung an Polizeigewalt fortgeschritten ist: Die Medien sind nicht mal bereit, über das Übliche hinaus zu denken oder gar zu handeln, wenn es um einen der Ihren geht, wenn nicht nur Bürgerrechte und das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit, sondern auch die Pressefreiheit auf Schlagstockmaß zusammengepreßt wird. Es gibt ja derzeit auch viel Spannenderes und Wichtigeres: Koalitionsverhandlungen. Wenn aber nicht mal mehr die bestens vom Fernsehen dokumentierte, überaus brutale Attacke von Beamten auf einen Journalisten, der erkennbar nichts anderes tut, als seiner Arbeit nachzugehen, zu einer Verurteilung reicht, wenn die Polizei, die einem Medienmann mit fachgerechten Griffen die Gelenkkapsel sprengt und die Bänder zerreißt, dafür nicht einmal mehr mit einer Geldbuße belangt wird, was soll dann der schwarzafrikanische Flüchtling, die russische Illegale im Fall eines Übergriffs tun? Die Justiz können sie jedenfalls künftig vergessen.

Die Aufregung über das Immunitätsprotokoll für Europol, die die Medien in der BRD wochenlang umgetrieben hat, mutet angesichts der Lizenz zum Zuschlagen, die der deutschen Polizei ganz ohne Immunitätsregelung einfach durch die Rechtsprechung verliehen wird, wie ein müder Witz an. Daß amnesty international das BGH- Verfahren nicht beobachten konnte, weil sich die obersten deutschen Strafrichter nicht in der Lage sahen, ihre Termine vorab mitzuteilen, macht die Stimmung in der Justiz deutlich: Kritik, schon gar von internationaler Seite, ist nicht erwünscht.

Ach ja: Der 5. Senat des Bundesgerichtshofes, der den Fall verhandelt hat, gilt als der liberalste BGH-Strafsenat. Irgendwie ist aber auch er seiner Linie treu geblieben: Die Angeklagten sind zu ihrem Recht gekommen.

Konkret 11/98, S. 46

Rayk Wieland

Hymnen fürs Volk

1. Reporter: Neuer Trommelwirbel. Neuer Einsatz. Und im selben Moment betreten eintausendfünfhundert Sänger und Sängerinnen, die Fischer-Chöre, das Stadion. Die Damen in langen dunkelroten Samtgewändern, die Herren im blauen Anzug, fleischfarbenes Oberhemd, blaue Krawatte, bunten Strümpfen, bunten Röcken und Blusen.

Stadionsprecher: Wenn Sie, meine Damen und Herren, alle mitsingen, erleben wir gemeinsam mit Millionen von Fernsehzuschauern den größten Chor der Welt.

1. Reporter: Sie hams mitbekommen, meine sehr verehrten Zuhörer, und ich darf Sie auch auffordern, wenn Sie zuhause jetzt unserer Sendung folgen und die Melodien erkennen, summen auch Sie mit: Laßt uns alle Brüder werden...

Ror Wolf. »Rückblick auf große Tage«

Wo man singt, da laß dich ruhig nieder,

Böse Menschen haben keine Lieder.

Deutsche Volksweisheit

Dies dürfte die Generalutopie sein, und sie ist verbreitet wie nichts Gutes: die Sehnsucht nach der Gemeinschaft der Singenden, die sich qua Singerei als durch die Bank friedfertig erweisen und mit edelmütigstem Gastfreundschaftsgebaren jedem dahergelaufenen Wandervogel inmitten ihrer traulichen Sangesrunde Asyl gewähren. Erstaunlich, mit welcher Beharrlichkeit sie seit Jahrhunderten lebendig blieb und mählich Oberhand gewann in einer Gesellschaft, in der heute kaum ein Platz vorstellbar ist, an dem kein Lied erschallt. Im letzten Drittel dieses Jahrhunderts singt nahezu jeder und wird alles around the clock besungen, und wo zwei sich treffen, um ein paar Worte ohne Noten zu tauschen, kann man sicher sein, daß im Hintergrund jemand einen Gesang an die Anwesenden richtet. Musik erklingt, wenn die Kleinen zur Nacht und die Großen zur letzten Ruhe gebettet werden, wenn Christen die Hände falten, wenn Armeen marschieren, wenn Friedensfreunde zusammenstehen, wenn Afrika hungert, wenn Tauben vergiftet werden im Park und wenn Völker sich zum letzten Gefecht aufmachen bzw. anstatt dessen. Der Sangestrieb ist, auch wenn Freud ihn mitzuerwähnen vergaß, die Superdominante der menschlichen Geschichte, und nicht auszudenken ist, wenn der allgemeinen Kommunikation einmal sämtliche Melodien abhanden kämen und bloß die dürren Worte übrigblieben, welche ihnen in der Regel beigegeben: nicht nur für Operngänger dürfte eine Welt zusammenbrechen.

Auch für Frühstücksradiomoderatoren, Olympiamannschaften, Fischer-Chöre, Staatsparadeorchester und Fußballfanblöcke brächen schlechte Zeiten an. Die großen Religionen müßten sich was anderes einfallen lassen. Dr. Motte könnte keine neue Platte mehr auflegen. Es gäbe keine Nationen, jedenfalls keine, wie wir sie kennen. Und die Menschheit wäre von einigen ihrer ärgsten Übelstände befreit.

Es unterschätzt, wer bei diesen Spekulationen mangelnden Ernst bemängelt, die identitätsstiftende Funktion aller Musik, zumal in Zeiten, wo die personalen Bande zwischen den Menschen mehr und mehr »verdinglicht« werden. Musik leimt heute mehr Leute zusammen als irgendein anderer sozialer Klebstoff, und offenbar ist der Leimbedarf sehr hoch. Mittlerweile sind so viele der öffentlichen Kommunikationsweisen mit Musik verkleistert, daß man sich wundert, daß es noch Zeitungen gibt. Nichts geht mehr ohne Musik - mit Musik dagegen alles. Die Love-Parade ergreift und mobilisiert die Massen, nicht die Theorie. Rave-o-lution ist aber trotzdem kein Schreibfehler.

Die DDR hätte sich, wäre ihre Musik eine bessere gewesen, wohl nicht so unrühmlich auseinandernehmen lassen, wie sie's bekanntlich tat (die PDS versuchte jetzt, mit ihrem national-sozialistischen Wahlkampfsong »Das ist immer noch mein Land« die Geschichte zu korrigieren, aber zu spät), und mindestens in einer Hinsicht war ihr Abgesang bedauerlich: in Hinsicht Hymne. Ein Lied ist eine Hymne, wenn alle mitsingen, sei es aus Begeisterung (»We all live in the yellow submarine«) oder aus Staatsräson (»Einigkeit und Recht und Freiheit«) oder aus beidem (»Horst-Wessel-Lied«). Die DDR hatte indes eine Hymne, die keiner singen durfte. Sie war einer der wenigen Staaten, dessen Volk seit Anfang der 70er Jahre die eigene Hymne zu singen verboten war. Johannes R. Bechers Zeilen: »... daß ein neues Deutschland blühe, Deutschland, einig Vaterland«, schienen nicht mehr opportun. Das Zentralorgan hieß (und heißt) zwar weiterhin »Neues Deutschland«, doch singen sollten das seine Leser nicht auch noch. Sie taten's dann, kein Witz, aber heimlich und sangen dergestalt und mit Erfolg gegen ihr Land an.

Mit dem Wechsel der Staatszugehörigkeit sangen die »Neubundesbürger« dann gleich das »Lied der Deutschen«, und vielerorts seine erste Strophe, vermutlich weil sie dachten, diese sei verboten. Das war aber ein Irrtum. Bis 1990 wurden, nach einem Schriftwechsel zwischen Theodor Heuss und Konrad Adenauer im Jahre 1952, alle drei Strophen des Liedes »als der Nationalhymne zugehörig betrachtet« (Bundesministerium des Innern), wobei auf staatlichen Veranstaltungen nur die dritte Strophe gesungen werden sollte. Seit 1990 genießt nur mehr sie »den Schutz als staatliches Symbol«, doch dem Absingen der ersten beiden Strophen stehen keine bundesrechtlichen Vorschriften entgegen. Das ist politisch weise, denn offenbar läßt sich, wie das Beispiel DDR gezeigt hat, ein Volk seine Hymne nicht ohne weiteres verbieten. Es hält an ihr fest wie an einem Verdienst, das ihm zukomme.

Der parlamentarische Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Werner Schulz, hat jetzt den Vorschlag gemacht, Deutschland solle sich eine neue Nationalhymne geben, und zwar die »Kinderhymne« von Bertolt Brecht (»Anmut sparet nicht noch Mühe« usw.), die wahlweise nach Beethovens »Ode an die Freude« oder zur Melodie der deutschen oder ehemaligen DDR-Nationalhymne gesungen werden könne. Dies wäre, meint Schulz, ein Beitrag zur inneren Einheit und würde symbolisieren, daß die Vereinigung beider Teile Deutschlands stattgefunden habe. Der Vorschlag stieß, außer bei Jürgen Trittin, allenthalben auf Ablehnung - »absolute Schnapsidee« (Westerwelle), »Anschlag auf das Nationalgefühl« (Protzner) -, doch durchaus zu befürchten bleibt, daß mit der Einrichtung der sog. Berliner Republik die Hymnenfrage erneut aufs Tapet kommen könnte.

Über eine Landeshymne kann man, was man über einen Popsong nicht kann: streiten. Allerdings ist nicht die Frage, mit welchem Liedgut ein Volk seine »nationale Identität« symbolisch anerkennt, sondern der Liedbedarf überhaupt das Problem. Kein Mensch mit einem intakten Kopf zwischen den Ohren wird diesem Generalblödsinn etwas abgewinnen können, und es mag dahingestellt bleiben, was angemessener ist: wenn seinerzeit NVA-Soldaten mit dem Lied »Spaniens Himmel« zum »Essenfassen« marschierten oder wenn die Bundeswehr mit Brechts »Kinderhymne« im Mannschaftswagenlautsprecher in Jugoslawien interveniert? Die Nazis, als sie in Belgrad saßen, hörten jedenfalls »Lilli Marleen«.

Der Gesang von Staats wegen verhält sich zur Freizeitsingerei freilich wie das kleinere zum größeren Übel. Der Umstand, daß heute nichts ohne Musik- und Gesangsbegleitung mehr vorstellbar ist und z. B. die Privatpräferenz irgendeines Oasis-Schlagersängers den Wahlausgang in Großbritannien beeinflußt, verweist auf ein sehr starkes Bedürfnis: Wo Musik so penetrant-permanent erklingt, ist sie offenkundig vonnöten, und es stellt sich die Frage: vonnöten wozu? Anders gestellt, lautet die Frage: Was macht diese unerträgliche Kommunikationssorte erträglich?

Als die »Titanic« sank, suchte sich zu retten, wer konnte. Es konnten wenige. Die alberne Musikkapelle, ist überliefert, spielte sturheil bis zum trostlosen Ende.

Konkret 11/98, S. 50

Carsten Otte

Kunst & Gewerbe

Kulturstadt 1

Vor dem Nationaltheater in Weimar, meldet die »Thüringer Allgemeine«, träfen sich die Nazis der Stadt, um dort ausländische Besucher anzupöbeln und sie zur sofortigen Rückkehr in ihr Heimatland aufzufordern. Der Platz vor dem Theater sei vor allem nachts nicht mehr passierbar. Vor drei Jahren schon sei eine Studentin aus Hongkong von Nazis mit Bier übergossen und vom Platz verjagt worden. Thüringens Innenminister Gregor Lehnert weiß nicht, was er tun soll: »Sowohl die rechtsextremen Vorfälle als auch die ständige Präsenz von Polizei könnten das Ansehen Weimars beschädigen.« Die Goetheschillerstadt darf sich im kommenden Jahr »Kulturstadt Europas« nennen.

Kulturstadt 2

Ein 21jähriger Österreicher hat in Berlin am 9.9.1998 einem 17jährigen Deutschen ein Hakenkreuz auf den Jackenrücken gemalt.

Unter Schmöcken 1

Hellmuth Karasek habe ein peinliches Buch *(Das Magazin,* Rowohlt, Reinbek 1998, 429 Seiten, 45 Mark) über seine »Spiegel«-Zeit geschrieben. Das schreiben und sagen die Leute, die das Buch gelesen oder besser: »angelesen« haben. Die Kritiker verzeihen allerdings dem ehemaligen Kulturredakteur Karasek so manche Peinlichkeit. Augsteins Blatt, das hat schon ein anderer Ex-»Spiegel«Redakteur, nämlich Christian Schultz-Gerstein, vor vielen Jahren in seinem Bericht über den »Eigentümer« in der »Szene Hamburg« beschrieben, verläßt kein Journalist ohne psychische und physische Schäden. Karaseks »Spiegel«-Buch, befinden die Kritiker erstaunlich einmütig, sei zwar besonders peinlich, aber, so meint zum Beispiel der »Spiegel«-Kritiker Peter Brügge, auch diese besondere Peinlichkeit verzeihe man dem »Weltmann« (Brügge über Karasek): »Bis zum übernächsten >Literarischen Quartett<« sei sogar Karaseks »Duft von Stilblüten (>Ein wütender Speicheltropfen<)« vergeben. Da mufft's also, und kaum einer will lüften? Warum auch? Das Karasek-Buch verschafft dem Schreiber einen gutbezahlten Auftrag.

Dennoch schlechte Laune') Die Kritiker wundern sich, daß das Buch (Karasek: »Ich will nicht Goethe sein«) so peinlich ist. Über den Anruf eines »Woche«-Mitarbeiters wird sich Friedrich Küppersbusch einerseits gefreut haben. Aber: »Andererseits hätte Hellmuth Karasek einfach ein besseres Buch schreiben können«, meckert Küppersbusch, obwohl er genau weiß, daß Karasek dies nicht kann. Der Groll muß andere Gründe haben. Zahlt »Die Woche« so schlecht?

Wer nur die Rezensionen kennt und die Scharteke nicht zu lesen braucht, muß sich hüten, den Karasek nicht doch zu bemitleiden. Der Gescholtene wird selbst von seinen neuen Kollegen nicht ernstgenommen. Der Berliner »Tagesspiegel«, dessen Mitherausgeber Karasek angeblich ist, beauftragte Wiglaf Droste, *Das Magazin* in der Verlagsbeilage zu rezensieren. Nur Droste verzeiht dem Karasek seine Peinlichkeiten nicht: »Wolf unter Wölfen möchte er sein, der Karasek, und ist doch bloß: ein Schmock unter Schmöcken.« Als wolle er Drostes Kritik bestätigen, gibt Karasek schmollend in der »B.Z.« bekannt: »Das waren alles Leute, die alte Rechnungen begleichen wollten. Das ist sehr leicht zu durchschauen, das ist purer Neid.« Durchschauen, was eigentlich? Neidisch, worauf eigentlich? *Ma*gazin-Leser wissen mehr.

Unter Schmöcken 2

Der Ex-»Spiegel«-Redakteur Michael Fischer hat ebenfalls ein Buch über den »Spiegel« geschrieben, und wieder heißt das Hamburger Blatt: »Das Magazin«. Warum nennen die Ex-»Spiegel«Redakteure den »Spiegel« nicht einfach »Der Spiegel«? Kein Verlag wollte Fischers Roman drucken, der immerhin nicht »Das Magazin« heißt, sondern den schlichten Titel *Skorpion!* trägt. Auch die Münchner Literaturagentur Axel Poldner konnte die Ware nicht verkaufen, und so stellte Michael Fischer *Skorpion!* ins Internet (http://www.regio3.de/skorpion). Der Autor gibt an, daß bislang mindestens 3.500 Neugierige seinen Roman aufgerufen hätten. Jetzt weiß man immerhin, wie viele »Spiegel«-Mitarbeiter es weltweit gibt. Was man nicht weiß: Wie wird man Literaturagent« Die von »Axel Poldner lektorierte Textfassung« enthält dermaßen viele Rechtschreibfehler, daß Fischer sich über die Poldner-Pleite nicht zu wundern braucht. *Skorpion!* ist im Bestseller-Format geschrieben, nämlich wie eine »Spiegel«-Geschichte: Es treten Personen auf, die es wirklich gibt (Rudolf Augstein), die schon gestorben sind (Christian Schultz-Gerstein), diese Personen tragen aber andere Namen (Jahn, Schütz u. a.). Da gibt es - wie das bei »Magazin«-Romanen wohl üblich zu sein scheint -halbgeheime Fick-Geschichten zu lesen, der »Magazin«-Herausgeber Jahn (Augstein) spannt seinem »Magazin«-Redakteur (Schultz-Gerstein) die Freundin aus, und dann tötet Jahn im Suff seine Ex-Ehefrau. Schütz wird von seinem Ressortleiter Wendig (da ist er wieder: Karasek) aus

dem »Magazin« geekelt, von allen verlassen schreibt Schütz noch eine »weinerliche Haßtirade« auf Jahn (»Der Eigentümer«, »Szene Hamburg« 12/1986) und stirbt schließlich im Drogenrausch. Jahn vergießt eine Träne, darf aber nicht zur Beerdigung. Die Polizei nimmt Ermittlungen auf.

Auf die Frage, was an der Skorpion!-Geschichte wahr und was erfunden sei, antwortet Michael Fischer: »30 Prozent wahr, 70 Prozent erfunden.« Skorpion!-Leser wissen mehr.

Besudelung

Als Thomas Bernhards »Heldenplatz« im Wiener Burgtheater aufgeführt wurde, titelte die »Neue Kronen Zeitung«: »Der Steuerzahler soll für Österreich-Besudelung auch noch bezahlen.« Die »Österreich-Besudelung« bestand darin, daß in »Heldenplatz« wie auch in anderen Bernhard-Stücken über den österreichischen Nationalsozialismus und den österreichischen Katholizismus gesprochen wird. Bernhard wußte, daß nach dem Tod der Staatsfeind zum Staatskünstler wird, daß der Besudelnde irgendwann besudelt wird, und so verbot er den Landsleuten per Testament, seine Stücke aufzuführen oder sonst irgendwelchen Gewinn aus ihnen zu schlagen. Solange die Verfügung noch gilt, muß der Autor also im Ausland gefeiert werden. Zum Beispiel in Deutschland. Die »Peter-Weiss-Stiftung für Kunst und Politik e. V.« hat mit freundlicher Unterstützung unter anderem der Österreichischen Botschaft und des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung im Haus des Deutschen Bundestages in Berlin eine Ausstellung mit Bernhard-Fotos organisiert, und zwar als Auftakt für den internationalen Kongreß »Thomas Bernhard und die Weltliteratur. Intertextualität, internationale Rezeption und kulturelle Perspektiven«. Dort durfte dann auch noch die Wissenschaft das Werk besudeln: Bernhard und Habermas, Bernhard und seine Schallplatten, das Essen und Bernhard, Heimito von Doderer und Bernhard, Monomanie und Bernhard, kulturelle und literarische Kontexte der Geisteskrankheit bei Bernhard. Der Wahn des Autors, das hat der Kongreß gezeigt, ist nichts gegen den seiner Fans. Bernhard hätte allerdings auch solche Veranstaltungen weltweit verbieten lassen können. Wer tot ist, hat trotzdem nichts mehr zu sagen: Die Verwalter seines Erbes und sein Verleger Siegfried Unseld, die kürzlich eine Thomas-Bernhard-Stiftung zwecks Verbreitung der Kunst ihres Namensgebers gegründet haben, arbeiten derzeit erfolgreich daran, Bernhards Testament aufzuheben. Darüber wurde in Berlin nur am Rande diskutiert, die Kongreß-Teilnehmer waren sich einig: Die Texte des Staatsfeindes gehören zum »Kanon der Weltliteratur«, seien demgemäß große Staatskunst. Und der Staatskünstler kann dem Volk nicht vorenthalten werden. Thomas Bernhard: »Das Volk ist blöd und stinkt.«

Männer 1

Die deutsche Bierproduktion sinkt jährlich um ein bis zwei Prozent.

Männer 2

»Ich bin typisch deutsch. Und dazu gehört eben auch, sich ständig untypisch deutsch fühlen zu wollen«, sagt die deutsche Filmemacherin Doris Dörrie (»Männer«), und man fragt sich, was für Typen ihre Filme sehen.

Schreiben und Stechen

Der Berliner Gerichtsreporter Dietmar J. hat jahrelang über den Prozeß gegen den früheren Staats- und Parteichef Egon Kreuz berichtet und drei Bücher zum Thema veröffentlicht. Jetzt sitzt der 46jährige selbst auf der Anklagebank. »Wer sich mit mir anlegt, lernt mich kennen«, drohte Dietmar J. seiner Freundin, die mit dem Gerichtsreporter nichts mehr zu tun haben wollte. Ganz Journalist verfaßte er Flugblätter, auf denen er die Öffentlichkeit über angebliche Sexualpraktiken der verfluchten Freundin informierte. Auch das konnte die Angebetete nicht umstimmen. Da stach der Gerichtsreporter der Unwilligen eine Schere in den Hals. Dietmar J. wurde schon in früheren Verfahren wegen Vergewaltigung und gefährlicher Körperverletzung zu über 18 Jahren Haft verurteilt. »A never ending story«, sagte ein Reporter beim Verlassen des Gerichtssaales beeindruckt, als reiche ihm das Schreiben auch schon lange nicht mehr.

Wunschmusik

Deutschlands Politiker hätten ihm zwar »persönlich zum siebzigsten Geburtstag gratuliert«, zu seinen Uraufführungen komme allerdings nie ein prominenter Politiker, hat sich der Komponist Karlheinz Stockhausen beschwert, aber selbst wenn die »prominenten Politiker« kämen, wäre das dem Stockhausen immer noch zu lausig: »Früher gehörte Musik zur allgemeinen Bildung, zu Uraufführungen kamen Könige und Kaiser.«

Große Koalition

Albert Darboven (Unternehmer), Dieter Thomas Heck (Entertainer), Gunther Emmerlich (Sänger), Professor Ludwig Güttler (Musiker), Dr. Jürgen Heraeus (Unternehmer), Heiner Lauterbach (Schauspieler), Professor Hartwig Piepenbrock (Unternehmer), Otto Rehhagel (Fußball-Lehrer), Professor Wolfgang Sawallisch (Dirigent) und Jens Weißflog (Olympia-Sieger) haben vor der Bundestagswahl mit ganzseitigen Anzeigen für ihren Lieblingskandidaten geworben: »Jeder muß wissen, was jetzt auf dem Spiel steht. Helmut Kohl mit seiner Tatkraft und Erfahrung ist der richtige Mann, um Deutschland auf klarem und verläßlichem Kurs in eine gute Zukunft zu führen.« Die Wähler haben gewußt, was auf dem Spiel stand. Es ging um die gute Zukunft der Herren Albert Darboven (Unternehmer), Dieter Thomas Heck (Entertainer), Gunther Emmerlich (Sänger), Professor Ludwig Güttler (Musiker), Dr. Jürgen Heraeus (Unternehmer), Heiner Lauterbach (Schauspieler), Professor Hartwig Piepenbrock (Unternehmer), Otto Rehhagel (Fußball-Lehrer), Professor Wolfgang Sawallisch (Dirigent) und Jens Weißflog (Olympia-Sieger).

Carsten Otte

Hamburger Anthologie*

DIE MAUER

Als wir sie schleiften, ahnten wir nicht
wie hoch sie ist
in uns

Wir hatten uns gewöhnt
an ihren horizont

Und an die windstille

In ihrem schatten warfen
alle keinen schatten

Nun stehen wir entblößt
jeder entschuldigung

Reiner Kunze gehört zu den Leuten, die nur wenige Worte machen, obgleich sie noch weniger machen sollten und eigentlich gar keine machen können. Sein neuer Gedichtband »ein tag auf dieser erde« (S. Fischer), der kurz nach Erscheinen schon in die vierte Auflage geht, versammelt vor allem besinnlichen Stuß und sog. Innenansichten, in denen die lyrischen Ichs und Dus fortlaufend niederknien und zahllose »schiffe ankern«. In nebenstehender Gewissensrede besinnt sich Kunze einer Mauer in ihm bzw. uns, die er schleifte, ohne zu wissen, wie hoch sie in ihm bzw. uns aufragte. Dennoch hatte er bzw. hatten wir uns an ihren »horizont« gewöhnt und auch an »windstille« und »schatten«. Nachdem aber die Mauer in ihm bzw. uns abgetragen ist, steht er bzw. stehen wir entblößt - jeder Mauer? Nein: »jeder entschuldigung«. Tss, tss. Wenn Kunze hiermit andeutet, daß es keine »entschuldigung« dafür geben könne, daß die Mauer geschleift wurde, dann ist das natürlich vollkommen richtig. Kunze meint jedoch, wie wir zu wissen meinen, ca. das Gegenteil hiervon. Kann's aber, s.o., und dafür gibt's nun keine »entschuldigung«, nicht sagen. In einem Punkt freilich können wir den Schleifer beruhigen: Er hatte schon immer einen Schatten. -

geschliffener Gedichte

Konkret 11/98, S. 52

Jürgen Roth

Multiple voice
Auschwitz der Psychotherapeuten

Teilte sich die Holocaust-Literatur bisher in die Literatur der Überlebenden und die von Nicht-Opfern, droht diese Unterscheidung neuerdings problematisch zu werden. Jürgen Roth und Günther Jacob über den »Fall Wilkomirski«

Die Vorspiegelung falscher Tatsachen wird nicht dadurch zur Literatur daß das Publikum gutgläubig ist.

Ruth Klüger

Noch am 3. September 1998 feierte der Historiker Wolfgang Benz in der Z »Zeit« Binjamin Wilkomirskis *Bruchstücke - Aus einer Kindheit 1938-1948* als »Darstellung, die dem Leser nachvollziehbare Einsichten in die komplexe Tragödie des Holocaust vermittelt wie kaum ein anderes Dokument«. Abgesehen davon, ob Auschwitz auf »nachvollziehbare Einsichten« reduziert werden und sich die Kritik veranlaßt sehen muß, Freude ob der Tatsache zu empfinden, daß die Shoah, literarisiert, nunmehr die ästhetische Kohärenz einer »komplexen Tragödie« und damit Züge des durchgebildeten Kunstwerks gewinnt, der Text also jenen Sinn stiftet, der nicht zu stiften ist - abgesehen von derart skrupulösen Einwänden, dünkt bemerkenswert, wie Benz, ohne nur einen einzigen Hinweis zu geben, den »literarischen Rang« der *Bruchstücke* unterstreicht und diese Stimmigkeit neben die »Authentizität« des Stückes stellt. Offenbar gewinnt Zeugnisliteratur an »Glaubwürdigkeit«, sobald sie kunstfertig und nicht schmucklos auftritt. Ob Texte von »literarischem Rang« stärkere Einfühlungsangebote unterbreiten oder - nämlich seit den Avantgarden - sich den Mitteln der Brechung und Ironisierung bedienen, bleibt unklar. Der Erfolg der *Bruchstücke* allerdings, glaubt man den nahezu einhellig triumphalen Rezensionen nach ihrem erstmaligen Erscheinen 1995, resultiert vornehmlich aus ihrer artistischen Vollendung.

Zahllose Übersetzungen, drei Dokumentarfilme und nicht zuletzt die Hymnen des Feuilletons kanonisierten einen Text, der offensichtlich in Unkenntnis der Bücher von Primo Levi oder Ruth Klüger als erster adäquater »Ausdruck« des Holocaust begriffen wurde. Wilkomirski absolvierte Vortrag über Vortrag, trat vor Schulklassen und bei Lesungen auf und avancierte zu einer Art Star unter den Überlebenden.

Erst am 27. August dieses Jahres (und eine Woche vor Erscheinen des Benz-Essays) attackierte Daniel Ganzfried in der Schweizer »Weltwoche« Wilkomirskis »geliehene Holocaust-Biographie«. Er wies nach, daß Wilkomirski am 12. Februar 1941 zu Biel geboren und 1945 vom Ärztepaar Doessekker adoptiert worden war. »Dieser Zeuge war nie in der Hölle.«

»Mit fast religiöser Ehrfurcht«, so Jörg Lau in der »Zeit« vom 17. September, habe man 1995 die *Bruchstücke* wahrgenommen. Von der »dunklen proustianischen Erinnerung« (»New York Times«), referiert er, war die Rede, und »The Nation« schwang sich zu der spätestens heute obszön anmutenden Empfehlung auf. »Dieser Mann hat überlebt - wir wissen nicht, wie, seine geistige Gesundheit scheint ein Wunder -und er überläßt dieses Geschenk von nahezu perfektem Schmerz einer Welt, die immer noch bereit ist, die Unschuldigen zu zerstören. «

Die Perfektion des »unerhörten Dokuments« (Lau) bezog ihre rekordverdächtigen Qualitäten womöglich aus dem drastischen Realismus der Gewaltszenen, die zum ästhetischen Ereignis deklariert wurden, weil sie, direkt, kompakt, filmartig, unbeschreibliche Grausamkeiten in die Artifizialität des effektvollen Bildes kleiden. Daß Kunst Distanzen produziert, indem sie Wirkliches überhöht oder verschiebt, konstituiert ihre Attraktion. An Stellen, an denen sich Blutfontänen ergießen oder Ratten aus Leichenbergen kriechen, entlehnt Wilkomirski die Sprache des Splatter-Movies, um zugleich die »Grobheit der Darstellungen« (Ganzfried) durch mechanisch eingefügte Reflexionen und Exkurse über das Problem des Erinnerns abzufedern: »Es sind Gedächtnisbrocken, in denen meine Brüder eingeschlossen sind, gleichsam wie Urgestein in einem großen Geröllfeld frühen Erinnerns.«

Wilkomirski beteuert, er sei kein Schriftsteller; gleichwohl stellt er seinen Notaten in einer vom Jargon der Mißbrauchs-Psychiatrie getränkten Diktion unermüdlich Authentizitätszertifikate aus, deren abstrakten Beglaubigungscharakter ostentativ überladene, verkitschte, um des Kontrastes willen plastische Topoi legieren. Im Wissen, daß Wilkomirski der Methode der »interdisziplinären Therapie« anhängt, liest sich sein Bericht wie das Protokoll therapeutischer Einflüsterungen, denen das eine und einzige Motiv der (unterschiedslos) strafenden Erwachsenenwelt vorgeordnet ist. Den größten Raum nehmen Passagen über seine »Verschleppung« aus Auschwitz und die Disziplinierungstechniken der Adoptiveltern ein, und durch diese Blende wirft er den Blick auf die vorgeblich eigene Kindheit in Majdanek und Auschwitz.

»Spezialisten« hätten ihm »geholfen, manche unerklärlichen Erinnerungsfetzen zu deuten, Orte und Menschen zu identifizieren und einen möglichen historischen Kontext wie auch eine mögliche, einigermaßen logische Chronologie

herzustellen«. Diese Reihung aus zwanghaft vorgetragenen Memorierexperimenten und »poesiealbumhaftem Pathos« (Ganzfried) soll Wilkomirskis »Suche nach Befreiung« von einer Welt dokumentieren, die nicht in Auschwitz ihren Ausgang nimmt, sondern »in einer Gesellschaft, die nicht zuhören wollte oder konnte« (Wilkomirski).

Längst ist hier nicht mehr von Belang, ob die *Bruchstücke* tatsächlich Geschehenes bergen oder - als Roman gelesen - mögliche Tatsächlichkeiten konstruieren. Der Text »ist gezeugt worden aus dem Geist einer anmaßenden Psychotherapie, die sich zutraut«, bemerkte Jörg Lau zu Recht, »Lebenssinn und gar eine >Identität< zu erzeugen, indem sie als >historische Wirklichkeit(akzeptiert, unterstützt und bestätigt, was auch immer vom Klienten vorgebracht wird.« Genau darin liegt wohl der Erfolg der *Bruchstücke* begründet: dem Ton kultivierter Unbestimmtheit, sobald das eben für wirklich Gegebene als Produkt der Erinnerung bearbeitet wird, der suggestiv-naiven Beglaubigung des Imaginierten, dem Thema der »Identitätssuche« schlechthin, en bloc der Überzeugungskraft eines negativen Entwicklungsromans, der die Zerstörung des Subjekts in die Sphäre der »vergessenen Erinnerung« verlegt. Während Primo Levis Schilderungen des namenlosen Grauens zu behaupten versuchen, was sich - kaum möglich - die Humanität der Aufklärung nennen ließe, kombiniert Wilkomirski seine Miniaturen mit den hilflosen Versuchen des allererst therapeutisch fixierten Kindes, mächtige Anonymitäten zu deuten: »Ich begriff nicht, was sie sagte. Was bedeutet das: dahle? Ich hatte es vergessen, ich weiß es heute noch nicht. Sie sprach es aus mit einem sehr langen, dunklen aah. Und was bedeutete Mutter? Ich hatte keine Erinnerung!«

Wilkomirskis Introspektionen müssen retardierend prätentiös und vage zugleich (»Ich verstehe nicht, was ich durch die Rauchschwaden dort sehe - und ich verstehe es doch. Aber es ist mit nichts zu verbinden, was ich kenne, weder mit Bildern noch mit Worten«), seine Bilder sollen stark sein (»Der Neue war nur noch ein Schatten, der im schwarzen Umriß der Uniformierten verschmolz« / »die Bauchdecke hebt sich ab, und eine riesige, blutverschmierte, glänzende Ratte huscht den Leichenberg hinab«), münden in Analogien zwischen Heimleiter und Henker, Apfelrost und Lagerpritsche, Kohleheizung und Gaskammer - und erschienen Raul Hilberg passagenweise »sehr unwahrscheinlich oder völlig unmöglich«. Ganzfried konstatierte den »Wahn«, »man könne sich die exotische Lebensgeschichte eines jüdischen Kindes aus Riga überstreifen und fortan mit einer faszinierenden Identität des Leidgeprüften durchs Leben gehen.« Die Folgen des betrügerischen Phantasmas seien verheerend - Wilkomirski beschädige nachhaltig den Zeugnis-Charakter der Holocaust-Literatur und »mißbraucht und verspottet« die Zeugnisse der »wirklich Überlebenden von Auschwitz«.

Auschwitz ist kein (Erinnerungs-) Material derer, die nicht bezeugen können -außer via windige Seelenexperten und schamlose Kunststücke. Mit seiner Erfindung rührt Wilkomirski, so Leon de Winter im »Spiegel« (40/1998), »an die Unantastbarkeit der Hölle, und wir Leser werden zu seinen Handlangern bei einem Prozeß der Normalisierung und - letztlich - Banalisierung des Holocaust«.

Es »sind die Fakten zum Schweigen gebracht worden, und es sind die Gefühle, die sprechen« (de Winter). Das Feuilleton mochte's nicht sehen - seiner »mangelnden Urteilsfähigkeit und der Absenz von Zivilcourage« (Ganzfried) wegen. Wenigstens die »Zeit« entschloß sich zur Korrektur.

Binjamin Wilkomirski: *Bruchstücke. Aus einer Kindheit 1939 bis 1948.* Suhrkamp Taschenbuch, Frankfurt a. M. 1997, 140 Seiten, 12,80 Mark

Konkret 11/98, S. 53

Günther Jacob

Multiple voice
Auschwitz im Feuilleton

Teilte sich die Holocaust-Literatur bisher in die Literatur der Überlebenden und die von Nicht-Opfern, droht diese Unterscheidung neuerdings problematisch zu werden. Jürgen Roth und Günther Jacob über den »Fall Wilkomirski«

Nach dem Willen der deutschen Täter sollte es am Ende keine Zeugen mehr geben. Die Asche der jüdischen Opfer sollte verstreut und die Orte der Vernichtung sollten, so gut es ging (und oft ging es sehr gut), beseitigt werden. An die Juden hätte dann nur noch das nationalsozialistische »Jüdische Zentralmuseum« in Prag erinnert. Neben geraubten sakralen Schätzen der verschwundenen jüdischen Gemeinden sollten dort auch in Gips gegossene Figuren von Deportierten gezeigt werden. Fast wäre das gelungen. Denn was an Zeugnissen übrig blieb, bestand und besteht zu einem großen Teil aus Worten - den Worten der Überlebenden, die eigentlich nicht mehr am Leben sein sollten.

In dieser Situation wurde (neben den Aussagen in Prozessen) die literarische Zeugenschaft, mit der schon in den Ghettos und Lagern begonnen wurde, für viele Überlebende zum wichtigsten Existenzgrund. Ergänzt durch Tonbandaufzeichnungen (seit den 60er Jahren), Videoaufzeichnungen (seit Ende der 70er Jahre) und Filme, ist das Zeugnisablegen der wichtigste Zweck dieser Literatur Die Überlebenden der Lager, heute noch etwa zweihunderttausend Menschen, wurden so zu Chronisten ihrer Erfahrung. Zusammen mit den Aufzeichnungen der Opfer sind ihre Memoiren und Romane die bedeutendsten Zeugnisse dieser Zeit. Das politische Handeln nach Auschwitz gründet sich daher heute zwangsläufig auch auf das Verständnis des Holocaust, wie es in diesen Zeugnissen formuliert ist.

Diese Konstellation bürdet der Holocaust-Literatur eine gewaltige Last auf und konfrontiert sie mit Ansprüchen, die nicht einfach einzulösen sind. Von Beginn an bestand z. B. die Forderung an diese Literatur, sie solle so realistisch wie möglich sein. Manche meinten, ihr testamentarischer Charakter lasse nur den Stil des dokumentarischen Realismus zu, und sie könne nur überzeugend sein, wenn jeder Eindruck einer literarischen Konstruktion vermieden werde. Aber die Erfahrung der Überlebenden in den Nachkriegsdemokratien zeigte zugleich, daß das Erlebte, wie ungeheuerlich es auch ist, in die Strukturen des bereits Bekannten transformiert werden muß, damit es kommunizierbar wird. Denn die unmittelbare Erfahrung konnte als solche nicht in die soziale Wirklichkeit außerhalb der Lager eintreten. Obwohl man befürchtete, durch die unvermeidlichen rhetorischen Elemente könnten die Ereignisse selbst literarisiert werden, gerade so, als hätten sie immer nur in den Texten existiert, mußte das Erlebte trotzdem gleichsam in eine Fiktion von Faktendarstellungen transponiert werden. Autoren und Leser mögen sich »unvermittelte« Fakten wünschen, aber beide bleiben unvermeidlich doch in der Welt der Worte und Texte.

Selbst die sachlichste Dokumentation kann kein authentisches, unvermitteltes Ding sein, sondern nur eine produzierte und konstruierte Sichtweise auf die Wirklichkeit. Und nicht nur das: Den »Realitätseffekt«, den ein solches Zeugnis hervorrufen kann, bewirkt es nur innerhalb von diskursiven Praktiken, die nicht beliebig beeinflußt werden können. Von den Zeugnissen der Überlebenden wird nicht nur erwartet, daß sie die Ereignisse, durch die sie hervorgebracht wurden, darstellen und für sie einstehen. Vielmehr erwarten viele Leser der Holocaust-Literatur, daß diese Texte als Beweis der in ihnen dargestellten Ereignisse fungieren sollen.

Das ist jedoch nur indirekt möglich. Eine literarische Darstellung ist ihrer Struktur nach nur fähig, ihre eigene Sichtweise auf die Wirklichkeit zu dokumentieren. Sie kann keine unmittelbare Wiedergabe von Realität sein. James E. Young, Sem Dresden u. a. schlagen daher vor, die Texte des Holocaust einerseits von Zielsetzungen zu entlasten, die sie unmöglich erfüllen können, und andererseits den dennoch existierenden »ontologischen Unterschied« zwischen der Holocaust-Literatur und der übrigen Literatur zu berücksichtigen. Dieser Unterschied besteht in der Intention - im übermächtigen Bedürfnis der Schreiber, Beweise für die Ereignisse zu liefern. Beweise dafür, daß ihre Worte materielle Fragmente von Erfahrung sind. Die Holocaust-Literatur beharrt auf einem authentischen Zusammenhang zwischen Text, Autor und Erfahrung. In der übrigen Literatur wird hingegen allein mit literarischen Stilmitteln die Fiktion von Authentizität erzeugt. Dieser Unterschied zwischen beiden Literaturen ist jedoch von außen nicht zu erkennen, wenn er nicht vorweg anerkannt wird. Was für den schreibenden Überlebenden Quelle der Beweiskraft seiner Worte ist, seine eigene Betroffenheit, die Spuren des Verbrechens in seiner Erinnerung, kann der Leser nicht ohne weiteres von literarischen Strategien unterscheiden, zumal auch in der Holocaust-Literatur literarisch gestaltet wird.

Als Beleg für diese auf der reinen Lektüre-Ebene gegebene Ununterscheidbarkeit wie auch als Beleg dafür, daß das alles nicht die theoretischen Spekulationen von »Postmodernen« sind, wofür abbildtheoretisch orientierte Linke solche Überlegungen üblicherweise halten, kann der »Fall Wilkomirski« gelten, der seit September die Feuilletons beschäftigt.

Binjamin Wilkomirski hat 1995 mit seinem bei Suhrkamp erschienenen Buch *Bruchstücke - Aus einer Kindheit 19391945* einen Text geschrieben, den ich trotz der neuen Erkenntnisse über seinen Verfasser für einen Beitrag zur Holocaust-Literatur halte. In diesem Buch beschreibt der Autor sein Schicksal als kleines polnisch-jüdisches Kind, das die NS-Vernichtungsmaschinerie per Zufall überlebt hat. Stationen seiner Kindheit sind unter anderem die Vernichtungslager Majdanek und Auschwitz. Detailliert rekonstruiert und beschreibt Wilkomirski seine Qualen, die anschließende Zeit in einem Waisenhaus in Krakau und die ersten Jahre bei Schweizer Pflegeeltern, die dem Jungen anraten, seine Erlebnisse einfach zu vergessen.

Bruchstücke wurde ein Bestseller. In 12 Sprachen übersetzt, erhielt das Buch zahlreiche Literaturpreise und auf dem Klappentext finden sich lobende Worte von Daniel Goldhagen. Der Autor sprach vor Schulklassen und in Universitäten, wobei er sich stets als Überlebender vorstellte, der seine Kindheitserinnerungen mit therapeutischer Hilfe mühsam rekonstruiert habe. Inzwischen war er selbst zur historischen Quelle geworden, z. B. durch Aufnahme in die Videodokumentation der »Survivors of the Shoa Visual History Foundation«.

Doch am 27. August 1998 veröffentlicht der jüdische Journalist Daniel Ganzfried in der Schweizer »Weltwoche« unter der Überschrift »Die geliehene Holocaust-Biographie« die Ergebnisse seiner Recherche: Binjamin Wilkomirski heißt in Wirklichkeit Bruno Doessekker und wurde erst 1941 als unehelicher Sohn von Yvonne Berthe Grosjean geboren, die keine Jüdin ist. Sie gab ihn in ein Kinderheim, und von dort kam er zu Pflegeeltern, dem Arztehepaar Doessekker, das ihn 1954 adoptierte. Ganzfried wirft Wilkomirski daher vor, eine »rein fiktionale Biographie« geschrieben zu haben; der Name Wilkomirski, die jüdische Identität und die Shoaherlebnisse seien frei erfunden. Das Publikum, so schrieb kurz darauf die »Allgemeine Jüdische Wochenzeitung«, sei daher auf einen Mann hereingefallen, der entweder ein »nüchtern kalkulierender Betrüger« ist, der sich ins »Shoah-Business« einklinken und »eine schnelle Mark machen wollte«, oder aber »ein psychopathologischer Fall«, ein Mann, der, so die »Zeit«, »ein labiler, vielleicht kranker Mensch« ist, der im Wunsch, ein Opfer zu sein, »dem sein Leid geglaubt wird«, so weit geht, »das Andenken der wahren Opfer zu mißbrauchen«.

Nehmen wir nun an, daß Ganzfried richtig recherchiert hat und Wilkomirski nicht belegen kann, was er im Anhang seines Buches behauptet: daß ihm als in die Schweiz überführtes jüdisches Kind dort eine neue Identität verordnet wurde, wodurch seine Erinnerung mit seinen Dokumenten nicht übereinstimmt. In diesem Fall hätten die Leser seines von vielen Rezensenten hoch gelobten Buches trotzdem die Qualen der Kinder in den Vernichtungslagern phantasmatisch durchlebt. Und diese Fiktion von Authentizität kann nicht allein durch die biographische Authentizitätsbehauptung des Autors entstanden sein, es muß vielmehr auch die literarische Strategie dabei eine Rolle gespielt haben, denn das Buch wurde auch als literarisches Meisterwerk rezipiert. Erst nach der Enthüllung von Ganzfried meldeten verschiedene Autoren literarische Kritik an. Auf jeden Fall haben wir es hier mit einer Situation zu tun, wo der oben beschriebene Unterschied zwischen Zeugnisliteratur und der übrigen Literatur (die auch den Holocaust zum Thema haben kann) für das Publikum unsichtbar war. Es gab kein literarisches Kriterium, das es den Lesern erlaubt hätte, diese Täuschung zu durchschauen. Es macht deshalb auch keinen Sinn, das Lesepublikum als einfältig zu schelten, weil es Wilkomirski wie Ida Fink oder Ruth Klüger gelesen hat. Wie wir noch sehen werden, muß Wilkomirskis Buch nicht einmal aus dem Umkreis der Holocaust-Literatur ausgeschlossen werden. Sein Buch gehört dort allerdings in die Reihe der Holocaust-Romane von Nichtopfern, von denen es nicht wenige gibt.

James E. Young hat am Beispiel der Holocaust-Bekenntnisse von Silvia Plath, die niemals Opfer war, gezeigt, wie Menschen, die sich intensiv in die Verfolgung der Juden einfühlen, ihr eigenes Ich in die Bilder der Lager senken und dann Schwierigkeit damit haben können, zwischen Selbstverständnis und Selbstdarstellung bzw. Selbststilisierung zu unterscheiden: »Wie vorangegangene Erfahrungen als Metaphern des Holocaust gedient und das Verstehen und die Artikulation bestimmter Ereignisse geprägt haben, so funktioniert jetzt der Holocaust selbst als Metapher für andere Ereignisse, besonders für die Realitäten der Gefühlswelt, die möglicherweise durch das Wissen über den Holocaust hervorgebracht werden.« Dieser Schmerz wäre demnach eine Fortsetzung des ursprünglichen jüdischen Leidens. Denn auch Nichtopfer können am Wissen um die Ereignisse zerbrechen: »Die Zahl der nichtjüdischen Dichter, die sich als Holocaust-Juden identifizierten und daran zerbrachen, ist erschütternd hoch. Viele nahmen sich das Leben, nachdem sie ihr eigenes Ich buchstäblich im Schatten des Holocaust dargestellt hatten. Sobald die Ereignisse des Holocaust in die Sprache gelangen, gewinnen sie eine gewisse typologische Dimension.«

Anders als andere Autoren, die solche Annäherungen nur als Anmaßung wahrnehmen, möchte Young sie nicht unterbinden. Bei aller Kritik im konkreten Fall, hält er es im allgemeinen für akzeptabel, daß der Holocaust in die öffentliche literarische Phantasie einging, denn nur so wird er seiner Meinung nach im Gedächtnis der Öffentlichkeit bewahrt - als Teil einer größeren Erfahrungssphäre. Indem der Holocaust in die Sprache und in die Metaphern eingeht, wird die Erinnerung weit über das Leben der authentischen Zeugen hinaus bewahrt: »In diesem Fall ist eine mißbrauchte Erinnerung, mit der wir uns kritisch auseinandersetzen können, besser als gar keine Erinnerung.« Das sind allerdings Überlegungen, die sich nur in einer Diskussionsatmosphäre erörtern lassen, die frei ist von linkem Krawall-Stil und von Vereinnahmungsabsichten des deutschen Feuilletons.

Wenn nun die Abgrenzung »authentischer« Erzählungen von »rein fiktionalen« schwer fällt, zum einen, weil bereits die nichtliterarischen Zeugnisse der Überlebenden zwangsläufig metaphorische (u d nicht selten mythologische und religiöse) Elemente enthalten, zum anderen, weil viele Überlebende im Bewußtsein dieser Schwierigkeit absichtlich auch literarisch-fiktional geschrieben haben bzw. schreiben (es gibt Linke, die solche Literatur ablehnen, weil sie »fiktional« mit »frei erfunden« übersetzen), und drittens, weil es auch eine legitime Holocaust-Literatur von Nichtopfern gibt, dann macht, wie gesagt, eine Kritik an den Lesern und Leserinnen keinen Sinn.

Doch gerade auf die Leser der Holocaust-Literatur zielen fast alle Kommentatoren, die sich bisher zum »Fall Wilkomirski« äußerten. »Die Leser hätten es merken müssen!« heißt es in den meisten Feuilletons. Und woran bitte? »Am Kitsch!« Der »Fall Wilkomirski« ist also die Stunde der Literaturkritiker. Das Publikum, so schmeicheln und verurteilen sie in einem Zug, hätte den Betrug bemerken können, wenn es seinem guten Geschmack getraut und nicht aus falscher Pietät Wilkomirskis schlechte Schreibe stillschweigend hingenommen hätte. Diese Argumentation dient jedoch nicht einfach der Rettung des Wahren, Schönen und Guten, sondern sie wird gewählt, weil sie sich für eine Abrechnung mit denen eignet, von denen man annimmt, daß sie den Juden, aus einem Schuldbewußtsein heraus, unbesehen alles glauben. Solche Leute würden einer überfälligen Normalisierung des »Auschwitz-Problems« im Wege stehen, die offenbar nur zu erreichen ist, wenn allein die Literaturkritiker Urteile über die Holocaust-Literatur fällen dürfen. Die sagen den Überlebenden dann, wie man richtig über dieses Thema schreibt und wer mangels Talent oder wegen unangemessener Deutlichkeit besser schweigen sollte.

Zum Beispiel Jörg Lau. Der behauptet in der »Zeit« einfach, die Leser und Leserinnen hätten sich »bereitwillig täuschen lassen«: »Wenn sie jetzt das Buch ein zweites Mal lesen, werden ihnen die Augen übergehen: Wie konnte man sich von diesem gnadenlosen Kitsch beeindrucken lassen, dieser Kolportage aus Holocaust-Schauerromantik, pornographisch expliziten Gewaltszenen und klassischen Elementen der wahnhaften Selbstmythisierung (vom kleinen Moses im Weidenkorb bis zur Sprachlosigkeit Kaspar Hausers).« Lau, der sonst eloquent darüber schreiben kann, daß das alte »Elite versus Masse«-Paradigma (Kunst vs. Kitsch) längst vom Paradigma der »Lebensstile« (Gleichwertigkeit aller kulturellen Präferenzen) abgelöst wurde, setzt hier auf die Eitelkeit seines Publikums, indem er es an die identitätsstiftenden hochkulturellen ästhetischen Kriterien erinnert.

Lau tut so, als könne das »Authentische« dem »Terrain des Ästhetischen« schroff gegenübergestellt werden. Ihn ärgert, daß die Urteilsfreiheit des Literaturkritikers dort eingeschränkt ist, wo ein Anspruch auf Zeugenschaft existiert und die »rein ästhetische Lesehaltung« gegenüber der Holocaust-Literatur deshalb nicht durchgesetzt ist: »Man könnte übrigens auch am Text zeigen, daß eine rein ästhetische Lesehaltung vom Autor selbst unterminiert wird«, meint Lau. Doch die Rezensenten hätten stilistische Skrupel aus »Schuldbewußtsein« einfach verdrängt. Beweis: »Da kriechen Ratten aus Frauenbäuchen, Hirnmasse quillt aus Babyschädeln, und Blut schießt Opfern in mächtigen Fontänen aus den Hälsen.« Sind solche Sätze für Lau etwa generell schlechte Literatur? Bei einer Besprechung von Ellis' *American Psycho* hätte er mit Rattenszenen sicher keine Probleme. Hier aber geht es um einen Autor, der nach Laus Meinung virtuos die Unsicherheiten eines Publikums ausnutzt, das haltlos zwischen der anerkennenswerten Selbstverpflichtung zum Eingedenken und einer »reflexhaften Angerührtheit« schwankt. Diesem Publikum, so Lau, tut es offenbar merkwürdig gut, einen solch grausigen Text zu ertragen und ihn dann einer vermeintlich unwillentlichen Öffentlichkeit als bittere Medizin zu empfehlen. Dieser Beschreibung muß man allerdings selbst dann widersprechen, wenn einem Beispiele für christliches Moralisieren aus der eigenen Umgebung einfallen. Denn Lau knüpft hier an einen anderen Diskurs an.

Seine pauschalen Anwürfe gegen alle, die sich mit der Holocaust-Literatur auseinandersetzen, gehören längst zum nationalen Konsens. Wenn es beispielsweise in der »Taz« heißt, die linke »Holocaustfixierung« habe einen »religiös anmutenden Unterton« und rücke »in die Nähe einer negativen Sinnstiftung«, darf man sicher sein, daß das zwei Wochen später im »Spiegel« zustimmend zitiert wird. Aber auch von Ganzfried in der Schweizer »Weltwoche«: »Wer will, schlägt sich auf die Seite der Gläubigen, wo unter mitleidsüchtiger Anteilnahme die schwärende Wunde Auschwitz im Körper der Menschheit schmerzlos weiterfault. Hier ist Mitleid ein erhebendes Gefühl. Es scheint, als sei dieser Glaube gegen jedes Nachfragen und Denken durch das Mitgefühl einer urteilsunfähigen Öffentlichkeit imprägniert gewesen.« Oder in der »FAZ«: »Das hier gemeinte Publikum läßt sich näher beschreiben. Es ist das psychotherapeutisch sensibilisierte, das im Kind vor allem ein unschuldiges Opfer der Erwachsenen sieht. Für dieses Publikum war es glaubwürdig, was Wilkomirski von der ersten Begegnung mit seinen Adoptiveltern berichtete: daß der neue Vater ihn mit einem >gequetschten Lächeln< begrüßte... Mißhandelter als Binjamin konnte ein Kind nicht sein. Er war glaubwürdig für jene, die zuvor populärpsychologische Schriften von Alice Miller gelesen hatten« (»FAZ«).

Diese pauschale Herabsetzung und Einschüchterung der Leser und Leserinnen von Holocaust-Literatur bewirkt nichts geringeres als einen Normalisierungsprozeß. Man wünscht sich offenbar, daß im Feuilleton definiert wird, wer ein Opfer ist und wie beschaffen ein Opfer sein soll. Diese neue Qualität im deutschen Opferdiskurs zeichnete sich erstmals deutlich mit den staatlichen und medialen Gedenkprojekten rund um den 8. Mai 1995 ab. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er und 60er Jahre war noch, wie Adorno bemerkte, durch eine Atmosphäre des »kalten und leeren Vergessens« gekennzeichnet. Seit 1995 kann von einem kalten Vergessen nicht mehr gesprochen werden. Seither herrscht eine Atmosphäre der

Geschwätzigkeit. Während die Verlierer von 1945 sicherheitshalber schwiegen, kommen die Gewinner von 1989 inzwischen ins Erzählen: Eine Hamburger Zeitung veröffentlichte damals einen »Aufruf an die älteren unter unseren Lesern: Egal ob sie Flakhelfer waren oder im Volkssturm dienten, ob sie Anhänger oder Gegner der Nazis waren, wir wollen uns mit ihrer Hilfe auf die Spuren der Vergangenheit machen.« 1998 schaltet der Rowohlt Verlag eine Anzeige, die mehrere neue Erinnerungsbücher ankündigt. Neben Imre Kertesz und Simon Wiesenthal wird da für den Titel *Krieg: Erzählungen aus dem Schweigen. Deutsche Soldaten über den 2. Weltkrieg* geworben. Es geht um »Geschichten über quälende Angst und das Glück des Entkommens: Überlebende des 2. Weltkrieges berichten.« Hier sind sie also wieder, die Opfer und Überlebenden, diesmal aber die richtigen.

Bücherpakete wie diese bedienen eine neue deutsche »Erinnerungskultur«, in der europäische Juden, deutsche Landser und deutsche Achtundsechziger als einheitliche Erinnerungsgemeinschaft konstruiert werden. Während gleichzeitig dem 1995 enttarnten ehemaligen SS-Mann Hans Schneider mehrere verständnisvolle Bücher gewidmet werden und Zwangsarbeiter auf ihre Entschädigung warten, finden flächendeckend Symposien über »Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung« statt. Und in dieser Debattenatmosphäre können auch historisierende Positionen legitim vorgetragen werden. Vermischt mit Weltkriegserinnerungen, Häuserkampferinnerungen und platonischen Lebenskunstdebatten, wird alles aneinander relativiert, wird der Holocaust zu einem Thema wie jedes andere, das möglichst emotionsfrei behandelt werden soll (darum geht es bei der Publikumsschelte im »Fall Wilkomirski«) und deshalb in die Hände der Literaturkritik gehört.

Überraschend ist dabei, daß man sich von einer intellektuellen Diskussion über die Holocaust-Literatur kulturellen Mehrwert verspricht. Denn die internationale und insbesondere die US-amerikanische Holocaust-Forschung ist, was die Entwicklung literaturwissenschaftlicher, historischer und philosophischer Kategorien angeht, der deutschen Kritik weit voraus. Die Problematik der Holocaust-Literatur, insbesondere das schwierige Verhältnis von Zeugenschaft und literarischen Strategien hat die Forschung vor allem in den USA und in Israel zu intellektuellen Anstrengungen gezwungen, die zu Ergebnissen führte, welche aus der Sicht ambitionierter deutscher Literaten und Literaturkritiker höchst attraktiv sind. Stichwörter wie: Aufklärung und historische Einbildungskraft, Illusion des Biographischen, Dezentrierung des Subjekts, Konstruktion von Tatsachen, Wendung der Metapher, Subversion des autobiographischen Schreibens, Verschwinden der Realität hinter den Bildern etc., die man hier schon aus anderen Diskursen kennt, werden plötzlich aus einer ganz neuen Perspektive attraktiv. Wenn man sich ihrer bemächtigt, um damit eine deutsche Erinnerungskultur und Literatur zu kreieren, die dem internationalen Diskurs und insbesondere dem Diskurs der Ho*locaust Studies* mehr oder weniger angeglichen ist, dann kann noch ganz anders erinnert und geschrieben werden.

In der Literaturbeilage der »FAZ« zur diesjährigen Buchmesse wurden die ersten Ergebnisse dieses Trends bereits unter diesem Aspekt gesichtet: »Nie war Erinnerung redseliger. Plötzlich erinnern sich die Nachgeborenen an Dinge, die sie nicht erlebt haben.« Es werden etwa zehn deutsche und europäische neue Romane genannt, in denen Autoren, die um 1945 noch Kinder waren, in die Rollen von Hitlerjungen oder Juden schlüpfen, um eine Geschichte zu erzählen. Auch Binjamin Wilkomirski wird in diesem Zusammenhang erwähnt, allerdings als schlechter Schriftsteller mit zuviel Pathos. Die entscheidende Erkenntnis lautet jedenfalls so: Diese neue Literatur steht »einem rasch anschwellenden Strom von Bildern und Worten über die Vernichtung der europäischen Juden gegenüber, dem sie zunehmend ihren Stoff und auch ihre Motivation verdankt«.

Die neuen Kategorien dieser Erinnerungsliteratur entwickelt man sozusagen in der praktischen literarischen Kritik an der Holocaust-Literatur. Der Gestus dieser Kritik läuft schon länger auf die Empfehlung hinaus: »Schreiben sie ihr eigenes Holocaust-Buch!« Das läßt sich nicht zuletzt am Beispiel vieler Rezensionen des Buches von Wilkomirski nachzeichnen. Die meisten Rezensenten und hier besonders die an der »Entlarvung« Wilkomirskis beteiligten, wissen auffallend genau, wie ein gutes Holocaust-Buch geschrieben sein muß: Die Erinnerungen von Opfern sollen als besondere autobiographische Projekte abgefaßt sein, die angesichts der gewaltsamen Unterbrechung der Biographie eine experimentelle (avantgardistische) Art des Schreibens erfordern, also Bruchstücke, Fragmente, Textgewebe. Keine lineare Erzählung bitte! Dafür aber Stakkato-Dialoge, versetzt mit Philosophischem und etwas Kunsttheorie, vielen literarischen Zitaten und eingearbeiteten Original-Dokumenten. Der Erinnerungstext muß dabei unbedingt in der Schwebe bleiben, die Fäden sollen aufgenommen, aber nicht miteinander verknüpft werden, Spuren gleichzeitig verfolgt und abgebrochen werden. Ein gutes Erinnerungsbuch unterläuft nach diesem Kanon die Technik der herkömmlichen Biographie, denn wir wissen schließlich längst von der Illusion, Leben könne als Ganzes erinnert werden. Ein gutes Erinnerungsbuch arbeitet deshalb mit Variationen des autobiographischen Schreibens. Seine Themen sollen möglichst virtuos und formenreich bearbeitet sein. Der Leser erwartet vor allem, daß das Gefühl des Ausgeliefertseins an den Zufall gut rüberkommt, insbesondere das Verwirrende der Welt und das Wissen um die Vergeblichkeit eines direkten Zugriffs auf die Vergangenheit. Am Ende sollte es um Abschied, Verlust, Fragmentierung und Selbstauflösung gehen.

All das sind Zitate aus deutschen Besprechungen von Holocaust-Büchern.

Die Vorstellung, wie ein solches Buch auszusehen hat, ist derart deutlich auf das Bedürfnis zugeschnitten, diesen Büchern den eigenen Stoff entnehmen zu können, daß das Anliegen der Zeugenschaft, von dem die Holocaust-Literatur der

überlebenden Deportierten vor allem motiviert ist, als anerkanntes Kriterium dieser Literatur mehr und mehr in den Hintergrund tritt.

Literatur zum Thema:

Sein Dresden: *Holocaust und Literatur.* Jüdischer Verlag, Frankfurt a. *M. 1997*

James E. Young: *Beschreiben des Holocaust.* Suhrkamp, Frankfurt a. *M. 1997*

Nicolas Berg/Jess Jochimsen/Bernd Stiegler (Hg.): *Shoa - Formen der Erinnerung.* Wilhelm Fink, München *1996*

Elisabeth Weber/Georg Tholen (Hg.): *Das Vergessene. Turia + Kant,* Wien *1997*

Konkret 11/98, S. 60

Georg Seeßlen

Oral History

or How I Learned to Stop Worrying and Love Monica Lewinsky

1

Die Geschichte Europas ist geprägt von einem jahrhundertelangen Investiturstreit, der um eine einfache Frage kreist: Ist es die innere oder die äußere Macht, welche die größte und endgültige Autorität für sich in Anspruch nehmen darf.? Und wer setzt wen ins Amt? Irgendwann, so schien es, war dieser Streit beendet, die Seelenlandschaften und die politischen Landkarten entwickelten sich nebeneinander, aufeinander bezogen und zugleich in dem eifrigen Bemühen, einander nicht ins Gehege zu kommen. Die Bischöfe segneten die Waffen, und die Staaten garantierten für den Bestand der Kirchenmacht. Private und politische Moral waren zwei verschiedene Bereiche, für die man die Zuständigkeiten regeln konnte, wenngleich um den Preis einer Schizophrenie allen menschlichen Handelns. Die Säkularisierung der Politik und die theologische Besetzung des Privatlebens war ein Trick, der schließlich Fleiß und Industrie des bürgerlichen Zeitalters erst ermöglichten. (Als Benjamins Angelns Novus über das Ende dieser Epoche flog, erkannte er einen Himmel voller Massenmörder und eine Hölle voll von Liebenden und Skeptikern.) Man bekämpfte einander nicht mehr so sehr, man korrumpierte sich gegenseitig.

Mit dem Ende der bürgerlichen Epoche aber bricht diese Allianz der geregelten Trennung wieder auseinander. Natürlich nehmen dabei nicht etwa der Papst und der Kaiser in ihren jeweils neuesten Erscheinungsformen den alten Investiturstreit wieder auf, vielmehr vollzieht sich die Neuordnung in einem reichlich unübersichtlich gewordenen Geflecht zwischen vier voneinander abhängigen und miteinander konkurrierenden Sinnsystemen:

· die Politik, die sich zugleich als Ausdruck des Volkes und als Hüterin des alleinigen Projektes (des »Freien Marktes«) verstehen will,

· das Militär, das längst aus dem Bereich der dienenden Funktion herausgetreten und nicht nur zu eigenen Interessen, sondern auch zu einer eigenen Sprache, einer eigenen Ästhetik, einer eigenen Kultur geworden ist (und damit vehement dem Mythos widerspricht, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln),

· die Religion, die mit einer nach wie vor hohen, wenngleich eher informellen Definitionsmacht im Reich von Moral, Verhalten und Wert ausgestattet ist,

· die Medien, die von allen diesen Sinnsystemen erzeugt wurden und zugleich als deren Wächter erscheinen wollen.

Welches dieser Instrumente hat die größte Macht? Die furchtbarste Variante -alle vier Instrumente wirken zusammen für das größte Ziel: die Herrschaft des Marktes, der sich zur zugleich höchst ausdifferenzier ten und monomanen Super-Religion ent: wickelt. Die zweitfurchtbarste Variante: die vier Instrumente der Gesellschaft brechen auseinander und bekämpfen einander offen und mehr noch verdeckt, gerade weil auch sie den »Gesetzen« des Marktes unterworfen sind und sich, unter vielem anderen, auch als Konkurrenten im Sinn-Angebot verstehen müssen. Wenn eines der Segmente an Einfluß zu verlieren meint, hysterisiert es sich und wirft sich mit aller Macht wieder auf den Markt. In diesem Zusammenhang etwa kann ein Krieg nicht allein der Durchsetzung der Interessen des Marktes und seiner Gewinner dienen, oder, wie im Fall Clinton geargwöhnt, der Verschleierung innerer Widersprüche der Politik, sondern auch der Reklame für das Militär selber.

Der Investiturstreit zwischen innerer und äußerer Macht ist also in der postmodernen Kultur der Macht gleichsam in einen Zustand der Multiphrenie getreten: Der politische, der militärische, der medialisierte und der religiöse Mensch sind auf einem engen seelischen Terrain zusammengepfercht, verstehen sich aber nicht mehr, und schon gar nicht als »ganzes«. So bedienen sie sich auch wechselnder, einander widersprechender Phantasien, wobei die Phantasietätigkeit im einen Segment die »Wirklichkeit« im anderen ist und umgekehrt. Das kann zwar im Einzelfall gesteuert werden, wie der kleine Krieg, den man anzettelt, um bestimmte Bilder zu erzeugen. Die Konkurrenzsituation der Segmente indes führt dazu, daß solche Interaktion immer wieder außer Kontrolle gerät. Der Fall Clinton ist wohl eines der Beispiele dafür, daß die inneren Widersprüche der konkurrierenden Sinnsysteme so vehement veröffentlicht werden, daß am Ende eine der Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst, die Trennung zwischen dem Politischen und dem Privaten zur Disposition steht. Der Fall Clinton steht am Anfang des Endes eines Modells von innerer und äußerer Herrschaft, vielleicht am Ende der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

2

Dieser »Fall Clinton« ist, natürlich, zum einen eine Farce, ein Stück, wie es Molière nicht besser hätte entwickeln können, wennzwar ohne jeden Anflug jener Schönheit des Kunstwerkes, das auch die Satire über sich selbst hinaus trägt. Er ist eine Farce, deren Form so unansehnlich ist, daß sie trotz ihres hohen metaphorischen Gehaltes verschwindet, sobald sie nicht durch neue skandalisierende Nachrichten unterhalten werden kann. Daß dabei aber nicht nur ein Stück gegeben wird, sondern gleich eine sehr reale gesellschaftliche Abmachung fachgerecht zerlegt wird, macht auch die Unterscheidung zwischen dem Trivialen und dem Tragischen obsolet. (Irgendwer wird irgendwann ein Musical über das Leben von Monica Lewinsky nach dem Fall Clinton schreiben.)

Der Fall Clinton ist also eine politische Metapher, die zugleich zu groß und zu klein geraten ist, um sie zu verstehen. Daß es freilich gerade die Mächtigen hierzulande sind, die glauben, ihrem Volk nach dem Mund zu reden, wenn sie beteuern, das alles nicht mehr hören zu können und es zum Kotzen zu finden, muß uns mißtrauisch stimmen. Je mehr sie lügen, desto genauer sagen sie ja die Wahrheit, und diese Wahrheit liegt keineswegs in dem Eifer, zu den eigentlichen Geschäften zurückkehren zu dürfen (und den Markt bitte doch mit etwas »seriöseren« Daten zu füttern, weil die Verbindung zwischen Schwanzlutschen und Dow-Jones-Index sogar in den moralischer Delikatesse unverdächtigen Casino-Tempeln des Kapitals als blasphemisch empfunden wird), gleichfalls nicht in dem auch öffentlich verständlichen Bemühen, das jeweils eigene Privatleben zu schützen (sogar gegen die mögliche Enthüllung, daß nichts dahintersteckt - niemand weiß schließlich, was schädlicher für die Macht ist, sich beim Oralsex erwischen zu lassen oder bei der Impotenz). Die Wahrheit der Distanzierungslüge liegt vielmehr in der Erkenntnis, die Balance der Sinnsysteme nicht zu stören. Überdies ist durchaus denkbar, daß das puritanisch skandalisierte Medium für die Selbstdarstellung des noch bürgerlichen europäischen Politikers unbrauchbar wird.

3

Wenn es ein informelles Miteinander und gleichzeitig Gegeneinander der vier Instrumente gesellschaftlicher Macht, Politik, Religion, Medium und Militär, gibt, so ist wohl verständlich, daß es stets zu einer Krise kommen muß, wenn sich auch nur einer von den vieren nicht an die Spielregeln hält. Die erste Ursache der Clinton-Krise also ist der paradoxe Umstand, daß der Präsident seine Sache ganz einfach zu gut gemacht hat. Er hat die Allianz mit dem Militär gefestigt, die religiösen Mehrheiten bedient, sich nebenbei als beliebter Medienstar etabliert und bei alledem natürlich die Meta-Religion des Marktes glänzend bedient. Nicht nur die Autorität seiner Person, sondern viel mehr noch die seines Amtes wuchsen unproportional an. Wenn man Ronald Reagan als ersten potemkinschen Präsidenten bezeichnet hat, so war Clinton der reale Präsident der Potemkinisierung der amerikanischen Gesellschaft. Der große weiße Mythos des erfolsorientierten Wischi-Waschi. Pot geraucht, aber nicht inhaliert, nicht nach Vietnam gegangen, aber auch nicht dagegen revoltiert - Sex ohne Penetration wäre da eigentlich nur eine konsequente Fortsetzung gewesen, hätte nicht eben dies sich genau an der gerade noch verschlossenen Tür zwischen dem Privaten und dem Politischen abgespielt. Clinton stand für nationale Versöhnung und ökonomische Berührung, und für die Clinton-Politik des Rauchens (aber nicht Inhalierens) stand es nur zu offensichtlich, Jobs zu schaffen, von denen man nicht leben kann, die gleichwohl überschüssige soziale Energien binden und die Leute von der Straße bringen. Clinton war der beste Präsident, weil er niemals versuchte, Probleme anders als in dieser Sowohl-als-auch-Form zu lösen. Roosevelt im Daily-Comic-strip-Format.

Der Erfolg eines alles besetzenden Mehr-oder-weniger-Nichts in der Politik war ebenso nützlich wie gefährlich für die amerikanische Gesellschaft. Sie drohte, ihr unruhiges Herz zu verlieren. Und weil sich für diesmal die direkte Lösung verbot, nämlich ihn ganz einfach wieder einmal ermorden zu lassen, weil dadurch dieser Machtüberhang nur gewachsen wäre, wählten die anderen Segmente die Strategie des endlosen Skandals und seiner öffentlichen Verhandlung. (Daß es auch eine innere religiöse und moralische Logik der Skandale gibt, steht auf bzw. in einem anderen Blatt, und daß auch eine solche Inszenierung von Zufällen und persönlichen Manien abhängt, versteht sich von selbst: Weder einen eindeutigen Autor noch einen eindeutigen Regisseur der Intrige werden wir daher benennen können.)

Die Beziehungen zwischen Politik, Showbusineß, Militär und Religion wird freilich auch an anderen Ecken und Enden und in schöner Penetranz beständig verhandelt. So hält sich hartnäckig das Gerücht, daß es zwischen Clinton und John Travolta einen Deal gegeben hat, daß der Präsident als Gegengeschenk für Travoltas sympathische Darstellung des Präsidenten Jack Stanton in dem Film »Primary Colorso sich für die Anerkennung von Scientology in Europa einsetzt (denn hier wird eine Religion, anders als in den USA, erst marktfähig, wenn sie als solche - und im scharfen Gegensatz zur »Sekte« - staatlich und gesellschaftlich anerkannt wird).

4

Das System der vier Steuerungsinstrumente führte also dazu, daß der Präsident, der Mensch und das Amt einer öffentlichen Demütigung unterzogen wurden - der »Gang nach Canossa« als Medienspektakel -, die fatalerweise aber zu keiner rechten Lösung führen konnte. Dort, wo man sich als der eigentliche Adressat der Inszenierung fühlen konnte, bei den Fernsehzuschauerinnen und -zuschauern, löste die Inszenierung eine unlösliche Mischung aus Peinlichkeit, Geilheit und

Ennui aus. Die Offenlegung der doppelten Sünde vor der puritanischen Gemeinde und allen, die medial mit ihr vernetzt wurden, führte dazu, daß der Widerspruch auch in jedem einzelnen aufbricht. Und durch seine Unfähigkeit, den einmal begonnenen Prozeß an einem strategisch sinnvollen Augenblick abzubrechen, setzt Sonderermittler Starr (eine unnachahmlich »religiöse« Nomenklatur) die (virtuelle) Gemeinde unter einen enormen Entscheidungsdruck: Nachlässigkeit in Sachen strenger Auslegung der religiösen Grundlagen (und damit, bei allem Spektakel, Entpuritanisierung der Politik) oder Fundamentalismus, also eine neue, nach Totalität strebende Einheit von Religion und Politik. Ein Zurück ist in diesem virtuellen Religionskrieg nicht mehr denkbar, ohne daß eine Seite enorme Verluste erleiden würde. Die Möglichkeit, gleichsam noch einmal vor den Konsequenzen dieser Entscheidung innezuhalten, ist offensichtlich vertan, und auch wenn die Zuschauer ihren wachsenden Widerwillen gegen die Erörterung des Falls Clinton mit einer säkularen Einsicht tarnen, nämlich die Priorität der Meta-Religion des Marktes vor der Religion des medialisierten Puritanismus, geht ihnen die Verhandlung wohl doch in erster Linie deswegen zu weit, weil sie sich eben diese Entscheidung zwischen Säkularisierung und Fundamentalismus gerne erspart hätten. Doch eben diese Entscheidung wird durch die anhaltende Inszenierung des Skandals immer unaufhaltsamer, und ob sie nun noch zu Amtszeiten Clintons getroffen wird oder nicht, sie wird das mehr oder minder friedliche und konspirative Nebeneinander von Religion und Politik in den USA nicht erhalten können. Der neue Investiturstreit ist in vollem Gang, und daß er sich zumindest außerhalb der USA vor allem als Farce zu erkennen gibt, könnte keineswegs verhindern, daß er nicht auch Formen von Krieg und Bürgerkrieg annimmt. Ebenso in vollem Gang ist - wofür es auch in Europa erhebliche Anzeichen gibt - ein gerade mit den Instrumenten Medium und Politik ausgetragener Streit um die Fundamentalisierung christlicher Religionen und Kirchen. Eine neue Allianz zeichnet sich ab - die zwischen fundamentalistischer (was immer auch heißt: in den Bereich weltlicher Macht zurückstrebende) Religion und entsozialisiertem Kapital (ein Kapital, das Menschen nicht nur ausbeuten, sondern am liebsten gleich vernichten will). Clinton ist das erste Opfer, und er nimmt es in der gewohnten Wischi-Waschi-Weise an. Er steht auf einem Scheiterhaufen, der nicht brennt.

Geh' Saxophon spielen, Bill. Ich wette, du bringst es fertig, zu blasen, ohne zu tuten.

5

In der Inszenierung des Skandals als aggressive Neuordnung der Sinn- und Machtsegmente Religion, Politik und Religion mußte sich das Militär zunächst ein wenig übergangen vorkommen. Es war freilich in den Produktionen der Popular culture durchaus präsent und profitierte davon, daß im Skandal auch das »Zivile« und Private selbst desavouiert schien. Und vielleicht war es sozusagen auch ein Teil von Ekel gegenüber dem zivilen Privatleben, das zum Erfolg eines Filmes wie Steven Spielbergs »Saving Private Ryan« beitrug, ein Film, der den Krieg zunächst als zwanzigminütiges Fegefeuer inszeniert, um sodann ein durchaus patriotisches Gedächtnis für den notwendigen Krieg zu entwickeln. Und natürlich mußte dem Militär eine Möglichkeit zu einer neuerlichen Selbstinszenierung in der Fremde gegeben werden (an einem anderen Ort des Fundamentalismus).

Konkret 11/98, S. 62

Carin Zwo

Der chronische Zug

Vorwärts und schnell vergessen - ein halbes Jahrhundert »Stern« wurde sausend gefeiert, aber die einzige seiner Geschichten, die es verdient hat, im Gedächtnis zu bleiben, scheint niemals stattgefunden zu haben. Doch es war einmal...

Nämlich so. Als er noch nicht 50, sondern erst 35, aber schon dick und doof wie mit 20 gewesen ist, da begab es sich, daß alle Welt über ihn lachte, weil er behauptet hatte, die »Geschichte des Dritten Reiches« müsse »teilweise umgeschrieben werden«, ach was: »in großen Teilen neu geschrieben«, und der »Inhalt« dieses Reiches »erst recht«, um zwei Wochen später zuzugeben, was geradegebogen werden müsse, sei wohl besser die »Geschichte dieser Recherche«, welche zwei Wochen zuvor mit der Aufdeckung des Watergate-Skandals, mindestens, verglichen worden war aufs vollmäuligste, und schon purzelten Köpfe, wiewohl lange nicht alle, die es verdient hatten, und für kurze Zeit sah es so aus, als wäre sein, des Doofen, dickes Ende gekommen, denn die Redaktion übte einen Aufstand, welcher der Geschäftsführung, die auf ihr Zugpferd, ihn, diesen Goldesel, nicht verzichten mochte, gleich gar nicht nach all den Auslagen für Kujau und Heidemann... die Knechte also probten eine Revolte, welche zumal dem Fürsten Schulte-Hillen ausnahmsweise gar nicht so unlieb war, denn nun versuchten er und die andern Verweser des beinahe neu geschriebenen Reiches, zwei besonders unholde Unholde ins Blatt zu putschen, woraufhin das Gelärm der Knechte viel lauter noch erscholl und es für einige Tage und zumal Nächte so aussah, als würde alles aus und im Gips sein, aber da trat die Deutsche Journalisten-Union auf den Plan und zog mit Fackeln um die Alster und erflehte seine, des Blamierten, Rettung, und seither ist bei ihm, dem Esel, alles wieder, wenn schon nicht in Butter, so jedenfalls in Schweinegrieben, doch darin waren es und er, der dicke doofe »Stern«, eigentlich immer gewesen, nur hatte's keiner gemerkt.

Ja, so begab es sich. Und darum haben alle, die im Lande was zu sagen zu haben glauben, und einige, die in der Tat das Sagen haben, doch leider welche brauchen, die aufschreiben, was zu sagen jenen schwerer fällt als ihnen, dieses aufzuschreiben, und natürlich auch alle, die nichts wären, wären sie nicht dann und wann im »Stern«, sich am 17. September 1998 in die Gasstraße zu Hamburg-Bahrenfeld begeben, sintemalen dort das Magazin, das einst den gewaltigsten Rohrkrepierer der neudeutschen Zeitungsgeschichte geborgen hatte, feierte und frohlockte, weil es überlebt hatte bis in das fünfzigste Jahr, überlebt sogar jenen Fall, der die Malaise und Misere des bürgerlichen Journalismus, seine Geilheit auf einen »Bombentitel« gleichwie seine vom Scheckbuch geregelte »Ethik«, zu einem Beispiel verdichtet hatte, gegeben für alle Zeit, aber, schau an, auf der Gästeliste fehlten die beiden, die das platte Blatt einst so trefflich reingelegt und gedemütigt hatten, der Konrad und der Gerd, obschon der andere Gerd, der Fürst, der den beiden trompetendummen Hitlerverehrern ehedem die Blankowechsel nachgerad' nachgeworfen hatte, Schulte-Hillen, dessen Entlassung in jenen glorreichen Tagen die komplette Belegschaft gefordert hatte, baumkuchengerade dastand im »G 1 «, neben noch einem Gerd, der gleichfalls viel vergessen hat und an noch viel mehr nicht erinnert werden möchte und bald Kanzler spielen darf unter dem zweiten Gerd, der, wie gesagt, dastand, lächelnd und mopplig und bis ans Ende der Welt Vorstandsvorsitzender bei Gruner + Jahr, Seit an Seit mit jenen Knechten, die ihn damals, im Mai 83, wegputschen wollten, ehe aus der Feste Gütersloh der König Mohn herangewitterte und die Instrumente offenbarte, und seither herrscht Friede beim »Stern«, Hofruhe.

Was, mein Kind, du glaubst mir nicht? Dann wirst du wohl auch zweifeln, wenn ich dir sage, wer auf der Gala seine Reißzähne zeigte, auf daß sie in die »Morgenpost« gelangten, nämlich der Lagerfeld und die Simonis, und der Aust und di Lorenzo, und Peter Hintze, den du leider nie mehr sehen wirst, ward er doch mittlerweile zu Altpapier verarbeitet, freute sich, daß Peter Kraus immer noch nicht singen kann, 's war halt ein Fest »vom anderen Stern«, wie gerührt der verlagseigne Hamburger Tagesbefehl hernach titelte, und überhaupt glitt und schmierte die Crème de la crème übers Parkett, tout le monde oder mindestens demi-monde schäumte seimig durch die Hallen, der Naumann rieb mit dem Joschka sich die Hände, der neue König von Gütersloh, Wössner I., beaufsichtigte seine Narren, und zwar die Goehler, den Immendorf, den Runde, die Christiansen, die Perlinger, den Leisler-Kiep, jaja, den gibt's auch noch, und herrliche Paare strahlten zurück, vom Blitze beleuchtet, Jazzy Tic und Lee Tac-Two, Fehlstarter Hingsen und Pimpernuckel Howland, ein ganz besonderes Pärchen freilich kennen wir Alten schon viel länger als du, mein Kind, ach, die Turteltäublein Udo Jürgens und Alice Schwarzer, aber du willst mir ja nicht glauben, nicht wahrhaben, daß der alte Galopper Scheel sich mit dem alten Otto Versand und dem alternden Otto Waalkes und der alterslosen Otto, stop: Uschi Obermaier rasend amüsierte, prall und drall das Gebiß in die Kameras stopfend, doch die wunderbarste, erlesenste, bezauberndste Paarung des Abends, das war, nein, nicht Volker Rühe und Ignatz Bubis, nein, nein, den Beweis, daß Ende des Jahrtausends einfach alles kack- und knackwurst ist, den lieferte, ich schwör's dir, Peggy Parnass, die durchaus den Mund hielt und tapfer grienelte, als an ihr vorbeiklapperte »des Führers« (»Stern«) Tagebu-, äh, Lieblingsregisseuse Leni Riefenstahl.

»So spannend ist unser Land«! Schwärmte die Jubiläumsausgabe und übertraf sich selbst an Dickheit mit 404 oder, weiß nicht mehr, 404.000 Seiten und zahllosen »Klappern« und an Doofbeit schier mit Lorelei Claudia Schiffer auf dem Titel und der Zeile dazu »Denk ich an Deutschland«, die zwar aus einem ganz anderen Gedichte, aber gleichfalls von Heine

stammt, doch was willst du eigentlich, die Schiffer kann ja auch nicht singen, Ironie, meine Güte!, so spannend sind das Land und seine größte Illustrierte, so kreuzbescheuert und bar jeder Scham, und die Masken, die des Abends in der Gasstraße auf Charakter machen sollten, die hatten bereits des Tages dem Blatt per Leserbrief gratuliert zu seiner Nichtigkeit (»Toi-toi-toi« - Katja Riemann), Langweiligkeit (»Er macht es einem nicht immer einfach« - Guido Westerwelle), Apfelmusigkeit (»faires politisch-kritisch-analytisches Blatt« - Otto Schily), Schlafmützigkeit (»die politische Kultur dieses Landes intensiv mitgestaltet« - Jürgen Flimm), Überflüssigkeit (»Werkzeug der Aufklärung« - Rolf Hochhuth), ach, schön war es, so tausendschön, so abertausendschön, und nirgendwo im brikettfetten Hefte ein einzger Satz zu den vermaledeiten Tagebüchern, vergessen, versunken, verschwunden, halt's Maul und scheiß bloß die Wand an, auf all den 404 Millionen Seiten nicht eine Silbe zum umgeschriebenen Reich, außer, außer, außer im Telegramm vom grünen Fischer, der die »FH«-Journale unter das Rubrum »grandiose Fehlgriffe« stellte und also gar nicht übel fand, denn in »dieser Hinsicht ist er«, der »Stern«, »ein bißchen wie wir«, und so viel grandiose Wahrheit zwischen all dem verlognem Fuzzi- und Potenzpillenvertretergebaren tut fast ein bißchen weh. Ja. Fast. Doch nun, mein Kind, gut' Nacht!

Carin Zwo ist Märchen- und Klatschtante und lebt in der Erinnerung

Konkret 11/98, S. 63

Rayk Wieland

Buch & Deckel

Heiner Müller: Die Gedichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1998, 360 Seiten, 42 Mark

Die große Entdeckung nach Brechts Tod war: Brechts Lyrik. Gleiches wird man von den Gedichten Heiner Müllers, die jetzt als Band 1 der Werkausgabe erstmals komplett ediert sind, schwerlich sagen können. Das verwundert insofern, als die Sprache im dramatischen Werk dieses Dichters ausgesprochen lyrische Qualitäten. hatte und zudem allenthalben vermutet wurde, daß der Nachlaß das eigentliche Oeuvre berge. Auch war der Autor in seinen letzten Lebensjahren vor allem mit tieflotenden und weithin beachteten Großgedichten hervorgetreten, in denen er seine Betrübnis über den Epochenverlauf und die schlechten Aussichten des Schreibens bekundete: »... Der GROSSE OKTOBER DER ARBEITERKLASSE besungen / Freiwillig Mit Hoffnung Oder im doppelten Würgegriff Von zu vielen Und noch mit durchschnittener Kehle / War ein Sommergewitter im Schatten der Weltbank / Ein Mückentanz über Tartarengräbern ... « (»Mommsens Block«, 1992).

Der Blick aufs Gesamtwerk zeigt nun deutlich: die Schwächen im lyrischen Schaffen Müllers, der sich Zeit seines Lebens vom Einfluß Brechts nicht wirklich zu emanzipieren vermochte. Vorherrscht der gleiche Ton und Gestus sowie das gleiche Weltkennzeichnungsgebaren - das Komische daran ist, daß dennoch nur wenige Zeilen anzugeben wären, die tatsächlich von beiden stammen könnten. Brecht ist in Anwendung seiner lyrischen Mittel, Stile, Rollen etc. variabler und virtuoser als Müller, materialreicher und »welthaltiger« und, was das Entscheidende ist, situativer, genauer, konkreter als sein Epigone. Dessen Verse scheinen dagegen wie abgedichtet gegen die Welt oder biographisches Material und haben, abgesehen von den im engeren Sinne persönlichen und Liebesgedichten, im Grunde keinen anderen Adressaten als das historische Off. Müller spricht mit Vorliebe direkt zum Weltgeist, und was er ihm mitzuteilen hat, sind in der Regel Müllers Ansichten: »Tödlich der Menschheit ihre zu rasche Vermehrung / Jede zweite Geburt ein Tod zu wenig Mord ein Geschenk Jeder Vulkan eine Hoffnung Lob den Taifunen ... Die Massaker sind Investitionen in die Zukunft« (»Ahnenbrühe«, 1992). Das macht, daß seine Verse sehr viel pubertärer wirken als selbst die des jungen Brecht.

Auffällt bei der Lektüre des Bandes: Die ominösen Partei-, Stalin- und sonstigen Auftragsgedichte sind mit seltener Lust- und Kunstlosigkeit abgefaßt, da gibt es, etwa von Weinert, von Kuba, Gediegeneres. Wenn Müller versucht, komisch zu sein, wird es komisch. Im Nachlaß fand sich ein »Erster Verbesserungsvorschlag« aus den 50er Jahren, den Müller noch selbst, wie auch die übrigen bislang unveröffentlichten 121 Gedichte, für diese Edition freigab: »Es herrscht Mangel an Papier sowie / An Flächen (Mauern, Hauswänden, Bretterzäunen etc.) / Welche behängt werden können / Mit Transparenten. // Man sollte / Ein Verfahren entwickeln, welches ermöglicht / Das Laub der Bäume zu beschriften, Blatt für Blatt, weithin sichtbar / Mit den bekannten Losungen. / Etwa: Ich wachse zu Ehren des 3 1. Februars, vorfristig. / Die bekannten Losungen / Würden bekannter / Das Verhältnis der Massen zum Baum / Würde vertieft. Die Nadelwälder / Könnten abgeholzt werden als überflüssig Und verwendet zur Herstellung von Papier« - auf welchem womöglich noch mehr derartige Gewitztheiten abgedruckt werden sollten. Es gibt, auch von großen Dichtern, Mißlungenes, der junge Rilke zum Beispiel fabrizierte reihenweise Blech - doch es kam etwas danach. Bei Müller kommt wenig. Bisweilen pflegt er eine Lakonie, die nicht übel ist (»Zahnfäule in Paris // Etwas frißt an mir // Ich rauche zu viel / Ich trinke zu viel // Ich sterbe zu langsam«, nach 1969), bald findet er, der immer wieder geschäftig betont, keine Zeit zu haben für Verse an die, die er liebt oder schätzt, Zeit für ein verblasenes Gedicht »Für W Biermann« (nach 1969), das nachlesen soll, wer mag.

Im großen und ganzen variiert und präferiert er in den 60er und 70er Jahren ca. vier Textsorten: das agitierende Langgedicht, die antikisierende Allegorie, den privaten oder agitatorischen Zwischenruf und das weltphilosophische Räsonnement. Aus ihnen erhellt gewiß einiges über die ästhetischen und kulturpolitischen Diskussionen und Gegebenheiten der Zeit, und Müller ist insofern ein moderner Autor, als seine Texte durchweg des korrespondierenden Materials bedürfen. Und er ist schon ein postmoderner Autor, lange bevor es die Postmoderne gab. Bevorzugt Collagen, Selbstzitate, Fortschreibungen, konfrontiert disparate Sprechweisen miteinander, dieselben Verse und Motive tauchen in unterschiedlichen Kontexten auf, und das Ich, zunächst nichts als die erste Person Singular, gewinnt erst in seinen späten Arbeiten Kontur, jedoch nie im Sinne eines autonomen Subjekts. Bereits früh reift in dem Schreibenden »endlich die Wahrheit Daß du nur ein Zitat bist / Aus einem Buch das du nicht geschrieben hast / Dagegen kannst du lange anschreiben auf dein / Ausbleichendes Farbband Der Text schlägt durch« (»Altes Gedicht«, nach 1949). Er vergaß hinzuzufügen: der Text von anderen. Müller war meisterlich im Montieren von Versatzstücken, bei der Aufnahme von Pointen und Gesten anderer, sein lyrisches Werk ist ein Palimpsest, bei dem immer wieder die Vorarbeiten durchschimmern.

In der Form überwiegen unregelmäßige Rhythmen, Blankverse, hin und wieder Endreime, Sonette, die Sprache ist nicht eben ausladend, eher knapp, elliptisch. Den sog. Müllerton, der in den achtziger Jahren in der DDR merkwürdigerweise schulbildend wirkte, bilden vornehmlich Hauptsätze und schroff gegeneinander stehende Sinneinheiten. Ein berühmtes Beispiel, aus den 70er Jahren, ist: »Allein mit diesen Leibern / Staaten Utopien / Gras wächst / Auf den Gleisen / Die Wörter verfaulen / Auf dem Papier / Die Augen der Frauen / Werden kälter / Abschied von morgen / STATUS QUO« -Lyrik

der Stagnation und Provokation fürs Parteilehrjahr, aber auch eine gewisse Stagnation der Lyrik. Was Müllers Verse auszeichnete, war gerade noch erlaubtes, vielsagendes Sprechen, eine sich verdeckt behauptende Subjektivität, die nach dem Wegfall der beschränkten Restriktionen der DDR-Öffentlichkeit der eigenen Beschränkung inneward und plötzlich anfing, von sich zu reden.

Ende der achtziger Jahre gewinnen die nicht eben optimistischen Lebensbilanz- und Resümeeverse Oberhand, und was vordem halbdunkler und immer nah am Kitsch gebauter Metaphorik vorbehalten war, wird nun mit Bitterkeit - » ... Die Welt ist beschrieben kein Platz mehr für Literatur Wen reißt ein gelungener Endreim vom Barhocker / Das letzte Abenteuer ist der Tod ... « (»Notiz 409«, 1995) - gleichsam autorisiert. Es hat den Anschein, als entdecke er sich nun selbst; er datiert seine Arbeiten und unternimmt eine Reflexion des Epochenbruchs, in deren Zentrum der gescheiterte Autor und der sich abzeichnende Tod stehen. Am 14.12.94 notiert er unter dem Titel »Fremder Blick: Abschied von Berlin«: »Aus meiner Zelle vor dem leeren Blatt / Im Kopf ein Drama für kein Publikum / Taub sind die Sieger die Besiegten stumm / Ein fremder Blick auf eine fremde Stadt / Graugelb die Wolken ziehn am Fenster hin / Weißgrau die Tauben scheißen auf Berlin«. Weniges von dem, was Heiner Müller abgeliefert hat, ist mehr.

Konkret 11/98, S. 64

Ulrich Krempel

Die Täter. Die Toten

Einige Reflexionen zu Christoph Krämers Gemäldezyklus »Standort Auschwitz«

1.

»Aut prodesse, aut delectare« - nutzen oder vergnügen solle sie, forderte Horaz von der Kunst. Solche Antinomie hat bis heute die Geschicke der bildenden Kunst bestimmt. Unter Nutzbarkeitsansprüchen von Kirche, Partei und Staat hat sie geächzt, unter ihrer Freisetzung von Gebrauchswerten, ihrer Vogelfreiheit seit Beginn des bürgerlichen Zeitalters gelitten. Die zunehmende Freisetzung der Kunst von gesellschaftlichen Aufgaben - wie dem Porträt und der topographischen Schilderung mit der Erfindung der Fotografie - hat Aussehen und Wesen der Kunst nachhaltig verändert. Die Wendung des Kunstdiskurses auf sich selbst, auf die Selbstreflexion der elitären »l'art pour l'art«-Strategien des 19. und 20. Jahrhunderts hatte ernste Gründe: Lebte nicht zunehmend die »Kunst als Kompensation ihres Endes« (0. Marquard) fort?

Die Spiegelung der eigenen Befindlichkeit der Künstler, die Verinnerlichung einer längst akademisch gewordenen ironischen Selbstreflexion der Kunst ist heute ein wesentliches Arbeitsfeld, in dem sich die zeitgenössische Kunst präsentiert. Viele der Arbeiten jüngerer Künstler auf den aktuellen Biennalen und Kunstmessen, sei es in Sydney, Hongkong, Sao Paulo oder Berlin, sprechen davon, daß die Künstler sich selbst heute gelegentlich als so obsolet empfinden, daß sie in den Dienstleistungssektor überwechseln und Kunst als Ereignis, als Gimmick, als Event produzieren. Das hat seine Gründe, erscheint doch die »neue« junge Kunst in engem Verbund mit Ereignissen wie Kunstmessen oder -märkten; die neue Biennale in Berlin, die zeitgleich mit der Berliner Kunstmesse stattfindet, ist da nur ein Beispiel.

Das »Neue« oder »Unterhaltsame« solcher Kunst kleidet den eigentlich zu feiernden Anlaß (ihre eigene Marktwürdigkeit wie -gängigkeit nämlich) besser als Festreden, Streichquartette und Buchsbaumreihen. Solch eilfertige und schnelle Beteiligung am Markt hat der Diskussion um Funktionen der Kunst in der Gesellschaft eher eine ironische Pappkrone auf den Kopf gesetzt; wie beim Kindergeburtstag bei McDonald's darf jeder der vielen Akteure für einen kleinen Moment als der König erscheinen, den das System braucht, um sich fortzusetzen bis zum nächsten Anlaß.

2.

Demgegenüber stehen andere Positionen; solche, die fast atavistisch anmuten, mit denen Künstler insistieren auf den Erkenntnismöglichkeiten von und durch Kunst: das Machen von Kunst nach allem Ende der Kunst als Möglichkeit des Einen, des Individuums eben, in und mit der Kunst die »Welt als Welt des Menschen« (Hegel) zu erkennen. Solche Wiederaneignung sinnstiftender Dimensionen des Machens von Kunst zieht sich durch die Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts - quer durch Stile, Gruppierungen und Handschriften. Utopische Visionen einer ganz anderen, glücklicheren Verbindung von Gesellschaft und Kunst haben das Handeln von Dada, Konstruktivismus und Suprematismus bestimmt, in der Konzeptkunst wie der Minimal art lebte nach dem Zerbrechen der alten Utopien der Anspruch auf die Einheit von künstlerischem Handeln und gesellschaftlicher Relevanz fort. Ganz genuin eigen blieben solche Haltungen aber auch den Künstlern, die über ihre Stile in Abstraktion wie Gegenständlichkeit an der menschlichen Figur und dem Bild der Welt als dem »sinnlichen Scheinen der Idee« festhielten. Picasso und Beckmann, Bacon, Richter oder Baselitz gehen unter solchem Blickwinkel betrachtet manchem gemeinsamen Thema intensiver nach, als es die kunstmarktbegleitende Schreibe wahrhaben will. Das »magische Werkzeug« der Kunst als fortlaufend genutztes zur Bewältigung von Natur und Welt ist einem Anspruch auf Wahrheit verpflichtet, dessen Einlösung im Kunstwerk selbst, im aktiven Nachvollzug nur dem aktiven Betrachter möglich wird. Der Sinn der Kunst heute liegt also in ihrer Fortschreibung, in der neuerlichen Eroberung ästhetischer Kategorien wie Utopie und Wahrheit, sie bleibt gerichtet auf die Aktivierung der Sinne, der Wahrnehmung, der Erkenntnis.

3.

Auschwitz ist ein System aus vielen Szenen. Die Selektion. Die Baracke. Die Pritschen. Die Untersuchung. Die Zange. Das Hantieren der Lebenden mit den Toten. Die gelagerten Toten. Die gestapelten Toten. Die entkleideten Toten. Die Toten auf dem Karren. Die Toten auf dem Schlitten vor dem Ofen, die Toten in den Öfen.

Die Wannen. Die Untersuchungsräume. Die Sektionstische. Die Bahren.

Die Untersuchenden. Die Selektierenden. Die Wächter. Die Täter.

Die Eintreffenden. Die Nochnichtwissenden. Die Sterbenden. Die Getöteten. Die Toten. Die Opfer.

4.

Christoph Krämers Gemälde und Zeichnungen zu »Standort Auschwitz« sind keine Illustrationen dessen, was wir von Auschwitz wissen. Seine Bilder sind an jene Orte gesetzt, an denen das Bezeichnende geschieht. Seine Szenen führen das Handeln einzelner Menschen vor. In Räumen agieren Figuren, sie verrichten Dinge. Zwei ziehen mit einer Zange einen Leichnam. Einer schiebt einen Wagen. Hier untersuchen zwei im weißen Kittel zwei stehende Kinder. Einer wischt daneben den Sektionstisch sauber. Einer klettert im Gestänge über den Duschen herum. Unter ihm stehen die Gestalten derer, die sich reinigen. Zwei im weißen Kittel wenden sich, einander überschneidend, in verschiedene Richtungen; der eine zum Tisch, der andere in den Raum. Einer schiebt den Wagen auf den Schienen zum Ofen. Im Wagen liegt ein Toter. Zwei schauen auf einen liegenden Toten. Zwei betrachten den Sektionstisch, auf dem eine Leiche liegt. Zwei stehen mit Stangen in den Händen abwartend am Ofen. Einer hebt einen Toten in den Verbrennungsschlitten. Zwei montieren in technischen Gestängen. Einer liegt in steiler Bilddiagonale im Leichenschlitten. Ein Innenraum mit zwei

baren Wannen, leer, ordentlich abgestellt.

Diese Bilder machen nichts gut, sie geben keine Lösungen. Sie sind Bilder von Auschwitz und doch auch nicht. Sie zeigen Handlungen, die es dort gegeben haben könnte, die so denkbar sind, die es so überall gibt. Krämer zeigt einfache Verrichtungen und Handlungen, er stellt seine Szenen in Räume, die einsichtig sind und konstruktiv funktionieren. Der Maler führt Bilder vor, nicht die Wirklichkeit von Auschwitz.

Diese Arbeiten fassen das ganz Normale an den gezeigten Handlungen. Sie zeigen, was geschieht, aber sie bewerten es nicht als etwas Herausragendes, Besonderes. Nur dort, wo uns plötzlich die Normalität der Szene um die Ohren fliegt, weil das symbolische Handeln im Gemälde Täter wie Opfer dingfest macht, der gewaltsame Tod und das Hantieren mit ihm greifbar wird, verlassen diese Schweigebilder für einen Moment ihre Stille.

5.

Krämers Bilder atmen eine große Kühle und Distanz. Mit ihnen ist nicht warm zu werden, sie erinnern Dinge wie ein Epitaph. In ihnen ist die Qual der Disziplin spürbar, solche Szenen erfinden zu müssen, ihnen Gestalt abzuringen, diese Normalität des Schreckens herzustellen. Der Maler führt uns heraus aus der Geschichte, die im historischen Zitat noch aufscheint; in seinen Bildern finden wir Fundstücke aus unserer heutigen Wirklichkeit. Das gefrorene Licht der sich verstellenden Räume in den Lagern des kriegerischen Europa, den ihnen innewohnenden Tod verbergend. Der Maler denunziert die Lüge hinter dem Anschein, er erschafft die Orte und Situationen, an denen genau dies geschehen sein kann. Die unsentimentalen Szenen machen die Wahrheit begreifbar.

6.

Da dies Bilder zur Förderung des Nachdenkens sind, endet die Reflexion nicht in der Distanzierung, in der Ambivalenz der Szene. »Mengele und ich« heißt schließlich das Bild, das zwei Porträtköpfe nebeneinander setzt, in dem der Maler selbst sich stellt. Neben seinem Kopf der des Mörderarztes aus Auschwitz.

Nichts ist diesem Bild abzulesen an Wertung der einen wie der anderen Figur. Es sind da einfach zwei Bilder von Menschen, das eine ein Bild von früher, das andere eines von heute. Wer kann das eine vom anderen unterscheiden, wer das auflösen, was in diesem Bild als unlösbare Frage stehenbleibt?

Diese Bilder sind kein historischer Reigen, der den Betrachter nach vollzogener Wahrnehmung geläutert zurückließe. Diese Arbeiten, in denen die schöne Form unsere Beklemmung steigert, lassen aus der Wahrheit der Szenen eine Argumentation ohne Ende werden. Alles hier atmet Gegenwart, und wir sind mitten in ihr. Mit uns die Fragen vor diesen Bildern und die Suche nach Antworten in Szenen, die keine zu geben vermögen.

7.

Kunstwerke: »allegorische Wunschbilder der Hoffnung« (Bloch).

Christoph Krämer: Standort Auschwitz. Katalog, hg. v. Claus Mewes, mit Texten von Ulrich Krempel und Hermann L. Gremliza, Hamburg 1998

Ulrich Krempel ist Direktor des Sprengel-Museums in Hannover

Konkret 11/98, S. 66

Armin Stolper

Mit Orpheus auf nach Bitterfeld

Erneute Erkundung eines bereits abgeschriebenen Weges: Zur Uraufführung von Peter Hacks' Operette »Orpheus in der Unterwelt« im Bitterfelder Kulturpalast

Orpheus, Sohn des Apoll und der Muse Kalliope, welche bekanntlich die Schutzherrin der Poesie, insbesondere der epischen, sowie der Rhetorik und der Philosophie ist, befand sich auf dem Weg in eine wahrlich wüste Landschaft, die aber ebenfalls zu den Ländern gehörte, denen Zeus ein baldiges Aufblühen prophezeit hatte. Der berühmte Thraker, als Sänger und Musiker weithin bekannt, hatte den Geigenkasten auf dem Rücken festgebunden und durchmaß rüstigen Schrittes das unwegsame Gelände, das von Industrieruinen, großflächigen Werbetafeln und einigen Vorzeigeobjekten des hier stattgefundenen Wandels geprägt war.

Auf dem Wege kurz vor Bitterfeld begegnete er einer Frau, die aus Gründen der hier flächendeckend herrschenden Epidemie, der Arbeitslosigkeit, eine Imbißbude errichtet hatte, woraus sich die, die alle Hoffnung bereits aufgegeben hatten, je wieder einen Job oder ein Dach über dem Kopf oder gar beides zu finden, mit dem Lebensnotwendigsten, also mit Bier, Zigaretten und »Bild«-Zeitungen, versahen. Da sie selbst ihre Arbeit als Schauspielerin und Sängerin eingebüßt hatte und wußte, daß die Not doppelt drückt, erlebt man sie ohne jegliche Solidarität von seinesgleichen, war sie erpreßbar durch diejenigen, die noch weniger als sie oder gar nichts hatten. Daß sie Eurydike hieß, mochte zufällig sein, nicht aber der Umstand, daß Orpheus, der den Weg nach Bitterfeld eingeschlagen hatte, just an ihrer Bude vorbeikam. Die beiden tranken ein Bier, kamen miteinander ins Gespräch, und so erfuhr Eurydike, weshalb es Orpheus ausgerechnet in diese industrielle und kulturelle, wirtschaftliche und soziale sächsischanhaltinische Wüstenei verschlagen hatte, warum er, getreu der Legende, ausgerechnet in Bitterfeld in die Unterwelt einfahren und die Gattin den Klauen des Teufels entreißen wollte.

Eurydike, als sie das hörte, lachte laut auf und sagte: Das ist doch ein Witz! Orpheus erwiderte ernsten Gesichts: Ja, aber kein schlechter. Oder wüßten Madame einen besseren Ort für unsere den neuen Umständen angepaßte Geschichte als den Kulturpalast, früher nach Wilhelm Pieck benannt, in der einstigen Chemie-Region des zweiten deutschen Staates, der auch, aber nicht allein, daran zugrunde ging, daß er den hier ansässigen Arbeitssklaven die Sklaverei mittels Kunst und Kultur weniger drückend und stinkend machen wollte? Und was, Madame, soll Ihr Hinweis darauf, ob unsereins nicht eher auf eine der reichen und vermögenden Bühnen des Landes gehörte als ausgerechnet auf die in dem Beton-Schuppen, der errichtet wurde zu einer Zeit, in der der Aufschwung Ost keine Fabel, sondern handgreifliche Realität war, und den man schon längst abgerissen hätte, stünde er nicht unter Denkmalschutz? Hat man es nicht zuerst versucht, die Unterwelt der Bühne zu erkunden, die sich jahrzehntelang als das Staatstheater der DDR bezeichnete und in dessen Frühzeit man dort - ich denke nur an den »Frieden« und »Die schöne Helena« - ein wohlberechtigtes Hausrecht genoß? Und war man danach nicht in die Stadt des betrügerischen Handelsgottes Merkur, in die ehemalige Messemetropole des einstmals realexistierenden Arbeiter- und Bauernstaates gezogen, um auf deren Brettern sein Glück zu versuchen? Und was hat es einem gebracht? Erst verlogene Versprechungen, danach Absagen, nichts als Absagen! Sollte sich unsereins etwa in die Legion derjenigen einreihen, welche nicht müde werden, Bewerbungen über Bewerbungen zu schreiben, gnädigst darum bettelnd, daß man einem altgedienten Sagenhelden und Staatskünstler gütigst eine neue Chance einräume, nachdem er sein Outfit so glänzend aufpoliert bekommen hat? Nein, Madame, das ist meine Sache nicht.

Du hättest dich doch auf ein Schlößchen im Brandenburgischen zurückziehen und auf die Stunde warten können, wo dich wohlmeinende und namhafte Theaterprinzipale auf ihre Bühne bringen würden, sagte Eurydike und öffnete zwei neu Dosen Bier. Die Zeit solcher Entrepreneure - ich erspare mir die entsprechenden Namen - ist endgültig vorbei, hier wie anderswo, seitdem es hier wie anderswo geworden ist, erwiderte Orpheus. Und dann - er wischte sich nach alter Gewohnheit den nichtvorhandenen Bierschaum vom Munde - bin ich auch kein seßhafter Poet, sondern ein herumziehender..

... Geiger, was? fiel ihm Eurydike ins Wort. Ein Dienstbote. Ein Schmarotzer. Unterhaltendes Proletariat. Kratzen auf Därmen und gehen mit dem Hut rum, fuhr das spottsüchtige Weib fort.

Keine aus dem Zusammenhang gerissene Zitate, wenn ich bitten darf, rief Orpheus, damit hatten wir schon immer unsere Probleme!

Aber ist es nicht das Recht jedermanns und besonders der Gegner, die Dinge aus dem Zusammenhang zu reißen, um sie einzeln desto gründlicher niedermachen zu können, erwiderte das Weib mit schnippischer Boshaftigkeit.

Gewiß, aber eins sage ich dir, du dicke Nudel, die Geschichte, wie sie der heutige Dichter zwischen den Noten des Tonsetzers und natürlich auch zu dessen unsterblichen Melodien geschrieben hat, ist reich gespickt mit Pointen, zielend auf die Gegenwart, wie wir sie in der Reinkultur des Kapitalismus erleben. Die Dinge haben sich zur Kenntlichkeit hin

verändert -ja, ich weiß, jetzt bin ich selber ins Zitieren geraten - und unser Poet läßt natürlich keine Gelegenheit aus, sie zu treffen, ja, die ganze Fabel versteht sich bei ihm so, als ob die blöde Kuh...

Du meinst die Eurydike!

Ja, gewiß doch, also: als ob die blöde, aber nicht reizlose Dame erst mal kurz vor die Mauer treten müßte, um zu erleben, daß die so hoch gepriesene Unterwelt ihr nicht im entferntesten das zu bieten vermag, wovon sie träumte, und daß die Welt, ihre, unsere, der einzige Ort ist, an dem es sich zu leben verlohnt.

Mit diesem Geiger, ja? Eurydike blickte voller Spott auf den Kasten auf Orpheus' Rücken. Und noch bevor der ihr antworten konnte, fuhr sie fort: Und woher nehmen der Herr Völkskünstler den Glauben, das Volk, das einfache, das heute von Grund auf verblödet ist durch diese »Bild«Zeitungen, wie du sie auch in meinen Auslagen findest, könnte der gestochenen Prosa, dem geschliffenen Vers, der gedanklichen Fülle, der treffsicheren Pointe gewachsen sein, wie sie der wortmächtige Beherrscher des Himmels, der Hölle und des so kostbaren Dazwischenliegenden zu bieten hat? Langweilen wird es sich, wenn die Raketen nicht zünden und das Feuerwerk des Geistes zum Erliegen kommt, noch bevor es sich den jetzt von allen Pestgerüchen freien Himmel erobert. Leute, die durch kein Brigadeleben mehr gezwungen sind, sich mit irgend etwas zu befassen, das mit Kultur auch nur das Entfernteste zu tun hat, werden gähnend ein Spektakel über sich ergehen lassen und dem Fußballspiel, dem Erotik-Thriller oder einem Talk-Blödsinn nachtrauern, der ihnen am Bildschirm durch die Lappen gegangen ist, derweil sich einige Esoteriker mit einer kunstreichen Operette herumschlagen, wie sie ihnen der sozialistische Klassiker Peter Hacks und der Klassiker des Zweiten Kaiserreichs Jacques Offenbach im real existierenden Kapitalismus zu bieten haben.

Aber in diesem Augenblick ertönte in unmittelbarer Nähe der Frittenbude ein Tusch, den das Fanfarenorchester Wolfen geblasen hatte, der sofort von der One Pound Sterling Band aus Bitterfeld aufgenommen und variiert wurde, um danach vom Streichorchester der Kreismusikschule dieser Stadt fortgesetzt zu werden. In grauen Anzügen mit rötlichen Schlipsen, auf denen eine silberne Harfe - verkleinertes Ebenbild derjenigen, welche seit jeher über dem Eingang zum Kulturpalast hängt - sah man die Mitglieder des Männergesangsvereins Stumsdorf, einige Kästen Bier mit sich tragend, auf das monströse Gebäude zueilen, gefolgt vom Bach-Chor der bitterfeldischen Kirchgemeinden evangelischer Konfession und dem vorwiegend jungen bis kindlichen Volk der ebenfalls in der legendären Stadt ansässigen Tanzschule Seifert.

Eurydike wollte ihren Augen und Ohren nicht trauen, als sie diese Nachkömmlinge des gefürchteten Bitterfelder Weges so munter und unverdrossen dahereilen und sich mit den Profis, unter denen sich aber kaum Promis befanden, verbinden sah. Diese Damen und Herren waren dem Ruf der beiden jugendlichen Regie-Enthusiasten Stefan Nolte und Jens Mehrle aus Erfurt, Dresden, Hamburg, Dessau und Berlin hierher gefolgt, um besagte Operette für Schauspieler in drei Akten und einem Nachspiel in einer waghalsig zu nennenden Kooperation mit den einheimischen Laien zur Uraufführung zu bringen. Es störte sie wenig oder kaum, daß sie dafür von den Veranstaltern kaum Geld und bei der Fachwelt wenig Ruhm ernten würden, daß sie mit Hand anlegen mußten bei der Herstellung der Dekorationen und Kostüme, für welche die Herren Matthias Wolf und Stephan Manteuffel verantwortlich zeichneten, und daß sie während der Proben in Behausungen zu kampieren hatten, die man auch zu DDR-Zeiten kaum als komfortabel hätte bezeichnen können, und daß die Aufführung selbst manchen Wunsch offen lassen würde. Und zu allem Überfluß durften sie sich dann auch noch bei den zahlreichen Sponsoren und nicht zuletzt bei dem sozialdemokratischen Bürgermeister der Stadt bedanken, der ihnen den Kulturpalast für die Proben und sage und schreibe zwei Vorstellungen zur Verfügung gestellt hatte; die Begrenzung auf dieses Minimum war allerdings nicht seiner Knausrigkeit, sondern allein dem schmalen Gelde geschuldet, das diesem sagenhaften Experiment in dieser sagenhaft reichen Republik zur Verfügung gestellt war.

Aber Eurydike war bereits so besoffen - nicht etwa von dem dünnen Dosenbier, sondern von der Aussicht auf die wahrhaft ungewöhnlich zu nennende Reise in die Unterwelt -, daß sie ihre Bude ab- und sich Orpheus anschloß und sie gemeinsam das Abenteuer angingen. Denn ihr getreuer, kunstreicher und unerschrockener Geiger hatte ihr in verführerischer Manier ausgemalt, in welcher Weise das Spektakel vor sich gehen sollte: auf der Bühne, vor der Bühne, unter der Bühne, über der Bühne, auf der Seitenbühne, auf der Hinterbühne, kurz: Man gedachte das Publikum noch während des ersten Aktes auf amphitheatermäßig angelegte Plätze auf die Drehbühne zu verfrachten, daß es das Geschehen aus nächster Nähe würde betrachten können und man sich keineswegs wie an der Sache unbeteiligte Zuschauer vorkommen müßte.

Natürlich ging das alles nicht perfekt, sondern mit einigen kleinen, am zweiten Abend sogar mit einer größeren Panne vonstatten, aber wenn dem nicht so gewesen wäre, hätte es dann überhaupt dem Charakter dieses Experiments in dieser Zeit, an diesem Ort und mit diesen Leuten entsprochen? Makellose Kunst in einer von Marodeuren gezeichneten Welt, wäre das nicht erst recht obszön zu nennen gewesen? Beifällig seien hier die Akteure genannt: der herrlich dicke und komische Cupido von Hilmar Lipfert, die verdammten, ihre Reiche verspielt habenden Könige Christoph Burmester-Streffer, Michael Hinze und Marcus Sandmann, die braven Lämmer Heike Pfeiffer, Verena Unbehaun und Silke Wallstein, die sich im Handumdrehen in teufelseigene Furien verwandelten, die halt auch nur das Dienstpersonal einer abgelebten Lasterhöhle bildeten, der umwerfend blöde John Styx von Volkmar Paschold, die große alte Dame Proserpina der Stella Avni, die mit gebrechlicher Stimme die dürftigen Kunststückchen ihres Ehemannes dem Gelächter der Zuschauer preisgab,

der zwar höchst agile, aber dennoch schimpflich verlierende Pluto von Jörg Thieme, zu denen sich der proletarischmännliche Orpheus von Gottfried Richter und die liebeshungrige Eurydike von Helga Werner gesellte. Die musikalische Einrichtung besorgten sehr phantasievoll und auf die Möglichkeiten der Mitwirkenden eingehend Thomas Kürstner und Sebastian Vogel, die drei musikalischen Solisten Michael Hinze, Maria König und Henning Plankl trugen schwarze Uniformen und Zylinder und waren nicht schlecht zu hören.

Zu vermelden bleibt dem teilnehmenden Chronisten an dieser Bitterfelder Entreprise, daß Eurydikes Befürchtungen, die neuen Bundesbürger im Sächsisch-Anhaltinischen könnten allesamt schon so verblödet sein, wie es das letzte Wahlergebnis zum Landtag ausgewiesen hatte, sich doch nicht als richtig erwies. Sie zeigten sich auch keineswegs so begriffsstutzig wie vermutet; sie applaudierten nicht nur, wenn Orpheus aufgefordert wurde, das Jammern zu lassen und lieber zu handeln, oder wenn der versprach, niemals hinter sich zu blicken, weil wir ja Schwierigkeiten bekanntlich im Vorwärtsschreiten überwinden, nein, sie verstanden es auch, nachdem man sie ja nicht im Stande parteilehrmäßiger Unschuld belassen, sondern sie es gewissermaßen körperlich miterlebt hatten, daß mit dieser Hölle, mit der Hölle überhaupt, kein Staat zu machen sei, weil der Teufel, so lasziv er sich auch immer gibt, doch nur der Gott der Impotenz und es immer noch besser ist, sich in die Fänge der sozialistischen Kunst als ins Gefängnis der kapitalistischen Langeweile zu begeben, auch wenn das von der »Berliner Zeitung« bestritten wird.

Und der Dichter, war er's zufrieden? Mein Gott, woher soll ich das wissen? Nun, war er nicht zugegen? Wie sollte er denn? Haben Sie, Herrschaften, nicht gelesen, daß einer wie er, der sich zwar als Halbwüchsiger für den Kommunismus entschieden und die Bekanntschaft mit allen Klassen, so auch der Arbeiterklasse, gesucht, aber nie mit ihr gelebt habe noch mit ihr lebe? Er, der bedeutende Beiträge zum Welttheater geleistet hat und noch immer leistet - wer spielt wann und wo seine »Russen-Trilogie«? -, wird doch nicht sein hauptstädtisches Domizil verlassen und in die Provinz eilen, um zuzusehen, wie der Ulbricht den Hacks noch immer auf den Bitterfelder Weg zerrt! Steht auf, Gespenster! War er, der Dichter, nicht längst in Bitterfeld gewesen, noch bevor der Erfinder desselben dort seine Sottisen unters Volk gestreut hatte? Und was hatte er dabei herausgefunden? Daß alle Beteiligten etwas Gutes wollten und unrecht hatten. Und daß die Welt dieser industriellen Produktion sich seiner poesievollen Sprache nicht anbequemen wollte, der Dichter also aus dem Reich der prosaischen Notwendigkeit in das der jambenreichen Freiheit entfliehen mußte. Also die Welt hatte sich wieder zurückgedreht, nicht aber der eben erst preisgekrönte Kinderbuch-Poet Peter Hacks.

Als am Abend danach Orpheus mit seiner wiedergeholten Eurydike in deren Frittenbude beim Biere saß und es auch sonst sehr kommod zuging, meinte das durch Erfahrung gewitzte Eheweib zu ihrem Manne: Wir haben also an einer Sache teilgenommen, die, glaubt man dem Dichter, eigentlich gar nicht geht. Orpheus in Bitterfelds Unterwelt, ein Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch des zu früh gekommenen Sozialismus, stattfindend im zurückgekommenen Spätkapitalismus - verrückt, nicht wahr?

Orpheus blickte auf die Geige, küßte seine Dame an galanten Stellen und meinte, daß solche Verrücktheiten eben die Kunst, und eigentlich nur die zustande brächte. Und zu den Klängen, gespielt von den tapferen Laien des hiesigen Streichorchesters, nahm Orpheus Eurydike in den Arm, und im Mondschein im September des Jahres 1998 tanzten sie wie einstmals vor vierzig Jahren der Max Fidorra mit seiner Hede Stoll, als die hier herrschende Macht ihre Sorgen mit dem hier entstandenen Stück »Die Sorgen und die Macht« hatte. Und weithin ins jetzt wüste Land hörte man den Bach-Chor singen:

Auf dem Bergarbeiterball in Bitterfeld / Wird die ganze Welt auf den Kopf gestellt, / Und die Nacht geht nie vorüber, / Je länger, je enger, je lieber.

Der Hallenser Maler Albert Ebert, der zu Lebzeiten die Hacks-Komödie »Adam und Eva« meisterlich ins Bild setzte und der jetzt in der göttlichen Oberwelt einen Ehrenplatz einnimmt, hat diese Szene ebenfalls festgehalten. Denn in Bitterfeld ist alles möglich.

Armin Stolper lebt in Berlin. Zuletzt erschien von ihm das Buch »Meine kleine Brecht-Postille«

Konkret 11/98, S. 69

Gerhard Scheit

Melodie & Rhythmus

Paul Robeson: Freedom Train and the Welsh Transatlantic Concert; Folk Era Records The Peace Arch Concerts; Folk Era Records
Paul Robeson live at Carnegie Hall; Vanguard Records

Wer kennt heute noch Paul Robeson - einstmals »one of the most prominent black men in the world« und nicht zuletzt deshalb fürs US-Government »one of the most dangerous men in the world« (Martin B. Duberman)? Als Sohn eines geflüchteten Sklaven und Pfarrers der presbyterianisehen Kirche wurde er 1898 in Princeton, New Jersey, geboren. Seine Karriere als Schauspieler und Sänger ist kennzeichnend für eine gewisse Mobilität und Durchlässigkeit in den rassistischen Strukturen der US-amerikanischen Gesellschaft im fordistischen Zeitalter. Und seine politischen Kalamitäten infolge des Engagements für die Sowjetunion und die Kommunistische Partei der Vereinigten Staaten sind nicht weniger charakteristisch für die repressiven Tendenzen während des Kalten Kriegs in den USA der fünfziger Jahre. An der Universität gehörte Robeson zur kleinen Minderheit schwarzer Studenten, als zweiter schwarzer Spieler stieg er ins All-American Football-Team von 1917-18 auf. Nach dem Studium der Rechte wandte er sich dem Theater zu und erlebte als Schauspieler und Sänger einen sagenhaften Aufstieg: Eugene O'Neill übertrug ihm Hauptrollen in seinen Stücken, später reüssierte Robeson als Filmschauspieler, vor allem aber als Darsteller von Shakespeares »Mohr von Venedig« Othello. Er galt als berühmtester schwarzer Schauspieler seiner Zeit.

Populärer noch aber wurde er als Sänger: 1925 gab er in New York sein erstes Konzert, Jerome Kern schrieb für ihn (in dem Musical »Show Boat«) das Lied »01' Man River«, das Robeson 1928 zum erstenmal sang und das ihn in der ganzen Welt bekannt machte. Er spielte also zunächst vor allem die Rollen, die Weiße geschrieben hatten, und indem er sie spielte, versuchte er, sie zu sprengen. Diese Ambivalenz prägte seine musikalischen und schauspielerischen Interpretationen, wie sich an den erhaltenen Tonaufnahmen der großen Konzerte erkennen läßt. Aus Anlaß seines 100. Geburtstags hat sich nun ein Paul Robeson Committee gegründet (http://www. pobox.com/-robeson), und von den Labels Folk Era und Vanguard liegen mittlerweile einige CDs vor. Die Aufnahmen dokumentieren zugleich die wichtigsten Stationen in Robesons Auseinandersetzung mit den Repressionen der US-amerikanischen Regierung.

Robeson hatte 1934 die Sowjetunion besucht, war 1937 in Spanien zur Unterstützung der Republik im Bürgerkrieg aufgetreten und förderte während des Zweiten Weltkriegs mit seinen Konzerten die Mobilisierung gegen Nazideutschland. Die Rezitation des Gedichts »Freedom Train« von Langston Hughes stammt aus den späten 40ern und zeigt Robeson, als er sich noch unmittelbar auf die amerikanische Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus berufen kann: »My brother named Jimmy died at Anzio / He died for real, and it wasn't show. / Is this here freedom on the Freedom Train really / freedom or a show again?« Für Kommunisten erwies sich die Freiheit nun doch als Show: Als Robeson, der mit ihnen sympathisierte, 1949 aus Paris zurückkehrte, wo er auf der Weltfriedenskonferenz gesprochen hatte, wurde sein Konzert in Peekskill von Antikommunisten und Rassisten überfallen, während die Polizei kaum eingriff.

Robeson wurde nun oftmals boykottiert und ständig vom FBI überwacht. 1950 - der Korea-Krieg hatte bereits begonnen - zog die Regierung schließlich seinen Reisepaß ein. Die Peace Arch Concerts von 1952/53 und das Welsh Transatlantic Concert von 1957 zeigen, mit welchen konzertanten Finten Robeson dem Ausreiseverbot begegnete: Bei den ersteren trat er genau an der Grenze zwischen USA und Kanada auf - in einem Park bei jenem Friedensbogen (»Peace Arch«), der etwa zwischen Vancouver und Seattle die Staatsgrenze markiert, diente ein Lastwagen mit Klavier auf amerikanischer Seite als Bühne und die Wiese auf beiden Seiten als Zuschauerraum, in dem sich über 30.000 Menschen versammelten. Bei dem Eisteddfod Festival in Großbritannien, zu dem Robeson die Bergleute von Wales eingeladen hatten, trat er schließlich per Telefon auf. Die Konzerte in der New Yorker Carnegie Hall vom Mai 1958 markieren das Ende der Restriktionen: Wenige Wochen nach dem großen Erfolg in New Yorks renommiertem Konzertsaal, in dem er nach elf Jahren wieder auftrat, erhielt Robeson seinen Reisepaß zurück. Er starb 1976 in Philadelphia.

Robesons Konzertprogramme bestehen aus zahlreichen kleinen Nummern: Liedern, Opernarien, aber auch Gedichten und dramatischen Monologen. Deutlich ist das Bemühen, jede Festlegung auf schwarze Musik und Kultur zu vermeiden: neben Spirituals und »OI'Man River« finden sich chassidische, chinesische, gälische und russische Volkslieder; aber ebenso auch Kunstlieder von Schubert und Dvorak, Opernarien von Mussorgski und Szenen von Shakespeare. Die Internationale der Musik und Kultur bildet das Repertoire, das Robeson in den verschiedenen Sprachen mit seiner kräftigen und doch weichen Baßstimme mühelos bewältigt, die immer wieder auch Schärfe gewinnt, wenn Musik oder Text es erfordern - so vermutlich am eindrucksvollsten in seiner Othello-Deklamation, in der er als Kriegsherr der Venezianer den Beitrag der schwarzen amerikanischen Bevölkerung zur Befreiung der Welt vom Nationalsozialismus zu beschwören scheint. Bei seinem legendären Auftritt in Moskau 1949 sang er jiddisch das Lied des Warschauer Ghetto-Aufstandes »Sag nie, du gehst den letzten Weg«, und er widmete es seinen sowjetjüdischen Freunden Itzik Feffer und Solomon Mikhoels, die damals

unter den verschärften antisemitischen Repressionen der Sowjetunion zu leiden hatten. (Der Schriftsteller Feffer wurde 1952 hingerichtet.)

Kein Zufall auch, daß Robeson das Carnegie-Konzert versöhnlich mit Beethovens »All Men Are Brothers« beschloß - eine Nummer, die er immer wieder aufs Programm setzte. In einer Zeit, da diese Melodie als Hymne für Schengenland fungiert, ruft ein solcher Schlußpunkt auch den historischen Charakter von Robesons Kunst ins Bewußtsein. Und tatsächlich ist kein größerer Gegensatz denkbar als jene pathetische, schwere Deklamation von Shakespeares Othello und dem gleichgültigen oder aggressiven, rhythmisierten »Schwätzen« des HipHop. Der Gegensatz macht immerhin deutlich, daß der Rap jene Einfühlung der Schwarzen in die von Weißen geschriebenen Rollen - von der Robeson ausgegangen war - unmöglich werden läßt, daß der Rap - was immer ihm auch entspringen mag - Schluß macht mit »Ol' Man River«.

Konkret 11/98, S. 70

Ka□ Sokolo□ sk□

H□ r □ □

... oder manchmal doch besser □ eg. Ne□ e □ H□ rb□ cher□ sehr frei nach Arno Schmidt □ nd sehr sch□ n □ on Ror Wolf

Wie tot das Radio als autonomes, originäres Medium ist, läßt sich jede Sekunde auf jedem Sender überprüfen. Die Sprecher faseln in die Welt hinein wie der Dorf-DJ auf der Hochzeit von Bauer Bröhm, die Reporter lesen ihre Berichte vom gleichen Blatt, das sie, wenn sie freie Mitarbeiter sind, wenig später an befreundete Zeitungen faxen, und seit die Talkshow das Fernsehen beherrscht, wirken Radiogespräche bestenfalls wie Tonspuren ohne Bild. Allerdings gibt es heute mehr Rundfunk denn je, mehr Programme und Formate, als die Wellen fassen können. Doch, scheint's, immer weniger Menschen, die irgendwelche Ambitionen haben, das Radio als ein Medium zu begreifen, das mehr draufhat als das bloße Versenden von Nudelmusik, Gelaber, Kürzestnachrichten und Verkehrsservice. Schwer zu sagen, wem daran eine »Schuld« zuzuschreiben ist - den Moderatoren oder den Intendanten, einem Publikum, das sich intellektuelle Belästigung aus dem Blaupunkt verbittet, oder Programmdirektoren, die es für wagemutig halten, wenn sie zwischen Mitternacht und 0. 15 Uhr Jazz auflegen lassen.

Was Radio sein könnte, eine Schule des Hörens, ein Ort, an dem das gesprochene Wort, ja, das Geräusch an sich - egal welches - eine Präsenz besitzt wie in keinem anderen Medium, einfach weil keine Bilder da sind, die von den Tönen und Halluzinationen ablenken: scheint den allermeisten Profifunkern mittlerweile herzlich egal zu sein. Das Hörspiel, diese eine und einzige Kunstform, die ganz dem Radio gehört, durch die das Medium überhaupt erst groß wurde, spielt heute nur mehr eine komische Nebenrolle; kommt es bei den kommerziellen Anbietern gleich gar nicht vor, steckt es bei den gebührenpflichtigen in jener Nische, die der Katakombenwart für besonders ungeliebte Leichen reserviert.

Das Radio brabbelt und blubbert vor sich hin, überall, aber unbeachtet. Wenn Karl Kraus es einst für ein ästhetisches Debakel hielt, daß via Rundfunk »der Wiener Hausmeister an den Weltraum angeschlossen« wurde, so läßt sich heute feststellen, daß der ideelle Gesamthausmeister den Rundfunk regiert und den Weltraum weitgehend ausschließt. Das Hörspiel hat sein Medium verlassen und sich, um zu überleben, in die Konserve zurückziehen müssen. Es ist gar kein Wunder, daß die meisten Stücke, die als »Hörbücher« vertrieben werden, als Dinge also, nicht Fisch noch Fleisch, fürchterlich leblos wirken. Dennoch boomt der Markt - je kürzer im Funk die Wortbeiträge ausfallen, desto gieriger scheint das Publikum auf die Stimmen vom Band zu sein. Ob da Defizite ausgeglichen werden? Oder weiß einfach kein Mensch mehr, daß die elektrischen Töne innigst dem Rundfunk zustehen und angehören und eine größere Magie, richtig: Magie, um den einsamen Lauscher am Weltempfänger webt als um den Vielfahrer, der auf der A 7 die 68 Cassetten *Joseph und seine Brüder,* zelebriert von Gerd Westphal, egalweg herunterhört?

Einer, der sich über das Radio und das Hörspiel tiefere Gedanken gemacht hat als hundert Rundfunkbeiräte und tausend Medienwissenschaftler zusammen, der große Ror Wolf, beschreibt den Zustand so: »Das Hörspiel hat mit dem Radio zu tun, das ist kein Geheimnis. Es ist eingebacken in ein Programm, das ist auch nichts Neues. Es ist festgelegt auf einen ganz bestimmten Zeitpunkt. Das Hörspiel ist also möglicherweise ein Kunstprodukt, dem wir nur zufällig begegnen, flüchtig, im Vorüberdrehen oder beim Herumdrücken auf unseren Radiotasten.« Vom Hessischen Rundfunk gebeten, eine Revue durch seine über zwanzig Jahre lange Beschäftigung mit der Kunstform und dem Medium zu realisieren, hat Wolf 1990 in »Das Blinzeln des magischen Auges« die stupende Folgenlosigkeit all seiner Bemühungen um das Radio eingestanden: »Das ist alles banal genug, aber so gesehen wäre das Hörspiel ... die versteckteste, die zeitlich am stärksten geschnürte, die womöglich lautloseste Kunstform, die es gibt. Es erscheint als Teil eines ungeheuren Pakets, als beliebiges Stück eines ununterbrochenen Ablaufs. ... Ein paar Stimmen bleiben vielleicht zurück, ein paar Sätze, alles andere ist längst in der Luft zerflossen.«

Nun könnte das Radio und könnte das Hörspiel aber genau um dieser Flüchtigkeit, dieses Vorüberwehens und wie verzaubert in die Realität Hinein- und aus ihr Herausschlüpfens willen erfunden worden sein. Die Aufbewahrung verzauberter Radiotöne - der trolligen Quiekser des Sputnik z. B. oder eines »TorTorTOOOR!«-Schreis des Solitärs Günther Koch - auf Bändern und CI)s mag wohl einer singulären Leistung die Ewigkeit verschaffen, die sie verdient hat, aber seine, des Tons, Einzigartigkeit selbst, sein magisches Blinzeln hat allein im Rundfunkapparat statt. - Das alles ist freilich erhaben genug formuliert. Und, zugegeben: Hier wird einer Zeit und einem Radio nachgetrauert, die und das es, siehe Karl Kraus, nie gegeben hat.

Nun sind die miserablen Bedingungen, die das akute Rundfunkwesen ambitionierteren Mitarbeitern zumutet, als Ausrede für schlampige Werkstücke schlecht geeignet. Ein paar Redakteure, die vom Hörspiel etwas verstehen, halten sich tapfer in den Anstalten, ein paar Tonregisseure, die mehr wollen, als Schulfunkdialoge zu inszenieren, warten auf gelungene Manuskripte, und schließlich sind da auch noch ein paar nicht mal übel dotierte Preise, die alljährlich für das beste Hörspiel ausgelobt werden. Niemand ist gezwungen, akustischen Abfall zu produzieren. Doch das Radio macht es den Pfuschern

und Halbtalenten nur zu leicht. »Der Autor«, sagt Ror Wolf, »wird angemessen bezahlt und genießt, für gewöhnlich, den Schutz der Dunkelheit. Das hat auch sein Gutes, er kann, wenn er das Medium nicht mag, ungeniert produzieren, bleibt dabei unentdeckt und kommt ungestraft davon. Das Programm ist gefräßig und verdaut sehr schnell.« Wie hart allerdings müssen Schauspieler im Nehmen sein, die das wöchentliche »Krimmalhörspiel« fürs Abendprogramm einsprechen, daß sie nicht laufend ins offene Mikrophon göbeln!

Der auch die Distributeure überwältigende Erfolg der »Hörbücher« hat denen, die schon nicht das Radio, aber seine Honorare und seinen großen Hunger schätzten, eine viel zu verlockende Möglichkeit eröffnet, mit ihrem Mist den schnellen Taler zu machen, als daß sie sie hätten verstreichen lassen. Der Markt ist übervoll mit Scheußlichkeiten; der Scheußlichkeiten größte allerdings die zum »Hörspiel« verwurstete Erzählung. Wo der Film zum Buch, und sei er noch so mißlungen, stets für sich verbuchen kann, daß seine Bilder von der Schändung der Vorlage ablenken, da muß der gesprochene Roman ganz auf das Charisma seiner Sprecher setzen und kann die Regie nur hoffen, daß dem Hörer der Star mehr bedeutet als die Literatur, die da zugerichtet wird. Buchprosa, für den Rundfunk (oder das »Audio Book«) bearbeitet, ist keine Buchprosa mehr, also absichtsvoll in der Schrift fixierte artifizielle Sprache, und noch lange kein Hörspiel - wenn man denn von einem Hörspiel erheblicheres erwartet als eine Lesung mit verteilten Rollen, ein bißchen mißratener elektronischer Musik und einigen »atmosphärischen« Geräuschen im Hintergrund.

Um so peinlicher das Marketing, das rund um die elektromagnetische Verheerung der Trilogie *Nobodaddy's Kinder* von Arno Schmidt getrieben wird. Als genügte es ihnen nicht, sich durch degoutante Schnitte, Kürzungen und Echoeffekte (am Tranchierpult: Klaus Buhlert) gegen drei Texte versündigt zu haben, die genau das nicht zulassen - so opak gefügt und makellos komponiert, wie sie sind -, tun die Co-Produzenten Bayerischer Rundfunk und DerHörVerlag auch noch so, als hätten sie eine Pionierleistung vollbracht, die knapp hinter der Abschaffung des allwissenden Erzählers zu plazieren wäre. Nicht nur »ein ehrgeiziges und anspruchsvolles Unterfangen« teilt salbungsvoll der Pressezettel mit, sondern die »neue und ganz eigenständige Weise« wird gerühmt, in der sich »Schmidts Erzählkunst ... in Lesungen und akustischen Medien« präsentiere. Denn: »Schmidts erzählerische Qualität« - für diese Phrase hätte der Meister zwanzig Streiche auf die Fußsohlen verhängt - »basiert erheblich auf geschriebener, verdichteter Sprechsprache«. Wat ei all givt. »Seine Texte wirken in ihrer Anlage in Form von Kleinkapiteln wie für das Ohr geschrieben.«

Das ist nur mehr korruptes Geschwätz: Die Form der Geschichten Aus *dem Leben eines Fauns, Brand's Haide* und *Schwarze Spiegel* gehorcht nicht dem Ohr, sondern dem Postulat, das der Ich-Erzähler des ersten Stückes im Namen des Autors verkündet: *»Mein Leben?!:* ist kein Kontinuum ! (nicht bloß durch Tag und Nacht in weiß und schwarze Stücke zerbrochen ! ... that's me !) : ein Tablett voll glitzernder snapshots.« Die Verweigerung des Ganzen, das am Ende die Uniform, der Identität, die zuletzt die Auslöschung der Individualität (und der Menschheit) bedeutet, bestimmt Handeln und Räsonieren der Trilogie-Helden. Sie reden in zahllosen Stimmen (obgleich stets mit demselben basso continuo), und wenn denn schon ein Hörspiel aus diesen Meisterwerken auch der Typographie gebosselt werden mußte - weil die Aussichten auf Rendite momentan einfach reizend sind -, dann hätte es polyphon inszeniert werden, der Ich-Erzähler hinter einer Vielzahl von Stimmen verschwinden müssen. Klaus Buhlert und Kollaborateur Herbert Kapfer haben nichts begriffen und die Erzählungen als One-Man-Show für Ulrich Wildgruber (mit marginaler Unterstützung durch Corinna Harfouch, Juliane Köhler und Jaqueline Macaulay) eingerichtet.

Nichts gegen Wildgruber, der seine Sache bravourös und in dem säkularen Geniestück *Schwarze Spiegel* sogar begeistert erledigt. Da haben ein Schauspieler, dessen Manierismen aufs eigensinnigste ausgearbeitet sind, und ein Dichter, dessen Tics Kohorten von Philologen in Brot setzen, glücklich zusammengefunden. Aber die dreisten, ignoranten Eingriffe Buhlerts in den Text lassen von *Nobodaddy's Kinder* zuletzt nichts übrig als das brummelnde Gegrummel eines arroganten Eigenbrödlers: Wo Arno Schmidt, äußerst planvoll, das lange Zitat eines Geistesverwandten in seine Geschichte collagiert - Schnitt; wo das Erzähler-Ich sich kunstvollst in Erinnerungen und Exkursen verliert - Schnitt, wo die Landschaft, der einzige Trost, den der Autor kennt, die Handlung überwuchert - Schnitt. Und so schrumpft die berühmte Bombardierungsszene des *Faun,* diese endlose Apokalypse, die, mit buchstäblich explodierender Metaphorik, den Nukleus der Trilogie bildet, zu einer Passage unter anderen. »Ermöglicht«, fragt der Werbezettel rhetorisch, »eine akustische Umsetzung einen zusätzlichen Werkzugang?« Diese hier, um kategorisch zu antworten, bestimmt nicht.

Was aber das Hörspiel sein kann, wenn einer es ernst nimmt, läßt sich - dafür sind Konserven gut - an der ersten Lieferung der legendären »Radio-Collagen« Ror Wolfs auf CD überprüfen. *Rückblick auf große Tage* und *Cordoba Juni 13 Uhr 45* arbeiten ausschließlich mit »O-Tönen«, die das Radio erzeugt hat, d. h. mit der Sprache als akustischem *Material,* und es ist eher nebensächlich, daß dieses Material mit Fußball zu tun hat. Prof. Bettina Clausen, eine der klügsten Wolf-Exegetinnen und mit Abstand die gescheiteste Germanistin der Republik, hat einmal erklärt, es sei durchaus von Vorteil, nichts über den Fußballsport zu wissen, wolle man die Originaltoncollagen Wolfs als *Kunstwerke* goutieren. In der Tat: Es geht hier nur am Rande um den Sport; im Kein aber, wie immer bei Wolf, um die Verwandlung der Welt in Wörter und zugleich der Wörter in Welt. Wenn einer der vielen Reporter im *Rückblick* deklamiert: »Es geht zwar eine steife Brise, aber so ändern sich die Zeiten«, dann ist das verzweifelte Erzeugen von Geräuschen, auf das die meiste Rede hinauswill, dank

der Isolation mittels Tontechnik und dank der Aura des Radios hier kenntlicher als in einer Bibliothek von Kommunikationsanalysen.

Wolf wollte einfach »so tun, als gäbe es gar nichts anderes als das Radio. Einfach eine Radio-Sendung machen, wie sie sein müßte, wenn es nichts anderes gäbe als das Radio«. Aber das ist natürlich nicht einfach, und weil kaum einer die Möglichkeiten des Mediums so respektiert und zu nutzen versteht wie Ror Wolf, muß man sich schon an ihn halten, um zu ahnen, was das tote, »putzmuntere« (G. Westerwelle) Radio könnte, wenn es wollte, was es sollte. Eine Kunst nämlich, die »aus dem Programm hinausfließt in eine ganz andere Gegend«.

Arno Schmidt: *Nobodaddy's Kinder.* Ca. *270* Minuten. 3 MCs - 42 Mark. *4 CDs - 98,90* Mark. DerHörVerlag, München *1998*

Ror *Wolf: Radio-Collagen (1). Fußball- WM 1974 und 1978. 1* CD - 29,80 Mark. Anabas, Frankfurt a. M. *1998*

Konkret 11/98, S. 72

Marit Hofmann

Film & Theater

kurz und schmerzlos

Regie und Buch: Fatih Akin. Mit Mehmet Kurtulus, Aleksandar Jovanovic, Adam Bousdoukos. Deutschland 1998 (Polygrant); 100 Minuten; seit 15. 10. im Kino

»Ich fand den Film scheiße, Alter, komplett. Wir hätten uns >Scarface< holen sollen.« -Klar, meistens ist es besser, auf Altbewährtes zurückzugreifen, die Erfahrung machen nicht nur der Serbe Bobby (Jovanovic) und seine Freunde beim Videogucken. Aber wenn »Scarface« gerade wieder von irgendwelchen Stadtteilgangs ausgeliehen ist, und auch Scorseses »Mean Streets« in keiner Videothek zu bekommen, kann man sich durchaus auf ein Regiedebüt wie das von Fatih Akin einlassen.

In »kurz und schmerzlos« - dem ersten Spielfilm aus der zweiten Generation der türkischen Einwanderer in Deutschland überhaupt - zeigt der 25jährige die »Mean Streets« von Hamburg-Altona, in denen Jugendliche vom »Ruhm« als Zuhälter und von der Coolness Al Pacinos träumen. Obwohl der gerade aus dem Knast entlassene Türke Gabriel (Kurtulus) fest entschlossen ist, keine krummen Dinger mehr zu drehen, reißen ihn seine alten Freunde, der draufgängerische Bobby und der griechische Hippie Costa (Bousdoukos), leichtfertig in brutale Waffen-Geschäfte hinein - und der freundliche Szene-Stadtteil (dem Altonaer Regisseur kommt er oft wie eine türkische Kleinstadt vor, in der man dauernd Verwandte trifft) wirkt zusehends düsterer.

Darauf, daß in deutschen Großstädten mehrere Welten nebeneinander existieren, die sich gegenseitig weitgehend ignorieren, hat zuvor schon der Kieler Autor Feridun Zaimoglu, der Ausgrenzungserfahrungen von herangewachsenen Einwandererkindern protokolliert, aufmerksam gemacht. Auch Akins Stärke liegt, einmal abgesehen von den fesselnden Sex-and-crime-Sequenzen, in alltäglichen Details und Dialogen, die Nähe herstellen, wo für viele vorher nur ein fremdes »Milieu« war.

Erstaunlich daher, daß Akin nun, weil seine Figuren Verbotenes tun und Machoallüren haben, Rassismus und Frauenfeindlichkeit vorgeworfen wird. Offensichtlich ist die Rolle, die ein türkischer Filmemacher in Deutschland zu spielen hat (nämlich »den guten Ausländer« zu zeigen), ebenso beschränkt wie die Rolle, die Akin in seiner früheren Tätigkeit als Schauspieler zugewiesen wurde: »Ich habe immer denselben Typ gespielt, den Stereo-Typ. Scheiße. Das war der Türke, Messerstecher, der eine Schwester hat, die von Skins vergewaltigt wird, und ich steche die Skins ab. Schrott.«

Konkret 11/98, S. 72

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Love is the Devil

Regie: John Maybury. Mit Derek Jacobi, Daniel Craig. Gro□ britannien 1997 (TiMe); 89 Minuten; seit 1. 10. im Kino

»Ohne Wunde keine Schönheit«, versprach der Maler Francis Bacon. Der Experte für fahle Körper in klaustrophobischem Schwarz verzerrte Gesichter und verdrehte Körper. Regisseur John Maybury setzt jetzt die Kamera vor Gläser, die vom Tresen der Stammkneipe nicht abgeräumt werden. Die Konturen der Gesichter verformen, die Torsi verbiegen sich, die Schauspieler Derek Jacobi (Bacon) und Daniel Craig (George) spielen nicht, sie werden gespielt.

Der Film porträtiert unzimperlich und zupackend den Maler Bacon, der seinerseits vehement und ziemlich rücksichtslos sein Modell porträtierte, gern auf dem Klo, das Blut strömt aus allen Körperöffnungen, die Farben klatschen auf die Leinwand: »Ich weiß nicht, ob ich einen zerstörerischen Dämon in mir habe; vielleicht ist die Liebe selbst der Teufel.«

Während der Maler-Fürst am 24. Oktober 1971 in Paris hochgeehrt zur feierlichen Eröffnung der eigenen Retrospektive durch das Spalier der Ehrengarde die Treppen des Grand Palais hinaufschreitet, pumpt sich sein Modell und Lover, schwer depressiv, im Hotel des Samt-Pères mit Alk und Tabletten voll. Tot vor dem Klo. Welch Skandalstory! Welch Psychopathologie! Welch Sozialisationskonflikt! Bacon, Masochist, treibt seinen sexuell dominanten, aber psychisch unterlegenen Partner, den Kriminellen aus der Sub-Klasse, in den Tod! Schlagzeilen stellen sich von selbst ein. Doch -Überraschung! - der Film entzieht sich dem Plakativen. Ich möchte Maybury dafür umarmen, daß er nicht ins Ober-/Unterschicht-Drama abirrt, Sado/Maso-Riten vorzeigt, Psychologie betreibt. Der Film beläßt es bei einem narrativen Minimum, verstreuten Plot-Fragmenten. »Study for a Portrait of Francis Bacon« ist der Zweittitel.

Maybury, berühmt für seinen Boy-George-Musikclip, Avantgarde- und Experimentalfilmregisseur sowie Ausstatter von Derek-Jarman-Filmen, malt mit den diversen filmischen Mitteln des medialen Paralleluniversums. Bacon hatte seinerseits nach Fotos gemalt, auch nach Film-Stills. Gelingt der doppelte Antrieb von Schmerz und Lust, greift er mit bloßen Händen in die Farbtöpfe, keuchend; beim Boxkampf spritzt ihm, der zuschaut, subjektiv Blut ins Gesicht. Das ist keineswegs metaphorisch zu verstehen. Die Treppenszene aus Eisensteins »Panzerkreuzer Potemkin« ist für ihn ein körperliches Erlebnis. Der Kinderwagen rollt die ersten Stufen hinunter, die Mutter - Großaufnahme! - entsetzt sich, Bacon kommt in Wallung, er leidet - und er genießt zur selben Zeit, er malt einen Körper. Das ist ein Vorgang, unerhört, den anzusehen in diesem Film schmerzt. Und Lust bereitet.

Konkret 11/98, S. 72

Jan Pehrke

Film & Theater

Die Truman Show

Regie: Peter Weir. Mit Jim Carrey, Ed Harris, Laura Linney. USA 1998 (UIP); 103 Minuten; ab 12. 11. im Kino

In einer Zeit, da amerikanische Wahlkämpfe zu den gewünschten Erfolgen führen, da nach Meinung von Oberbörsianer George Soros und »FAZ« eine wohlplazierte öffentliche Äußerung, eine Währung sei schwach, zu deren tatsächlicher Schwächung beitragen kann und da Filme wie »Natural Born Killers« Wahrheit und Medienwelt zu einem unentwirrbaren Mix verquirlen, schickt sich Regisseur Peter Weir an, Sein und Schein, Wirklichkeit und Inszenierung wieder auseinanderzudividieren.

Nach der Devise »Ich bin mehr als nur der Protagonist einer 24stündigen Daily soap« sucht sein Held Truman Burbank nach Ausstiegsmöglichkeiten aus der Show, die sein Leben ist. Perfide Reality-TV-Profis haben ihn nämlich mit großem Erfolg von Geburt an auf Sendung gehen lassen. Sie drapierten einen aufwendigen, täuschend echten Themenpark »amerikanisches Kleinstadtidyll« um Truman herum mit Statisterie, malerisch gemalten Sonnenuntergängen, dem Meer vor der Haustür, putziger Fußgängerzone und WASPs, soweit das Auge reicht. Vom Ferienprospekt eines kleinen Küstenörtchens ließ sich Weir zu seiner Traumstadt inspirieren.

Arger im Medienparadies gibt es erst, als der Held sich außerdrehplanmäßig in eine Statistin seines Lebens verguckt. Die Schauspielerin wird sofort aus dem Verkehr gezogen und langsam beginnt Truman an der Echtheit seiner Umwelt zu zweifeln.

Das Drehbuch zu »Die Truman Show« stammt von Andrew Niccol, der auch »Gattaca« schrieb und inszenierte. In beiden Filmen stehen die Hauptfiguren einer perfekten Welt gegenüber, die dem einzelnen einen genau vorherbestimmten Platz zuweist. Das erfahren die Protagonisten als narzißtische Kränkung; im Namen des Menschlich-allzumenschlichen begehren sie auf Bürgerlicher Individualismus trifft da auf wirtschaftsliberale Pragmatik, ein Familienzwist also. Entsprechend unrevolutionär ist jeweils der Ausgang. In »Gattaca« überbietet der Held die terroristischen Normen des Gen-Diktats trotz körperlicher Unzulänglichkeiten und demonstriert so, daß man auch ohne perfekte Gene hoch hinaus kommen kann. Und in der »Truman Show« entwindet sich die Hauptfigur zwar dem megalomanischen Setting, aber ihr Happy-End ist dank des quotenträchtigen »Human touch« gleichzeitig eines für die Produktionsgesellschaft: Millionen von Voyeuren delektieren sich zu Tränen gerührt an den verzweifelten Anstrengungen Trumans, ihren grausamen Blicken zu entkommen.

Konkret 11/98, S. 73

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Once upon a time in Germany. Bananen gegen den Hungerast beim Breselenzer Tennisturnier im Herbst 94. Der Körper des Ministerpräsidenten (links im Bild) ist längst gezeichnet von der Kanzlerschwangerschaft. Draußen vor dem Aufwärmzelt steht Hillu und sammelt für die Kinder von Tschernobyl. Harald Schmidt sucht seinen Bleistift, den er spitzen will, für die Niederschrift von »Schnitzel«-Witzen über die beiden, in einer Show, die seinen Namen tragen wird. Der Autor (im Bilde rechts) wird dies in gereimten Leviten mißbilligen. Doris K. hat keinen blassen Schimmer von dem sich über ihrer fragilen Gestalt zusammenwuchtenden Glück. Es war einmal.

Von meinem Gewissen erpreßtes Geständnis, da drüber, warum ich Schluß gemacht habe mit der Sozialdemokratie (ich war aber auch fix und fertig, ich konnte nicht mehr!):

In der Blüte meiner blauen Tage riß *ich wie von Sinnen CDU-Plakate in Stücke*

Und heiß harnte ich an Stellschilder der damals noch nicht von einem art director zu eppers ganz appartem aufgepeppten

»F«.«D».«P».«

Und ich suchte, am eignen Leibe heimatvertrieben und aufs Umfassendste entrechtet

Mit tolldreisten Zwischenrufen heim so manche Stimmenfangzusammenrottung des BHE Ich schlug mich für Erich Ollenhauer und sein kurzärmliches Hemd unter elastischen Hosenträgern

Mit stärkern als wie ich, der ich ein Hänfling war

Und ich reichte im Zusammenhang mit dem Eintreten für die westdeutsche Sozialdemokratie derselben in der Opferschale des Engagementes

Teile meiner körperlichen Intaktheit wie Nasenblut und Büschel Haare dar

Jedoch je erwachsener ich wurde

Desto mehr wurde ich gewahr

Daß ich in meiner politischen Jugend

SPDeppert war*

Qua Lektüre von Fachbüchern sowie infolge von Gesprächen mit Kennern der Materie aber auch per persönlicher Inaugenschaunahme gewisser sachzwanghafter Praktiken dieses Vereins

Wurden meine Illusionen pö a pö eingesargt

Und es stieg mir wie Escorial Grün oder Bols Blau siedendheiß die Erkenntnis zu Kopfe

: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist schon im Schein einer Funzel besehen nichts andres als wie ein Stand mit verdorbenster Ware auf dem kapitalistischen Markt

Ja, diese SPD, grellte auf es in mir, war ja niemals die Partei des Friedens, der Frauen und des Proletariats

Und so sagte ich mir last Exit Einsicht: Dieser Haufen ist nicht nur nichts für dich, alter Knabe Der ist ja nicht mal was für dKatz

Heute gehe ich an sozialdemokratischen Charaktermasken und Wahlplakaten leidenschaftslos wie Thunfisch in Dose vorüber .

Alles, was ich einmal hatte für d i e ist steinzeittot

Und ich sage mir und meinem Umfeld mit einem bis hinein in jene Gegend, wo sich die Parallelen schneiden, unaufhaltsam reichenden Blick

Keine Stimme denen

Und kein Schluck Wasser und kein Stück Brot

* Wortspiel von Martin Buchholz; hallo Martin, immer wenn wir Woodpeckerfreaks selber zum Wortspiel zu feige sind machen wir es und sagen aber dazu, »wie Martin sagen würde«, irgendwie sweet, isnt it?

Konkret 11/98, S. 74

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die Berliner »Tageszeitung« hat die Wahl gewonnen, und ihre Redakteurin Ute Scheub tiriliert, ja deliriert:

Die verhaltene Fröhlichkeit, die jetzt allenthalben herrscht ... Weil alles so neu scheint, so wunderbar, so leichter Hand machbar ... Mit welch undeutscher Gelassenheit sich die Politiker präsentieren ... eine samtene Reformation ... diese neue Leichtigkeit ... daß nach langer Blockade die politische Energie nun wieder frei fließen kann ...

Frei fließet der Bursch in den deutschen Rhein, hat dem Kohl sein Tucholsky gesungen. Ute Scheub aber freut und freut sich in einem fort:

Der Reformstau ermangelte zwar wohl der Reformen, nicht aber des Staus.

Wie der Intelligenzquotient zwar wohl manchmal der Intelligenz ermangelt, nicht aber des Quotienten oder der Quote. Weshalb auch Scheubs Kollege Stefan Reinecke sich förmlich ein weiteres Loch in den Kopf freut:

Kohls Bürgerblock wurde von den Wählern als das verstanden, was er ist: als der Versuch, die Welt in den Koordinaten von gestern zu buchstabieren

oder in der Syntax von morgen aufzurechnen bzw. auf der Tonleiter von vorgestern zu pochieren.

Der Antikommunismus, die Wunderwaffe der Konservativen, funktioniert nicht mehr,

schreibt Reinecke, will aber nicht ankündigen, daß jetzt die »Tageszeitung«, das Wunderwaffenhandelsblatt, ihr Erscheinen einstellt, sondern es soll, im Gegenteil, immer nur so weitergehn:

Deutschland ist endgültig in der Ära nach 1989 angekommen.

Ein Satz zum Übersbettschnitzen, so gültig ist in ihm aller gedankenfreie Schwurbel des Milieus aufgehoben, das von der samtenen Reformation bis zur friedlichen Revolution reicht, also von der Scheub bis zum Lothar Bisky, der am selben Tag im »Neuen Deutschland« denselben Einfall hat:

Die Bundesrepublik ist endlich in westeuropäischer Normalität angekommen.

Wann fährt sie wieder ab? Und nimmt sie dann, bitte, die Scheub, den Reinecke und den Bisky mit?

Zwanzig IQ-Punkte oberhalb und fünfundvierzig Grad links vom Nachwuchs, in Vatis Tageszeitung, wird die Freude kälter genossen:

Die Deutschen haben konservativ gewählt ... Die Deutschen wollen keine Wende, sondern einen Wechsel ... Immerhin werden die Gesichter ausgetauscht, die Masken gewechselt.

Charaktermaskenball. Selbst in der »Frankfurter Allgemeinen« heißt Kohl jetzt Schröder. Die Wunderwaffe der Konservativen ist nämlich nicht Reineckes Antikommunismus, sondern der frühe, der späte und der mittlere Marx.

Wenn der Präsident des Fußballclubs Kaiserslautern zur Entschuldigung seines Trainers, der, unter Verletzung der Regeln, einen vierten Spieler, der nicht aus einem EU-Staat stammt, eingewechselt hatte, erst einmal sagt:

Für uns sind Nichteuropäer genauso Menschen wie Europäer,

ist man fast geneigt, sich dem Aberglauben zu ergeben, daß sie sich doch bewegt, die Welt, und sogar in der Palz.

Über Nadja Ab Del Farrag, von ihrem zeitweiligen Liebhaber, einem Schlagersänger, »Naddel« genannt, schreibt die »Bild«-Zeitung:

Bohlens »Naddel« packte mal wieder die Koffer. Ausgedient? Neun Jahre lang war die schöne Halbsudanesin dem Pop-Macho Dieter Bohlen treu ergeben. Jetzt scheint es endgültig aus und vorbei.

Sie zieht aus. Will, sagt »Bild«, sich entwickeln. Geht, hoffen wir, zum Abendgymnasium, auf den zweiten Bildungsweg, ihren Vollsudanesen machen.

(Bohlen, der erst süchtig war, aber jetzt von der Naddel ist, hat sich, schreibt »Bild«, wieder deren Nebenbuhlerin Verona Feldbusch zugewandt, jener tüchtigen Frau, die aus des deutschen Mannes tiefstem Glauben, daß dumm gut fickt, ein *fuckin' good business* macht, was wiederum im deutschen Mann von Welt Gefühle geradezu religiöser Bewunderung

weckt. Und so wurde aus Miß American Dream *die* deutsche Kultmamsell.)

Ein Arzt, der halb Pöseldorf schmerz- und kassenfrei entbunden hat, liquidiert jetzt bei Springer:

Die Serie, die Millionen Frauen lesen: Frauenarzt Professor Dr. Hans Harald Bräutigam berichtet heute in seiner Lebensbeichte, wie ein Pfarrer ihn drängte, das Kind seiner Freundin abzutreiben. Bizarr: Die Schwangere war die Frau des evangelischen Pastors aus dem Nachbarort. Ob Professor Bräutigam abtrieb, die neue packende BILD-Serie -Seite 17

Der Gynäkolog genießt und beichtet's, unterm Siegel der ärztlichen Schweigepflicht, Millionen Frauen, die nicht die Puseratzen und darum auch nicht das Vergnügen hatten, von Professor Dr. Hans Harald Bräutigam eigenhändig ausgeschabt und in der »Bild«Zeitung diskret vorgestellt zu werden.

Mit der »Neuen Westfälischen« unterwegs:

Unser Redakteur Bernhard Hänel berichtet von der 53. UN-Vollversammlung in New York,

wo sie ihn wegen seiner guten Kenntnisse in Ausländisch extra von Bielefeld hingeschickt haben. Denn er versteht sofort, was es bedeutet, wenn Clinton zeigt,

was von ihm, dem Führer der Weltmacht USA, erwartet wird: »Leaderchip«.

Ein Intel-Lecktueller.

Es ist im Leben der Journaille so eingerichtet, daß der Präsident dem Chefredakteur gehört, die Praktikantin aber einer Kollegin aus dem Glied:

War es Geltungssucht? Enttäuschte Liebe? Oder die Lust an der Macht über den mächtigsten Mann der Welt? Was immer Monica Lewinsky dazu getrieben hat, die Affäre mit dem Präsidenten einzugehen und dann indiskret auszuplaudern - inzwischen dürfte sie es bitter bereuen. Sie hat damit ihr Leben verpfuscht.

Ein Leben verpfuscht - wer sollte besser wissen, was das heißt, als eine Frau, die, weil sie Ahnung nur vom Tuten hat, als Redakteurin der »Bild«-Zeitung sich durchschlagen muß.

Jedem seiner ehemaligen Frankfurter Genossen, der ihn nicht danach fragt, erzählt der Reinhard Mohr, daß er jetzt beim »Spiegel« Sechzehntausend im Monat kriegt. Wofür? Dafür, daß er den Gedanken, den er nicht hat, so lange mit gehacktem Feuilleton zuschmeißt, bis der den Geist aufgibt. Will er, beispielsweise, sagen, daß sich einer ein X für ein U habe vormachen lassen, schreibt er, *wie der Dichter Maxim Gorki dem Vorzeige-Lager einen Besuch abstattete. Freilich bekam er nur das extra für ihn errichtete, blitzsaubere Potemkinsche Sträflingsdorf zu Gesicht,* das extra für ihn blitzgesäubert zum Vorzeigen potemkinhaft errichtet worden war. Da, als jemand eine Veranstaltung stört, die dem Mohr in Form und Inhalt verbundene »Tageszeitung« die Störer als

Jeunesse dorée der postkommunistischen Nostalgie

bezeichnet, fragt er keineswegs, wie die sehnsüchtige Erinnerung (i.e. Nostalgie) wohl ihre vergoldeten Kinder gekriegt hat, sondern zeugt noch ein paar hinterher:

Drei Dutzend pöbelnde Twens aus der »Jeunesse dorée der postkommunistischen Nostalgie« (»Taz«) sorgen mit Trillerpfeifen dafür daß aus der ernsthaften Diskussion ein lärmendes Spektakel wird,

in dem es drunter und drüber geht wie in der Hölle eines postdantischen Infernos respektive in einer

Travestieshow dummdreister Provokation,

ja, überhaupt alles

trägt durchweg travestiehafte Züge,

soweit es nicht auch dummdreist-pöbelhaft-nostalgisch-provokativ-lärmend-spektakuläre trägt. Man reibt sich die Augen? Keine halben Sachen:

Man reibt sich die Augen und glaubt es kaum.

Wirklich nicht:

Triumphal weisen die Gesellschaftskritiker von vorgestern im selbstgezimmerten Laufstall ihrer ideologischen Borniertheit

auf den Verfasser und denken: Was ein Schmock. Während den ältesten Kenner von Dr. Sommers Leitartikeln das wilde Weh posttheologischer Nostalgie ergreift.